



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK  
EUROSYSTEM

# STATISTIKEN

Daten & Analysen

Die Quartalspublikation *Statistiken – Daten & Analysen* fokussiert ihre Berichte auf die österreichischen Finanzinstitutionen, Finanzströme und Außenwirtschaft.

**Medieninhaberin und Herausgeberin** Oesterreichische Nationalbank  
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien  
Postfach 61, 1011 Wien  
www.oenb.at  
statistik.hotline@oenb.at  
Tel. (+43-1) 40420-5555  
Fax (+43-1) 40420-04-5499

**Schriftleitung** Johannes Turner, Gerhard Winkler, Michael Pfeiffer  
**Koordination** Patrick Thienel  
**Redaktion** Rita Glaser-Schwarz, Anita Roitner  
**Grafische Gestaltung** Abteilung Informationsmanagement und Services  
**Layout und Satz** Sylvia Dalcher, Andreas Kulleschitz, Melanie Schuhmacher  
**Druck und Herstellung** Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

DVR 0031577

ISSN 2310-5364 (Online)

© Oesterreichische Nationalbank, 2018. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024



# Inhalt

## Editorial

## Kurzbericht

Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der Kreditinstitute zum 31. Dezember 2017	8
<i>Elizabeth Bachmann, Stefan Kinschner</i>	

## Analysen

Executive Summaries/Übersicht	12
Wirtschaftswachstum lässt Kundenkredite in allen Segmenten steigen	14
<i>Martin Bartmann, Patrick Thienel</i>	
Das Letztrisiko österreichischer Banken im Ausland auf Basis regionaler und struktureller Merkmale	22
<i>Paul Ehrlich, Stefan Kinschner</i>	
Hochkonjunktur beflügelt Nachfrage nach Unternehmenskrediten	28
<i>Gerald Hubmann</i>	
Entwicklung der privaten Verschuldung in Österreich	38
<i>Erza Aruqaj, Stefan Wiesinger</i>	
Österreich auf dem Weg vom Nettoimporteur zum Kapitalgeber	51
<i>Michael Andreasch</i>	

## Daten

### Tabellenübersicht

1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	79
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	80
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	81
4 Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	82
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	83
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	84
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	85
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	86
9 Sonstige Finanzintermediäre	87
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	88
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	89
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	90
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	91
14 Direktinvestitionen	92

# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

In der vorliegenden Ausgabe der statistischen Quartalspublikation der Oesterreichischen Nationalbank „Statistiken – Daten & Analysen“ finden Sie Beiträge zu ausgewählten Themen der Finanzstatistik.

Der einleitende Artikel beschäftigt sich in gewohnter Weise mit den wichtigsten Entwicklungen der österreichischen Finanzinstitute. Martin Bartmann und Patrick Thienel beleuchten – im Rückblick auf die OeNB-Pressekonferenz vom 20. März 2018 – das Gesamtjahr 2017, das vor allem von einem Wachstum der Kundenkredite in allen Segmenten geprägt war. Während nicht zuletzt aufgrund historisch niedriger Zinssätze die Volumina im Bereich der Wohnbaufinanzierung sowie bei Konsumkrediten stiegen, waren die steigenden Kredite an inländische Unternehmen auf das Wirtschaftswachstum zurückzuführen.

Paul Ehrlich und Stefan Kinschner untersuchen das Auslandsobligo österreichischer Banken auf Länder- und Sektorbasis. Es zeigt sich, dass das internationale Gesamtobligo österreichischer Banken nach Berücksichtigung aller Risikotransfers ebenso hoch ist wie das inländische. Der starke Fokus auf die CESEE- und CIS-Region bestätigt sich in der regionalen Verteilung des Auslandsobligos. In diesen beiden Regionen sind hauptsächlich realwirtschaftliche Aktiva zu finden, wohingegen in anderen Regionen der Anteil der finanzwirtschaftlichen Aktiva wesentlich höher ist.

Wie gewohnt werden Ihnen die aktuellsten Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft von Gerald Hubmann präsentiert. Es werden sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite der Kreditvergabe sowie die Refinanzierungssituation analysiert.

Der Beitrag von Erza Aruqaj und Stefan Wiesinger untersucht die Entwicklung der privaten Verschuldung in Österreich. Wie aus dem Bericht hervorgeht, wachsen die Schulden des privaten Sektors zwar absolut, nicht aber in Relation zum verfügbaren Einkommen wie in anderen europäischen Ländern. Die Verschuldung der privaten Haushalte findet weiterhin hauptsächlich in Form von langfristigen Krediten statt, wobei Wohnbaukredite eine signifikante Rolle spielen. Trotz steigender Verschuldung des nichtfinanziellen Unternehmenssektors in den letzten beiden Jahren wurde zeitgleich vermehrt Eigenkapital aufgebaut.

Der Beitrag von Michael Andreasch zeichnet die außenwirtschaftlichen Entwicklungen der letzten 60 Jahre basierend auf der Zahlungsbilanz bzw. der Internationalen Vermögensposition sowie dem Außenkonto der VGR nach. Demnach war die österreichische Volkswirtschaft in den letzten 60 Jahren zunehmend auslandsorientiert und entwickelte sich vom Nettoimporteur zum Kapitalgeber.

Ein Kurzbericht sowie eine Kurzauswahl von 14 Tabellen ergänzen das vorliegende Heft. Auf unserer Website steht Ihnen unter <http://statistik.oenb.at> ein umfassendes Datenangebot zur Verfügung. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf folgende Links aufmerksam machen:

Standardisierte Tabellen: <http://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html>

Benutzerdefinierte Tabellen:

<http://www.oenb.at/isaweb/dynal.do?lang=DE&go=initHierarchie>

Veröffentlichungskalender: <http://www.oenb.at/isaweb/releasehierarchie.do?lang=DE>

Seit 2011 steht Ihnen das umfangreiche OeNB-Statistikangebot für Smartphones und Tablets kostenlos mobil nutzbar zur Verfügung. Die App wird auf der OeNB-Website unter <http://app.oenb.at> präsentiert.

Sollten Sie Fragen zum Datenangebot der OeNB haben, wenden Sie sich bitte an unsere Statistik-Hotline, +43-1-40420-5555 oder [statistik.hotline@oenb.at](mailto:statistik.hotline@oenb.at).

Wenn Sie per E-Mail über Neuerscheinungen informiert werden möchten, bitten wir Sie, sich unter [www.oenb.at/Service/Newsletter.html](http://www.oenb.at/Service/Newsletter.html) zu registrieren.

Johannes Turner  
Gerhard Winkler  
Michael Pfeiffer

# Kurzbericht

# Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der Kreditinstitute zum 31. Dezember 2017

Elizabeth Bachmann,  
Stefan Kinschner<sup>1</sup>

Das konsolidierte Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen von allen in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten wurde im Jahr 2017 mit insgesamt 6,6 Mrd EUR angegeben. Dies entspricht einem Anstieg um 1,6 Mrd EUR im Vergleich zum Jahr 2016.

Die Bilanzsumme aller in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute betrug zum 31. Dezember 2017 948,9 Mrd EUR und lag damit um 2,6 Mrd EUR (+0,3%) über dem Vergleichswert zum 31. Dezember 2016.

## Entwicklung des konsolidierten Jahresergebnisses im Detail

Die konsolidierten Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen) der österreichischen Kreditinstitute lagen im Jahr 2017 um 1,9 % über dem Vorjahreswert. Positiv auf die Betriebserträge wirkten sich neben einem stark gestiegenen sonstigen betrieblichen Ergebnis<sup>2</sup> das um 4,9 % gestiegene Provisionsergebnis und die um 27,2 % höheren Dividenden und Beteiligungserträge (aus UGB-Bilanzen) aus. Einen Rückgang um 29,6 % verzeichnete hingegen der Handelserfolg<sup>3</sup>. Weitgehend stabil blieb das Nettozinsergebnis, das als wichtigste Ertragskomponente der österreichischen Kreditinstitute einen Rückgang um 0,5 % verzeichnete.

Das konsolidierte Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorgen) wies einen Anstieg um 40,9 % aus. Dieser Anstieg ist vor allem auf Wertaufholungen bei den Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen zurückzuführen, die den Abschreibungen von Vermögenswerten zuzuordnen sind. Die Verwaltungsaufwendungen gingen gegenüber dem Vorjahr um 4,1 % zurück, wobei sich diese Entwicklung sowohl bei den Personal- als auch bei den Sachaufwendungen widerspiegelt.

Insgesamt konnte das konsolidierte Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen um 31,7 % verbessert werden. Neben einem verbesserten Betriebsergebnis wirkten sich auch der Anstieg des Ergebnisses aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen (aus IFRS-Bilanzen) in Höhe von 26,5 % sowie höhere Erträge aus der Verbuchung von den Anschaffungskosten übersteigenden Werten des Nettovermögens positiv auf das Jahresergebnis aus. Die Risikovorsorgen befanden sich auch im Jahr 2017 auf sehr geringem Niveau und gingen gegenüber dem Vorjahr um 11,8 % zurück.

Negativ auf das Ergebnis wirkten sich das reduzierte Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen<sup>4</sup> sowie die um 35,8 % gestiegenen Minderheitenanteile aus.

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, elizabeth.bachmann@oenb.at, stefan.kinschner@oenb.at.

<sup>2</sup> Die einmalige Sonderzahlung der Bankenabgabe belastete das sonstige betriebliche Ergebnis 2016 wesentlich.

<sup>3</sup> Der Handelserfolg errechnet sich aus dem Handelsergebnis zuzüglich der sonstigen Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP sowie zuzüglich sonstiger realisierter Gewinne bzw. Verluste aus Finanzgeschäften.

<sup>4</sup> Ein wesentlicher Teilgeschäftsbereich einer Großbank, der das Jahresergebnis 2016 noch positiv beeinflusst hat, ist aufgrund der im Jahr 2016 erfolgten Abspaltung nicht mehr im Jahresergebnis 2017 enthalten.

Tabelle 1

**Konsolidierte Ertragslage der österreichischen Bankkonzerne und Einzelinstitute**

	2017	2016	Differenz	
	in Mio EUR		absolut	in %
Zinsergebnis	14.526	14.604	-78	-0,5
+ Provisionsergebnis	6.886	6.562	324	4,9
+ Handelserfolg 1	805	1.144	-339	-29,6
+ Dividendenerträge, Erträge aus Beteiligungen (nur UGB)	545	428	116	27,2
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	75	-331	405	122,6
= Betriebserträge netto	22.837	22.408	428	1,9
- Verwaltungsaufwendungen	13.999	14.592	-593	-4,1
- Abschreibungen von immat. und mat. Vermögen, Wertminderungen nicht finanzieller Vermögenswerte und Beteiligungen	773	2.093	-1.320	-63,1
= Betriebsergebnis	8.065	5.723	2.342	40,9
- Risikovorsorgen	1.052	1.192	-141	-11,8
davon: Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	906	989	-83	-8,4
davon: Sonstige Rückstellungen (nur IFRS)	108	271	-163	-60,0
davon: Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen	37	-67	104	155,3
+ Gewinn oder (-) Verlust aus Beteiligungen (nur IFRS)	1.147	907	240	26,5
+ Sonstiger Saldo in Summe	298	124	174	141,1
= Jahresergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	8.458	5.561	2.897	52,1
- Ertragssteuern	1.246	1.264	-19	-1,5
+ Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen (nur IFRS) 2	25	1.182	-1.157	-97,9
- Minderheitenanteile (nur IFRS)	680	500	179	35,8
= Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	6.558	4.979	1.579	31,7

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP + sonstige realisierte Gewinne bzw. Verluste aus Finanzgeschäften<sup>2</sup> Ein wesentlicher Teilgeschäftsbereich einer Großbank, der das Jahresergebnis 2016 noch positiv beeinflusst hat, ist aufgrund der im Jahr 2016 erfolgten Abspaltung nicht mehr im Jahresergebnis 2017 enthalten.

Datenstand: 20. März 2018.

**Entwicklung der konsolidierten Vermögenslage im Detail**

Die Bilanzsumme aller in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute betrug zum 31. Dezember 2017 948,9 Mrd EUR und lag damit um 2,6 Mrd EUR (+0,3%) über dem Vergleichswert zum 31. Dezember 2016.

Aktivseitig gab es die größten absoluten Anstiege bei den Krediten und Forderungen gegenüber Nichtbanken (+5,3%), beim Kassenbestand und den Guthaben bei Zentralbanken (+8,0%) und bei den Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen (+8,4%). Größere Rückgänge wurden hingegen bei den Schuldverschreibungen (-11,5%), den Krediten und Forderungen gegenüber Kreditinstituten (-8,3%) und den Finanzderivaten (-25,9%) verzeichnet. Passivseitig gab es die größten absoluten Anstiege bei den Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken (+4,6%) und den Einlagen von Zentralbanken (+119,6%). Wesentliche Rückgänge wurden bei den Schuldverschreibungen und anderen finanziellen Verbindlichkeiten (-13,4%), den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-9,5%) und den Finanzderivaten (-27,6%) verzeichnet.



Analysen

# Executive Summaries

## **Economic growth boosts retail loans in all segments**

On the back of benign economic conditions, the growth of loans to domestic companies reached its highest rate in 2017 since May 2009. Likewise, household loan growth in Austria was very strong. In addition to housing loans, which had seen steady growth already in the past few years, consumer loans also expanded in 2017, which is attributable in particular to interest rates being at historically low levels.

## **Austrian banks' foreign claims on an ultimate risk basis by regional and structural characteristics**

This article looks into Austrian banks' ultimate risk exposure abroad broken down by country and sector. Our data show that Central, Eastern and Southeastern Europe (CESEE), the Commonwealth of Independent States (CIS) and Germany account for the largest shares of Austrian banks' foreign claims on an ultimate risk basis. A breakdown by economic sector reveals material structural differences between countries. While in CESEE and CIS countries, the bulk of foreign claims on an ultimate risk basis are on the private and the public sectors, in other countries (rest of the world excluding Austria) the share of foreign claims on the financial sector is much higher.

## **Economic boom fuels demand for corporate loans**

On the back of favorable economic developments, corporate loan demand has been rising for over a year now. The outlook is positive as well, continuing a trend that is most pronounced for long-term loans. Survey respondents attribute the increase in demand to growing financing needs for investment by Austrian enterprises that continues to be robust. On the supply side, margins on average-risk corporate and home loans declined in the first quarter of 2018. This trend has been going on for several years – mainly for competition reasons. Over the long term, credit standards have been exceptionally tight in recent years (especially for corporate loans) as the global financial crisis had prompted banks to tighten their credit standards – and there has been little change in this respect since mid-2015. The refinancing conditions of banks have been improving for several quarters. Medium- to long-term bonds in particular became a more viable source of funding in early 2017. According to survey participants, the Eurosystem's expanded asset purchase programme (APP) has benefited their liquidity as well as their market financing conditions but depressed, at the same time, their profitability due to a decline in net interest margins. Banks reported ongoing downward pressure on lending rates as well as margins but above all on interest income due to the Eurosystem's negative deposit facility rate.

## **Private sector debt in Austria**

Private sector debt in Austria has been rising in absolute terms, but not in relation to disposable income or GDP as in other European countries. Household debt is still mainly comprised of long-term loans, with housing loans accounting for a significant share. Nonfinancial corporations have recorded rising levels of debt over the past two years, accompanied by an increase in equity capital. While bank loans used to play a predominant role for the corporate sector, recently, alternative sources of debt financing have become increasingly important. Private sector debt in Austria is below the thresholds defined in the macroeconomic imbalance procedure of the European Union.

## **Austria's transition from a net importer to a net lender**

The current account balance (defined as the value of net exports of goods and services as well as primary and secondary income) broadly measures the extent to which an economy is a net lender (that is, in surplus) or a net borrower (that is, in deficit). Austria's current account turned from a (more or less) stable deficit in the reference period from 1955 to 2001 to a surplus starting in 2002. This structural shift reflects the changes that have occurred in cross-border activity due to underlying structural economic changes and changing regulatory and monetary conditions. The strength of Austria's export and import economy is reflected by rising nonfinancial and financial indicators alike: By 2017, Austria's export and import ratios had risen to 50% of GDP, reaching the level of consumption to GDP, and cross-border financial assets as a share of GDP corresponded to 230% of GDP. In other words, foreign assets accounted for one third of all financial assets held by domestic agents at end-2017.

## Wirtschaftswachstum lässt Kundenkredite in allen Segmenten steigen

Das Kreditwachstum inländischer Unternehmen stieg im Jahr 2017 in einem positiven wirtschaftlichen Umfeld auf den höchsten Wert seit Mai 2009 an. Auch die Kreditvergabe an private Haushalte entwickelte sich in Österreich sehr positiv. Neben den schon über die letzten Jahre hinweg steigenden Volumina im Bereich der Wohnbaufinanzierung wird für das Jahr 2017 – insbesondere aufgrund historisch niedriger Zinssätze – auch eine Ausweitung bei Konsumkrediten verzeichnet.

## Das Letztrisiko österreichischer Banken im Ausland auf Basis regionaler und struktureller Merkmale

In diesem Artikel wird die Konzentration des Letztrisikos österreichischer Banken im Ausland auf Länder- und Sektorbasis untersucht. Wie aus den Daten hervorgeht, besteht das Letztrisiko österreichischer Banken im Ausland zu einem großen Teil in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE), in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS bzw. CIS) sowie in Deutschland. Bei der Betrachtung der volkswirtschaftlichen Sektoren zeigen sich relevante strukturelle Unterschiede zwischen den Staaten. Während in CESEE- und CIS-Ländern Auslandsaktiva auf Basis des Letztrisikos überwiegend gegenüber dem privaten Sektor sowie dem Staatssektor zu finden sind, ist der Anteil der Auslandsaktiva gegenüber dem Finanzsektor im Rest der Welt (ohne Österreich) wesentlich höher.

## Hochkonjunktur beflügelt Nachfrage nach Unternehmenskrediten

Bereits seit über einem Jahr steigt die Nachfrage nach Unternehmenskrediten aufgrund der guten Konjunktur. Auch der Ausblick ist positiv. Dieser Trend ist bei den langfristigen Krediten am stärksten ausgeprägt. Die Umfrageteilnehmer sehen die verstärkte Nachfrage im gestiegenen Finanzierungsbedarf für die anhaltend starke Investitionstätigkeit der österreichischen Unternehmen. Angebotsseitig wurden im ersten Quartal 2018 die Margen für durchschnittlich risikoreiche Unternehmens- und Wohnbaukredite gesenkt. Hier besteht bereits eine mehrjährige Tendenz – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen. Die Kreditrichtlinien sind bereits seit einigen Jahren im langfristigen Vergleich überdurchschnittlich straff (vor allem bei Unternehmenskrediten). Die Banken hatten die Richtlinien nach Ausbruch der globalen Finanzkrise verschärft. Seit Mitte 2015 ist es kaum zu weiteren Veränderungen gekommen. Der Zugang der Banken zu Refinanzierungsquellen verbessert sich bereits seit mehreren Quartalen. Insbesondere die Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen ist seit Anfang 2017 leichter geworden. Dem erweiterten Programm des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten schreiben die Umfrageteilnehmer zuletzt vor allem eine Verbesserung ihrer Liquidität sowie eine Verbesserung ihrer Finanzierungsbedingungen zu, aber auch eine Belastung ihrer Ertragslage (infolge gesunkener Nettozinssmargen). Der negative Einlagenzinssatz des Eurosystems äußert sich gemäß den Ergebnissen der Umfrage in einem anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und die Margen sowie mehr noch, in einer Belastung der Zinserträge der Banken.

## Entwicklung der privaten Verschuldung in Österreich

Die Schulden des privaten Sektors in Österreich nehmen zwar absolut betrachtet zu, nicht aber in Relation zum verfügbaren Einkommen bzw. Bruttoinlandsprodukt wie in anderen europäischen Ländern. Die Verschuldung der privaten Haushalte findet weiterhin hauptsächlich in Form von langfristigen Krediten statt, wobei Wohnbaukredite eine signifikante Rolle spielen. Der Sektor der nichtfinanziellen Unternehmen wies in den letzten beiden Jahren eine steigende Verschuldung bei gleichzeitigem Aufbau von Eigenkapital auf. Während bisher für den Unternehmenssektor vor allem Bankkredite wesentlich waren, spielten in letzter Zeit vermehrt alternative Fremdkapitalinstrumente eine immer wichtigere Rolle. Die private Verschuldung in Österreich liegt unter den Schwellenwerten des Verfahrens für makroökonomischen Ungleichgewichte der Europäischen Union (VMU).

## Österreich auf dem Weg vom Nettoimporteur zum Kapitalgeber

Der Leistungsbilanzsaldo (als Nettoergebnis aller Güter-, Dienstleistungs- und Einkommensexporte abzüglich der entsprechenden Importe) ist ein realwirtschaftlicher Indikator für den Nettofinanzierungsbedarf bzw. -überschuss einer Volkswirtschaft. Er entwickelte sich in Österreich von einem vorwiegenden Defizit in den Jahren von 1955 bis 2001 in einen anhaltenden Überschuss ab 2002. Diese strukturelle Verschiebung reflektiert die Veränderungen der grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten aufgrund neuer wirtschaftspolitischer, regulatorischer und währungspolitischer Rahmenbedingungen. Die starke außenwirtschaftliche Dynamik lässt sich sowohl an realwirtschaftlichen als auch an finanziellen Indikatoren ablesen: Zwischen 1995 und 2017 stiegen sowohl die Export- als auch die Importquote auf mehr als 50% des BIP und damit auf das Niveau der Konsumquote. Das Volumen der grenzüberschreitenden Vermögensbestände erreichte das 2,3-fache der jährlichen Wirtschaftsleistung. Jeder dritte Euro des gesamten Finanzvermögens aller inländischen Akteure war zum Jahresende 2017 in ausländischen Vermögenswerten platziert.

# Wirtschaftswachstum lässt Kundenkredite in allen Segmenten steigen

## Kredite, Einlagen und Zinssätze österreichischer Finanzinstitute

Martin Bartmann,  
Patrick Thienel<sup>1</sup>

Das Kreditwachstum inländischer Unternehmen stieg im Jahr 2017 in einem positiven wirtschaftlichen Umfeld auf den höchsten Wert seit Mai 2009 an. Auch die Kreditvergabe an private Haushalte entwickelte sich in Österreich sehr positiv. Neben den schon über die letzten Jahre hinweg steigenden Volumina im Bereich der Wohnbaufinanzierung wird für das Jahr 2017 – insbesondere aufgrund historisch niedriger Zinssätze – auch eine Ausweitung bei Konsumkrediten verzeichnet.

### 1 Kredite an Nichtbanken gewinnen an Bedeutung

Der wichtigste Bilanzposten von Banken<sup>2</sup> – das Kreditgeschäft mit inländischen Nichtbanken – gewann in den letzten fünf Jahren konstant an Bedeutung. Der relative Anteil an der Gesamtbilanzsumme österreichischer Banken lag mit 42 % (341 Mrd EUR) deutlich über jenem des Jahres 2012. Ausschlaggebend dafür waren insbesondere höhere Kreditvergaben an nichtfinanzielle Unternehmen bzw. private Haushalte, die mit einem Anteil von insgesamt 88 % das Gros des Nichtbanken-Geschäfts ausmachten (Unternehmen: 143 Mrd EUR, private Haushalte: 156 Mrd EUR).

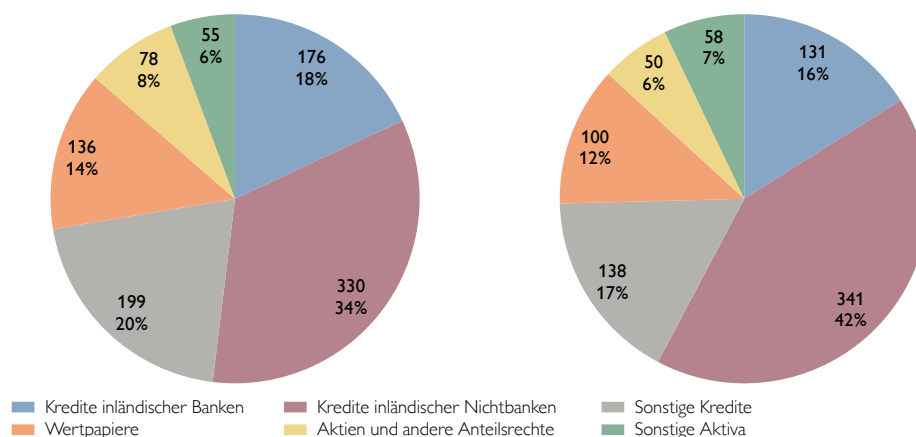
Die Bilanzsumme insgesamt war hingegen im beobachteten Zeitraum rückläufig und wies 2017 mit 819 Mrd EUR einen um 156 Mrd EUR geringeren Wert als 2012 auf. Bis auf das inländische Kundengeschäft mit Nichtbanken wurden alle relevanten Bilanzpositionen abgebaut. Der Rückgang beim Interbankengeschäft war unter anderem auf Strukturreformen (z. B. Fusionen) im Bankensektor zurückzuführen.

Grafik 1

### Zusammensetzung der Aktiva österreichischer Finanzinstitute

Bilanzsumme Dezember 2012: 975 Mrd EUR

Bilanzsumme Dezember 2017: 819 Mrd EUR



Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, martin.bartmann@oebn.at, patrick.thienel@oebn.at.

<sup>2</sup> Definition der Bilanz gemäß dem Schema der Monetärstatistik (entspricht einer unkonsolidierten Bilanz).

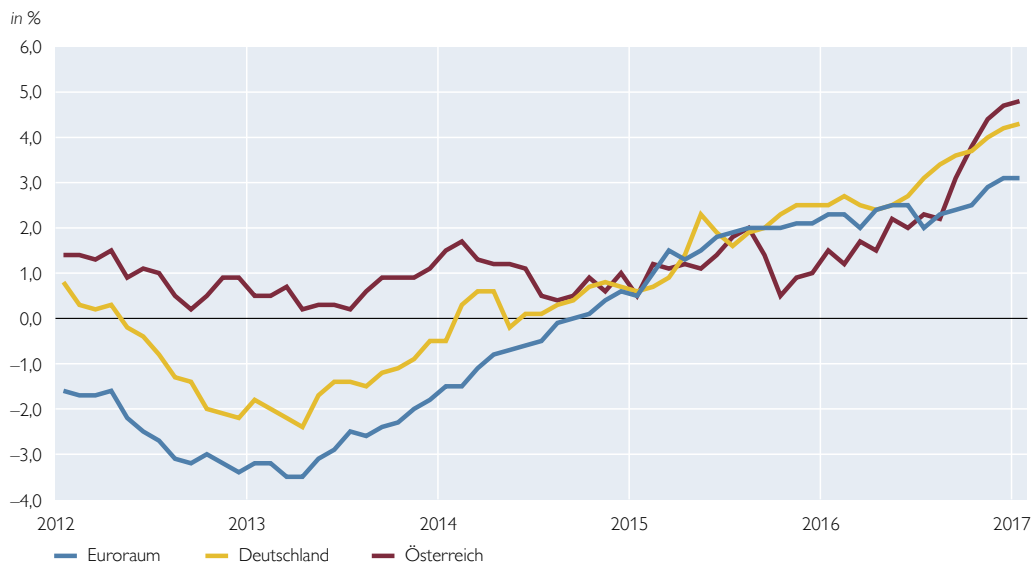
## 2 Kreditwachstum bei Unternehmen steigt

Das Jahreswachstum der an inländische Unternehmen vergebenen Kredite erreichte im Dezember 2017 mit 4,8% den höchsten Wert seit Mai 2009 (5,5%). Die Kreditentwicklung verlief seit dem Vorjahr konstant positiv, wobei insbesondere im 2. Halbjahr 2017 eine dynamische Entwicklung einsetzte, welche die Jahreswachstumsrate von 2,3% (Juni 2017) auf die zuvor erwähnten 4,8% ansteigen ließ. Im Euroraum war ebenfalls ein Aufwärtstrend erkennbar, dieser fiel aber wesentlich verhaltener aus und führte zu einem Anstieg der Jahreswachstumsrate von 2,0% (Juni 2017) auf 3,1% (Dezember 2017). Neben Österreich lag das Wachstum von Unternehmenskrediten auch in Frankreich (6,4%) und Deutschland (4,3%) über dem Euroraum-Durchschnitt, während es sich in den Niederlanden (-1,5%), Spanien (-0,4%) oder Irland (-0,5%) weiterhin rückläufig entwickelte.

Erstmals seit drei Jahren trugen im November bzw. Dezember 2017 alle Laufzeitenkategorien positiv zum Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen in Österreich bei. Den höchsten Beitrag zum Kreditwachstum lieferten mit 2,36 Prozentpunkten (Jahreswachstum 2017: 3,7%) weiterhin langfristige Kredite mit Laufzeit von über fünf Jahren, jedoch wurden auch Kredite mit Laufzeit von bis zu einem Jahr im Jahresvergleich um 4,4% aufgebaut und lieferten damit ebenfalls einen positiven Beitrag von 0,77 Prozentpunkten.

Grafik 2

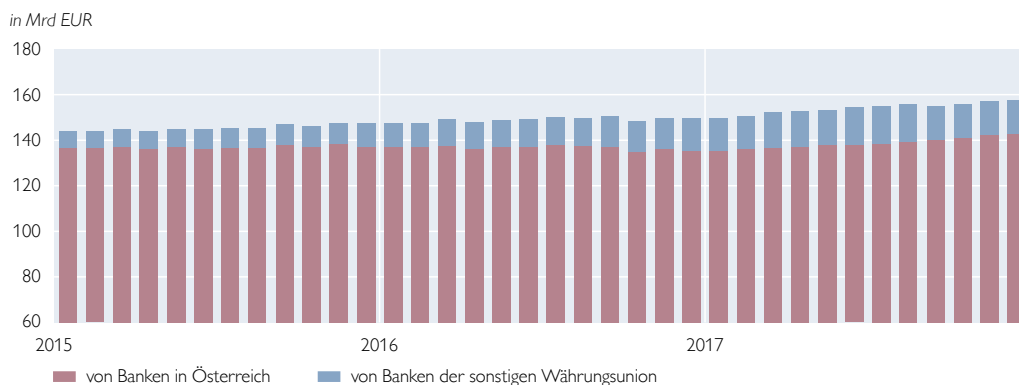
### Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen



Quelle: OeNB, EZB.

Im Euroraum insgesamt war eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Die positive Kreditentwicklung, insbesondere bei längerfristigen Finanzierungen, dürfte auch im Zusammenhang mit steigenden Anlageinvestitionen (insbesondere von Maschinen) stehen, die im Jahr 2017 sowohl in Österreich als auch im Euroraum weiter zu beobachten waren. So stiegen die Bruttoanlageinvestitionen in Österreich 2017 um 5,1% an.

### Kreditvolumen an inländische nichtfinanzielle Unternehmen



Das Kreditvolumen nichtfinanzieller Unternehmen bei österreichischen Banken wies im Dezember 2017 mit 143 Mrd EUR den historisch höchsten Wert auf. Zusätzlich zu den 143 Mrd EUR finanzierten sich österreichische Unternehmen mit rund 15 Mrd EUR bei Banken mit Sitz in der sonstigen Währungsunion<sup>3</sup> (Euro-Währungsgebiet ohne Österreich), wobei der größte Anteil davon mit rund 11 Mrd EUR auf Banken mit Sitz in Deutschland entfiel. Dies dürfte auch mit den günstigeren Kreditkonditionen bei Großkrediten (über 1 Mio EUR) in Deutschland im Zusammenhang stehen.

Wobei das Kreditvolumen, das österreichische Banken an Unternehmen mit Sitz in der sonstigen Währungsunion vergaben höher war und im Dezember 2017 bei rund 24 Mrd EUR lag. Mit rund 13 Mrd EUR entfiel auch hier der mit Abstand größte Teil auf deutsche Unternehmen.

Das aushaftende Volumen an Unternehmenskrediten nach Branchenstruktur ergibt für das Grundstücks- und Wohnungswesen 2017 einen Anteil von 31 % am gesamten Kreditvolumen nichtfinanzieller Unternehmen in Österreich. Diese Branche umfasst insbesondere die Tätigkeiten, die mit dem Kauf und Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen im Zusammenhang stehen. Mit einem Anteil von 16 % bzw. 11 % wiesen die Branchen Bau sowie Herstellung von Waren ebenfalls hohe Werte auf.

### 3 Neben Wohnbaukrediten stiegen 2017 auch die Konsumkredite an

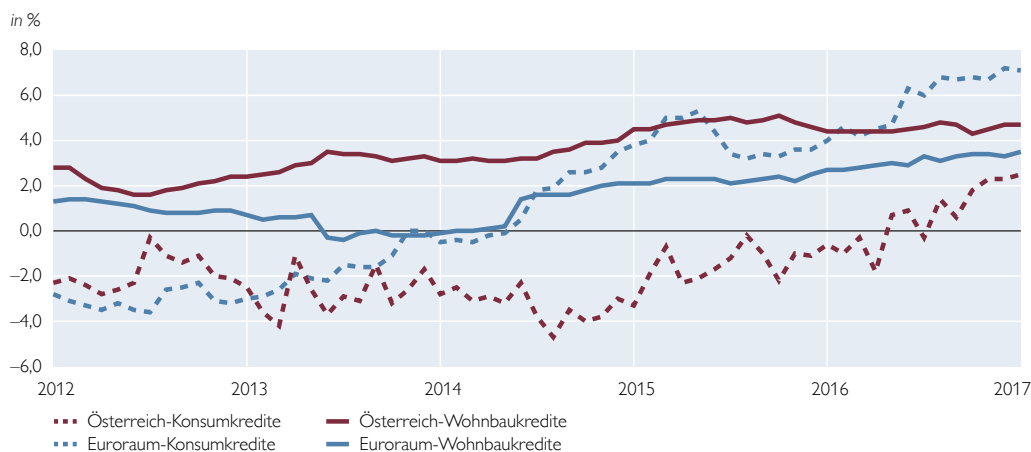
Auch bei den privaten Haushalten entwickelte sich die Kreditvergabe in Österreich mit einer Jahreswachstumsrate von 3,5 % (Dezember 2017) positiv. Neben den schon über die letzten Jahre positiven Wachstumsraten im Bereich der Wohnbaufinanzierung drehte nun auch die Jahreswachstumsrate der Konsumkredite ins Plus. Der Anstieg der Konsumkredite hängt auch mit dem steigenden privaten Konsum zusammen, welcher im Jahr 2017 mit 1,5 % real in Österreich gewachsen ist. Die entsprechenden Jahreswachstumsraten der Kreditvolumina lagen in Österreich bei 4,7 % (Wohnbaukredite) bzw. 2,5 % (Konsumkredite).

<sup>3</sup> Diese Spiegeldaten werden erst seit Dezember 2014 erhoben.

Im Euroraum lag das Jahreswachstum der Kredite privater Haushalte auf einem etwas geringeren Niveau (2,9%). Neben Wohnbaukrediten (3,5%) waren es 2017 insbesondere Konsumkredite die sich mit einem Jahreswachstum von 7,1% sehr dynamisch entwickelten. Deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt lag das Wachstum bei Konsumkrediten insbesondere in Spanien mit 16,4%.

Grafik 4

#### Kreditwachstum nach Verwendungszwecken



Quelle: OeNB, EZB.

Das Kreditwachstum privater Haushalte wurde ausschließlich von Euro-Krediten getrieben, die sich 2017 um 6,3% ausweiteten, während Fremdwährungskredite weiter deutlich abgebaut wurden (2017: -15%). Der aushaftende Bestand von Fremdwährungskrediten österreichischer privater Haushalte bei inländischen Banken lag im Dezember 2017 bei 16,5 Mrd EUR und entsprach damit dem geringsten Wert seit Jänner 2003. Dennoch war das entsprechende Volumen noch immer das zweithöchste – hinter Frankreich – im Vergleich mit anderen Euroraum-Ländern. Insgesamt ging das Volumen an Fremdwährungskrediten im Euroraum seit 2012 von 93,8 Mrd EUR auf 58,2 Mrd EUR zurück, wobei ein rückläufiger Trend in allen Einzelländern zu beobachten war.

In Österreich war die rückläufige Entwicklung – auch aufgrund der Beschränkungen durch die im Jahr 2008 erstmals herausgegebenen Mindeststandards der Finanzmarktaufsicht (FMA) – besonders stark ausgeprägt. Zählt man die 700 Mio EUR an Fremdwährungskrediten hinzu, die österreichische Banken an private Haushalte der sonstigen Währungsunion vergeben haben, lag der Anteil österreichischer Banken am Volumen aller Fremdwährungskredite im Euroraum 2017 nur noch bei 29,6%, während dieser 2012 noch 36,9% betrug.

#### 4 Deutlicher Zinsvorteil für KMUs in Österreich

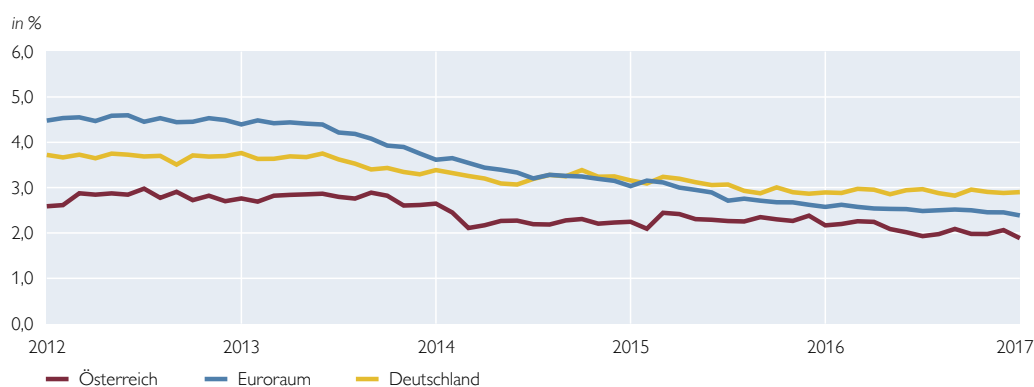
Der Langzeitvergleich zeigt, dass die Kundenzinssätze 2017 in Österreich historische Tiefststände erreichten. Wird die Finanzierungsseite nichtfinanzieller Unternehmen betrachtet, so ist zu erkennen, dass im Speziellen kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) weiterhin einen deutlichen Zinsvorteil gegenüber dem Euroraum haben. Der Zinssatz für neu vergebene Kredite bis 250.000 EUR ging im Jahresvergleich um 28 Basispunkte auf 1,89% im Dezember 2017 zurück. Nur Belgien (1,69%) und

Frankreich (1,87%) wiesen im Euroraum in dieser Kategorie geringere Werte als Österreich auf. Deutschland lag mit 2,9% sogar über dem Euroraum-Durchschnitt von 2,39%.

Weiters lag auch der Zinssatz für neu vergebene Kredite an selbstständig Erwerbstätige in Österreich mit 2,16% unter dem Euroraum-Durchschnitt von 2,31%.

Grafik 5

### Zinssatz für Kredite bis 250.000 EUR an nichtfinanzielle Unternehmen



Quelle: OeNB, EZB.

Bei Großkrediten über 1 Mio EUR lag der Zinssatz in Österreich mit 1,46% geringfügig über dem Euroraum-Durchschnitt von 1,36%. Die Zinsunterschiede zwischen den einzelnen Euroraum-Ländern sind in dieser Kategorie geringer als bei Krediten bis 1 Mio EUR. Unter dem Euroraum-Durchschnitt waren die Zinskonditionen in Italien (1,16%), Luxemburg (1,21%) oder Deutschland (1,27%). Die geringeren Zinskonditionen für Großkredite in Deutschland dürften auch ein Grund dafür sein, dass sich österreichische Unternehmen in den letzten Jahren teilweise über deutsche Banken finanziert haben.

Bei privaten Haushalten kam es im Jahr 2017 zu einem Rückgang der Zinskonditionen neu vergebener Konsumkredite um 20 Basispunkte auf 4,69%. Damit wies Österreich in diesem Segment einen Zinsvorteil von 57 Basispunkten gegenüber dem Euroraum (5,26%) auf.

Die Zinssätze für neu vergebene Wohnbaukredite blieben sowohl in Österreich als auch im Euroraum auf ihren historischen Tiefstständen. Mit einem kapitalgewichteten Durchschnittszinssatz von 1,85% wies Österreich genau den Euroraum-Durchschnittswert auf. Insgesamt ist zu erkennen, dass die Zinsunterschiede zwischen den einzelnen Euroraum-Ländern bei Wohnbaukrediten deutlich geringer als bei Konsumkrediten ausfallen.

Im Umfeld historisch geringer Zinssätze sicherten sich private Haushalte das günstige Zinsniveau weiterhin mit vermehrten Fixzinsbindungen im Kreditbereich längerfristig ab, was man insbesondere im Neugeschäft bei Wohnbaukrediten erkennen kann. Lag der Anteil von Krediten mit anfänglicher Zinsbindung über 10 Jahre im Jahr 2012 noch bei 2%, stieg dieser im Jahr 2017 auf 27% deutlich an. Trotzdem lag der entsprechende Anteil in Deutschland mit 44% noch über jenem Österreichs.

Ein Hauptgrund für die hohe Nachfrage längerfristig fixierter Kreditzinssätze dürfte der im Vergleich zu 2012 wesentlich geringere Zinsaufschlag für diese sein.

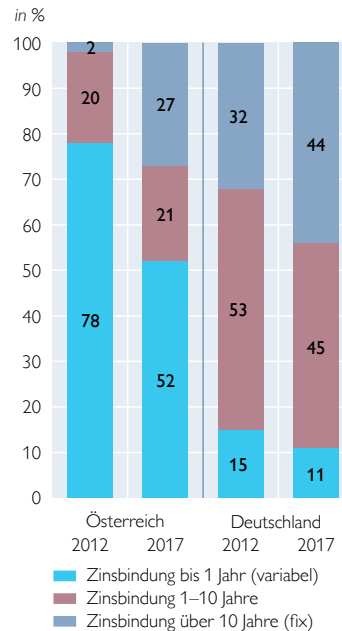


Grafik 6

Der Zinsaufschlag für Kredite mit anfänglicher Zinsbindung von über 10 Jahren gegenüber Krediten mit variabler Verzinsung (anfängliche Zinsbindung bis 1 Jahr) lag im Jahr 2012 noch bei durchschnittlich 119 Basispunkten. Er ging auf durchschnittlich 48 Basispunkte im Jahr 2017 zurück, was mehr als eine Halbierung bedeutet.

Die Auswirkungen der Strukturänderung im Neugeschäft auf den Kreditbestand führte zu einer Zunahme des Anteils an Krediten mit längeren Zinsbindungen in Österreich. Der Anteil von Krediten mit einem Fixzinssatz von über 1 Jahr am aushaftenden Bestand von Wohnbaukrediten stieg im Laufe des Jahres 2017 von 15,8% auf 20,6% an. Bei Wohnbaukrediten mit langen Restlaufzeiten von über 20 Jahren betrug der Anteil von Krediten mit einem Fixzinssatz von über einem Jahr im Dezember 2017 bereits 26,3%, gegenüber von 20,6% im Vorjahr.

### Anteil der Zinsbindungsfristen am Kreditneugeschäft



Quelle: OeNB, EZB.

## 5 Einlagen inländischer Banken dominieren Passivseite der Bilanz

Die Struktur der Passivseite<sup>4</sup> zeigt die zunehmende Bedeutung von inländischen Kundeneinlagen, die sich trotz historisch geringer Zinssätze weiter deutlich positiv entwickelten. Diese machten mit einem Gesamtvolumen von rund 353 Mrd EUR 43% der Gesamtbilanzsumme aus. Der Großteil (87%) dieser Einlagen entfiel auf private Haushalte (244 Mrd EUR) und nichtfinanzielle Unternehmen (64 Mrd EUR). Auch auf der Passivseite gingen die Wertpapierpositionen sowie das Interbankengeschäft zugunsten des Kundengeschäftes mit Einlagen zurück.

Nicht nur das Kreditvolumen, sondern auch das Einlagenvolumen nichtfinanzieller Unternehmen weitete sich im Jahr 2017 deutlich aus. In Summe wurden Einlagen im Ausmaß von 4,5 Mrd EUR – das entsprach einem Jahreswachstum von 7,4% – von österreichischen Unternehmen aufgebaut. Damit erreichte das bei österreichischen Banken aushaftende Volumen einen neuen historischen Höchststand von 64,4 Mrd EUR. Der Anstieg war ausschließlich bei den täglich fälligen Einlagen zu verzeichnen. Im Euroraum stiegen die Unternehmenseinlagen im Jahr 2017 um 7,8% und damit in einem ähnlichen Ausmaß wie in Österreich an.

Trotz weiterhin vorherrschender negativer Realzinsen stieg auch das Einlagenvolumen privater Haushalte im Jahr 2017 weiter an. Insgesamt betrug das Wachstum im Jahr 2017 3,4% und entsprach damit einer Ausweitung um 8,0 Mrd EUR auf insgesamt 244 Mrd EUR. Wie schon in den Jahren zuvor waren ausschließlich täglich fällige Einlagen für die positive Einlagenentwicklung privater Haushalte verantwortlich.

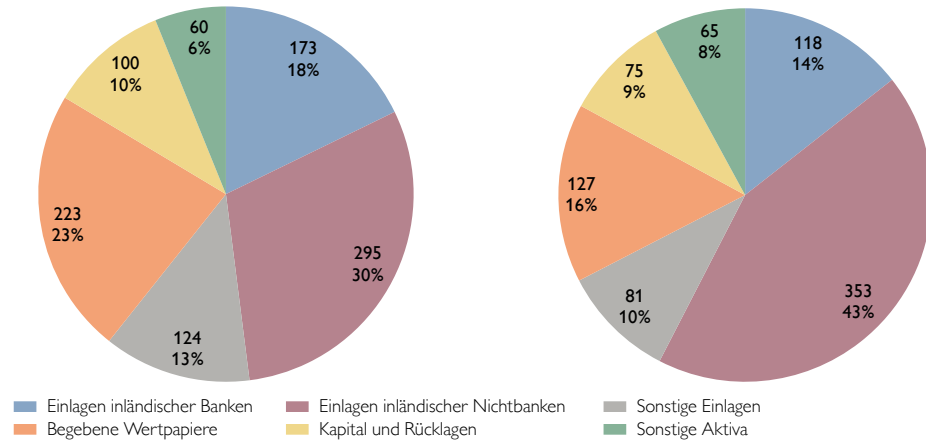
<sup>4</sup> Definition der Bilanz gemäß dem Schema der Monetärstatistik (entspricht einer unkonsolidierten Bilanz).

Grafik 7

### Zusammensetzung Passiva

Bilanzsumme Dezember 2012: 975 Mrd EUR

Bilanzsumme Dezember 2017: 819 Mrd EUR



Quelle: OeNB.

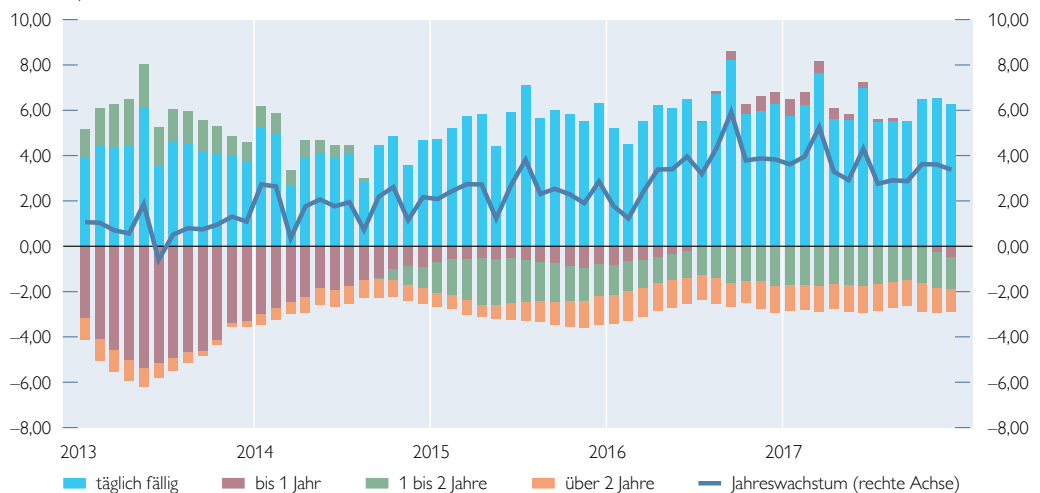
Mit 141,1 Mrd EUR (2017: +11,7%) machten diese bereits 58% des gesamten Einlagenvolumens privater Haushalte in Österreich aus, der entsprechende Euro-raum-Durchschnitt lag bei 52%.

Grund für die geringe Attraktivität längerfristig gebundener Einlagen dürften die geringen Zinssaufschläge für Einlagen mit Bindungsfrist sein. Der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz täglich fälliger Einlagen lag in Österreich im Dezember 2017 bei 0,1% und damit nur um 10 Basispunkte unter jenem für Einlagen mit Bindungsfrist von bis zu einem Jahr (0,2%).

Grafik 8

### Beitrag der Laufzeiten zum Einlagenwachstum privater Haushalte

in Prozentpunkten



Quelle: OeNB.

Als alternative Anlageform für private Haushalte standen Investmentfondsanteile in den letzten Jahren verstärkt im Fokus. Nachdem bereits in den letzten vier Jahren zumindest 3 Mrd EUR netto in Investmentzertifikate flossen, haben private Haushalte auch 2017 wieder mit netto 3,7 Mrd EUR vermehrt in Investmentfonds investiert. Auffallend im Jahr 2017 war, dass von den 3,7 Mrd EUR insbesondere ausländische Investmentfondsanteile (2,4 Mrd EUR) gekauft wurden. Die Käufe von inländischen Investmentzertifikaten können zusätzlich nach deren Strategie eingeteilt werden. Demnach lag der Fokus 2017 auf gemischten Fonds (+1,5 Mrd EUR) und auf Immobilienfonds (+0,5 Mrd EUR), während Rentenfonds im Ausmaß von 1,1 Mrd EUR abgebaut wurden.

Ein Grund für das steigende Interesse privater Haushalte an Investmentfonds dürfte das geringe Zinsniveau bei Einlagen sein. Im Vergleich zu Einlagen (244 Mrd EUR) ist das von privaten Haushalten gehaltene Niveau an Investmentfondsanteilen mit 62,2 Mrd EUR noch relativ gering, jedoch sind private Haushalte in zunehmenden Maß bereit, ein höheres Risiko für eine bessere Rendite einzugehen. Durchschnittlich lag die Performance 2017 bei 3,7%, besonders hoch war sie bei Aktienfonds (10,6%) und gemischten Fonds (3,8%). Der Bestandszinssatz gebundener Einlagen lag im Dezember 2017 mit 0,44% deutlich darunter.

# Das Letztrisiko österreichischer Banken im Ausland auf Basis regionaler und struktureller Merkmale

Paul Ehrlich,  
Stefan Kinschner<sup>1</sup>

*In diesem Artikel wird die Konzentration des Letztrisikos österreichischer Banken im Ausland auf Länder- und Sektorbasis untersucht. Wie aus den Daten hervorgeht, besteht das Letztrisiko österreichischer Banken im Ausland zu einem großen Teil in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE), in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS bzw. CIS) sowie in Deutschland. Bei der Betrachtung der volkswirtschaftlichen Sektoren zeigen sich relevante strukturelle Unterschiede zwischen den Staaten. Während in CESEE- und CIS-Ländern Auslandsaktiva auf Basis des Letztrisikos überwiegend gegenüber dem privaten Sektor sowie dem Staatssektor zu finden sind, ist der Anteil der Auslandsaktiva gegenüber dem Finanzsektor im Rest der Welt (ohne Österreich) wesentlich höher.*

## 1 Datengrundlage

Grundlage dieser Analyse sind die granularen Daten des gemeinsamen Meldewesen-Datenmodells.<sup>2</sup> Basierend auf diesem Datenmodell unter der rechtlichen Grundlage der FinStab-VO<sup>3</sup> werden Smart-Cubes mit Finanzmarktstabilitätsinhalten (FMS-Cubes) erhoben. Aus diesen Daten wird unter anderem die Consolidated Banking Statistics der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) erstellt. Die für die vorliegende Analyse gewählte Datenbasis ist damit analog zu jenen Daten, die im Rahmen der Consolidated Banking Statistics auf der Website der BIZ<sup>4</sup> veröffentlicht werden. Dabei handelt es sich um das bilanzielle Letztrisiko der mehrheitlich in österreichischem Besitz befindlichen Banken auf höchster Konsolidierungsstufe.

Das Letztrisiko (Ultimate Risk) zeigt in welchem Land und Sektor das „schlussendliche“ Risiko eines Geschäftsfalls, wie z. B. eines Kredits liegt und bezieht nicht nur unmittelbare Schuldner oder Gläubiger mit ein, sondern berücksichtigt auch etwaige Garantien und Sicherheiten der Risikoträgerschaft.

Im Rahmen der folgenden Analyse wird einerseits gezeigt, in welchen Ländern das Letztrisiko österreichischer Banken auf höchster Konsolidierungsstufe zu finden ist, andererseits werden strukturelle Gegebenheiten dieser Länder bzw. Ländergruppen näher erörtert. Diese Analyse basiert auf zwei Aspekten:

- einem Vergleich zwischen den Ländern anhand ausgewählter Indikatoren wie z. B. dem BIP-Wachstum bzw. den Zinssätzen der Staatsanleihen
- einer Aufgliederung nach volkswirtschaftlichen Sektoren innerhalb der Länder bzw. Ländergruppen.

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, paul.ehrlich@oebn.at, stefan.kinschner@oebn.at.

<sup>2</sup> Definitionen gemäß den Vorgaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich für Consolidated Banking Statistics. Für nähere Informationen siehe [www.oebn.at/Statistik/Meldewesen/gemeinsames-meldewesen-datenmodell.html](http://www.oebn.at/Statistik/Meldewesen/gemeinsames-meldewesen-datenmodell.html) – Gemeinsames Meldewesen-Datenmodell Version 4.2.1 – 5.2.6 Letztrisiko.

<sup>3</sup> BGBl. II Nr. 256/2015: Meldeverordnung FinStab 1/2015.

<sup>4</sup> Im Rahmen der International Banking Statistics (IBS) werden die Gesamtforderungen „Total Claims“ des nationalen und internationalen Bankgeschäfts durch die OeNB erhoben und von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) veröffentlicht.

## 2 Vergleich von Letztrisiko und ausgewählten Indikatoren auf Länderebene

### 2.1 Übersicht Letztrisiko

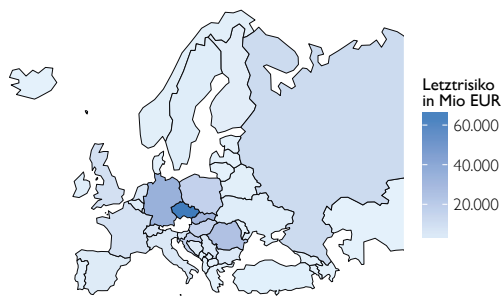
Das Letztrisiko österreichischer Banken gegenüber dem Ausland (Auslandsletztrisiko) auf konsolidierter Basis gemäß BIS-Consolidated Banking Statistics betrug per 31. Dezember 2017 311,7 Mrd EUR und lag damit um 33,3 Mrd EUR unter dem Letztrisiko österreichischer Banken gegenüber Österreich in Höhe von 344,9 Mrd EUR. Zu den Ländern mit den größten Letztrisiken zählen Tschechien (69,4 Mrd EUR), Deutschland (35,1 Mrd EUR), die Slowakei (31,1 Mrd EUR), Rumänien (24,3 Mrd EUR) und Kroatien (16,5 Mrd EUR). Diese fünf Länder tragen zu 56,6 % des gesamten ausländischen Letztrisikos bei.

Grafik 1 zeigt eine Darstellung auf Länderebene des Letztrisikos österreichischer Banken in Europa (entspricht 94,3% des gesamten Auslandsletztrisikos österreichischer Banken) sowie eine Verteilung des außereuropäischen Auslandsletztrisikos österreichischer Banken (entspricht 5,7% des gesamten Auslandsletztrisikos österreichischer Banken). Außerhalb Europas ist vor allem das Letztrisiko gegenüber den USA in Höhe von 8,8 Mrd EUR relevant.

Grafik 1

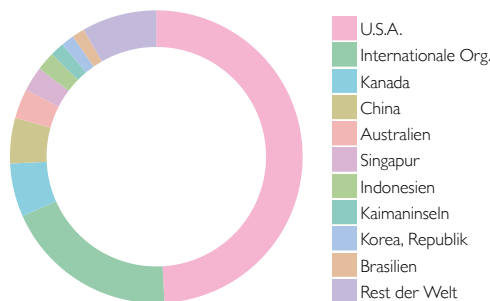
#### Auslandsletztrisiko österreichischer Banken in Europa

(94,3% des gesamten Auslandsletztrisikos)



#### Auslandsletztrisiko österreichischer Banken außerhalb Europas

(5,7% des gesamten Auslandsletztrisikos)



Quelle: OeNB.

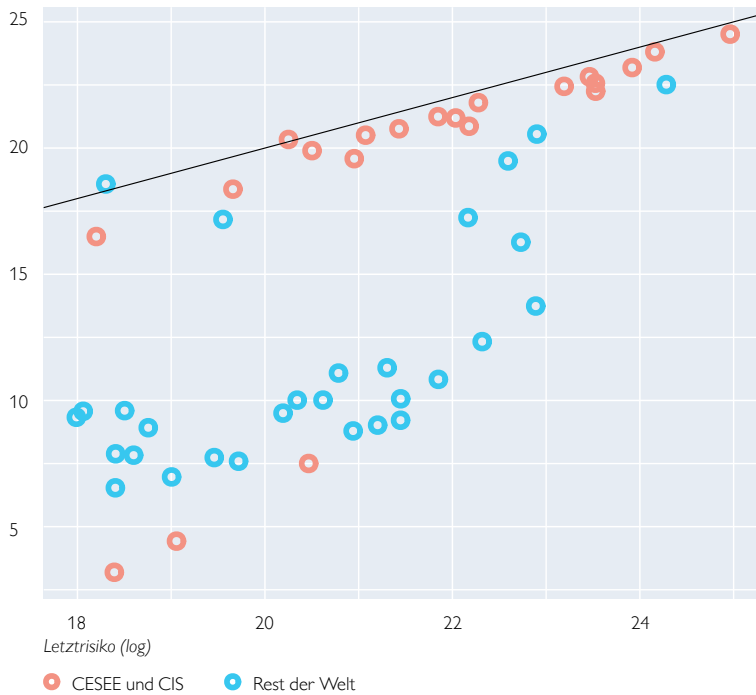
### 2.2 Übersicht ausgewählter zusätzlicher Indikatoren

Grafik 2 zeigt das Verhältnis von Letztrisiko zu Verbindlichkeiten in lokaler Währung österreichischer Banken auf Länderbasis. Die Regionen CESEE und CIS bzw. Rest der Welt werden hier farblich unterschieden. Zur besseren Veranschaulichung wurden die Skalen logarithmiert. Die schwarze Linie zeigt jene Punkte an bei denen das Letztrisiko gleich den lokalen Verbindlichkeiten in lokaler Währung ist. Während jenes Verhältnis in den Regionen CESEE und CIS sehr ausgeglichen ist, überwiegt das Letztrisiko im Rest der Welt meist deutlich. Dies lässt sich dadurch erklären, dass im Unterschied zu CESEE- und CIS-Ländern, die Geschäftsausrichtung anderer Länder eher vom klassischen Einlagen- und Kreditgeschäft abweicht und Kredite meist nicht über Töchter im jeweiligen Sitzland abgewickelt werden.

Grafik 2

### Verbindlichkeiten in lokaler Währung gegenüber dem Auslandsletztrisiko österreichischer Banken

Verbindlichkeiten in lokaler Währung (log)



Quelle: OeNB.

Um die Länder in dieser Analyse besser vergleichen zu können wurde ein Set von Standardwirtschaftsindikatoren ausgewählt und mit den Letztrisikodaten verknüpft: das S&P-Länderrating vom Februar 2018<sup>5</sup>, der langjährige Staatsanleihen-Zinssatz vom Dezember 2017<sup>6</sup> und das reale BIP-Wachstum 2017.<sup>7</sup> Grafik 3 zeigt eine Matrix aus Flächendiagrammen der Indikatorverteilungen und Streudiagrammen zwischen den Indikatoren farblich in die Regionen CESEE und CIS (rot) bzw. Rest der Welt (blau) separiert. Das ermöglicht einen Vergleich der Indikatorverteilungen zwischen den Länderregionen.

Das erste Diagonalelement von Grafik 3 zeigt, dass das Länderrating für CESEE- und CIS-Länder anders verteilt ist, als jenes vom Rest der Welt. Zusätzlich werden die Zusammenhänge dieser Indikatoren auf Länderbasis dargestellt, z. B. jene zwischen Länderrating und Bondindikator im ersten Element der zweiten Reihe.<sup>8</sup>

Das Letztrisiko österreichischer Banken findet sich fast ausschließlich in Ländern mit einem Länderrating (sofern vorhanden) in der Kategorie Investmentgrade (AAA-BBB). Die Verteilung des Länderratings zeigt, dass das Engagement österreichischer Banken in CESEE- und CIS-Ländern im Durchschnitt risikoreicher ist, während das BIP-Wachstum in diesen Ländern höher ist. Der Zinssatz von Staatsanleihen mit langer Laufzeit gilt als ein Indikator für das Zins- und Investitionsumfeld.<sup>9</sup> Während niedrige langfristige Zinssätze Geschäftsinvestitionen fördern, hemmen höhere Zinssätze die Investitionsfreude. Wie aus Grafik 3 ersichtlich ist, liegt das Auslandsletztrisiko österreichischer Banken überwiegend in Ländern mit niedrigem Zinssatz.

### 3 Letztrisiko nach volkswirtschaftlichen Sektoren im Ländervergleich

Die in Kapitel 2 dargestellten Aufgliederungen nach Ländern lassen sich aufgrund der Granularität der Daten präzise nach den volkswirtschaftlichen Sektoren<sup>10</sup> Staat (inklusive Zentralbanken), Finanzsektor (Banken und andere Finanzintermediäre)

<sup>5</sup> Langfristiges Länderrating (in Fremdwährung, ohne Feinklassen), Quelle: Standard & Poors.

<sup>6</sup> Zinssatz von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Long-Term Interest Rates), Quelle: OECD.

<sup>7</sup> Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) entspricht dem BIP bei konstantem Preisniveau, Quelle: OECD.

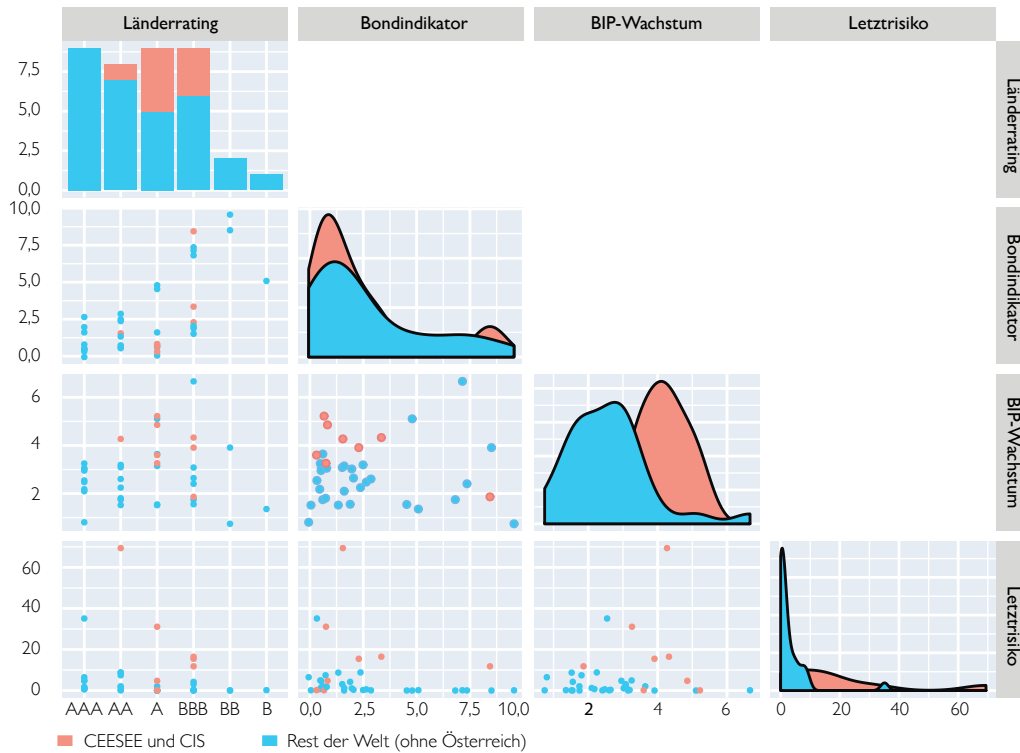
<sup>8</sup> Nicht für alle Länder, in denen österreichische Banken aktiv sind, waren alle zusätzlichen Informationen verfügbar (Abdeckungsgrad: >75 % des Letztrisikos).

<sup>9</sup> Erläuterungen zu Long-Term Interest Rates siehe OECD. 2018. Main Economic Indicators. Volume 2018 Issue 4. OECD Publishing, Paris.

<sup>10</sup> Die sektorale Gliederung ist – analog zur Methodologie der BIZ – eine Zusammenfassung der ESG-Sektoren.

Grafik 3

**Länderrating, Bondindikator, BIP-Wachstum, Letztrisiko**



Quelle: S&P, OECD, OeNB.

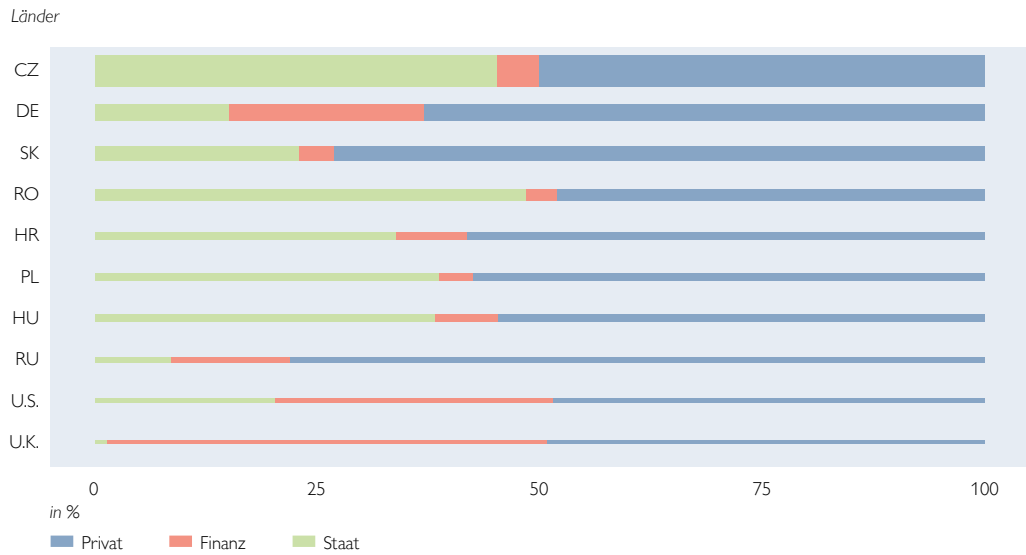
Anmerkung: Länderrating in Kategorien, Bondindikator in %, BIP Wachstum in %, Letztrisiko in Mrd EUR.

und Privater Sektor (Nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte) darstellen. Die daraus resultierende Übersicht der Top-10-Länder (gemessen nach Volumen des Letztrisikos) ist in Grafik 4 dargestellt und zeigt sowohl die relativen als auch die absoluten Gegebenheiten: die prozentuelle Verteilung über die Sektoren wird über die Länge der Teilbalken angezeigt, die Volumina über die Höhe der Balken. Die Aufschlüsselung der Länder nach volkswirtschaftlichen Sektoren zeigt eine Heterogenität zwischen den Ländern. So ist beispielsweise der Wert des Letztrisikos gegenüber dem Staat in Tschechien mit 31,4 Mrd EUR ca. sechs Mal so groß wie jener gegenüber dem Staat in Deutschland mit 5,3 Mrd EUR (der Vergleich ergibt sich aus dem nach Sektor gefärbten Flächen in Grafik 4). Der relative Anteil des Letztrisikos bezogen auf das jeweilige Land ist mit 45,2 % zu 15,1 % ca. drei Mal so hoch.

Generell sind die Top-10-Länder stark von CESEE- und CIS-Ländern dominiert. Lediglich drei Länder in dieser Auflistung kommen nicht aus dieser Region (Deutschland, U.S.A. und das Vereinigte Königreich). Die Sektorstruktur dieser Länder unterscheidet sich allerdings deutlich von jener in den CESEE- und CIS-Ländern. Insgesamt scheint es bei den Nicht-CESEE- und CIS-Ländern einen stärkeren Anteil des Finanzsektors am Letztrisiko zu geben. Grafik 5 zeigt die Aufgliederung für Österreich, die gesamte CESEE- und CIS-Region und den Rest der Welt. Das in Kapitel 2 angeführte ausländische Letztrisiko (311,7 Mrd EUR) teilt sich in 208,6 Mrd EUR für den CESEE- und CIS-Raum und in 103,1 Mrd EUR

Grafik 4

### Top-10-Länder mit dem größten Letztrisiko aufgeschlüsselt nach volkswirtschaftlichen Sektoren



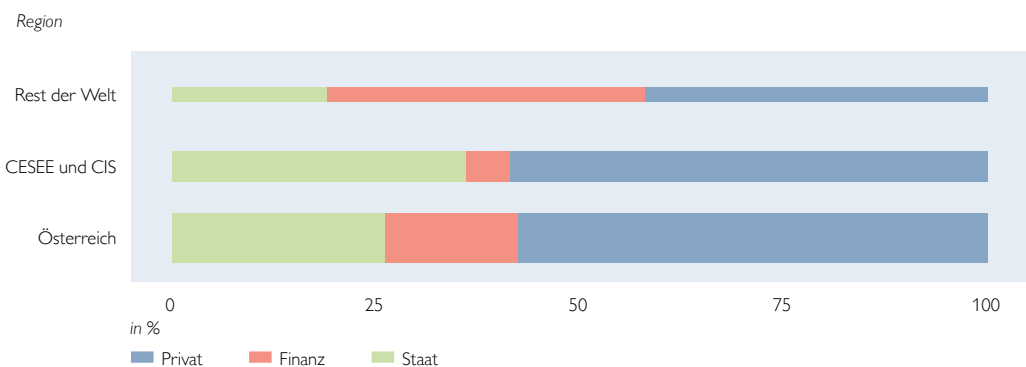
Quelle: OeNB.

für den Rest der Welt. Zum Vergleich: Der Wert für Österreich beträgt 344,9 Mrd EUR. Daraus folgt das volumenmäßig die CESEE- und CIS-Region den höchsten Anteil am Letztrisiko österreichischer Banken im Ausland trägt, die restlichen Länder verfügen allerdings ebenfalls über ein nicht vernachlässigbares Letztrisiko.

Die sektorale Letztrisiko-Zusammensetzung der Länderaggregate unterscheidet sich deutlich, wie aus Grafik 5 hervorgeht. Während im CESEE-CIS-Raum und in Österreich das Letztrisiko vor allem gegenüber den Sektoren Privat und Staat besteht (oftmals mit ausgeglichenem Verhältnis), ist im Rest der Welt der Finanzsektor wichtiger.

Grafik 5

### Letztrisiko aufgeschlüsselt nach Region und volkswirtschaftlichen Sektoren



Quelle: OeNB.



#### 4 Schlussfolgerungen

Österreichische Banken verfügen im Ausland über ein beinahe so hohes Letztrisiko wie am heimischen Markt. Auf Ländergruppenebene bestätigt sich das starke Engagement in der CESEE- und CIS-Region. Dies wird nicht nur auf der Seite der Aktiva, sondern auch durch hohe Verbindlichkeiten in lokaler Währung auf der Passivseite deutlich. Die Aktiva im Rest der Welt sind mit ca. 100 Mrd EUR ebenfalls hoch.

Betrachtet man die Struktur des Letztrisikos innerhalb der Länder/Regionen nach volkswirtschaftlichen Sektoren, zeigen sich Unterschiede zwischen der CESEE- und CIS-Region und dem Rest der Welt. Während in Erstgenannter hauptsächlich realwirtschaftliche Aktiva zu finden sind, ist der Anteil der finanzwirtschaftlichen Aktiva im Rest der Welt wesentlich höher.

# Hochkonjunktur beflügelt Nachfrage nach Unternehmenskrediten

Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom April 2018

Gerald Hubmann<sup>1</sup>

*Bereits seit über einem Jahr steigt die Nachfrage nach Unternehmenskrediten aufgrund der guten Konjunktur. Auch der Ausblick ist positiv. Dieser Trend ist bei den langfristigen Krediten am stärksten ausgeprägt. Die Umfrageteilnehmer sehen die verstärkte Nachfrage im gestiegenen Finanzierungsbedarf für die anhaltend starke Investitionstätigkeit der österreichischen Unternehmen. Angebotsseitig wurden im ersten Quartal 2018 die Margen für durchschnittlich risikoreiche Unternehmens- und Wohnbaukredite gesenkt. Hier besteht bereits eine mehrjährige Tendenz – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen. Die Kreditrichtlinien sind bereits seit einigen Jahren im langfristigen Vergleich überdurchschnittlich straff (vor allem bei Unternehmenskrediten). Die Banken hatten die Richtlinien nach Ausbruch der globalen Finanzkrise verschärft. Seit Mitte 2015 ist es kaum zu weiteren Veränderungen gekommen. Der Zugang der Banken zu Refinanzierungsquellen verbessert sich bereits seit mehreren Quartalen. Insbesondere die Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen ist seit Anfang 2017 leichter geworden. Dem erweiterten Programm des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten schreiben die Umfrageteilnehmer zuletzt vor allem eine Verbesserung ihrer Liquidität sowie eine Verbesserung ihrer Finanzierungsbedingungen zu, aber auch eine Belastung ihrer Ertragslage (infolge gesunkener Nettozinsmargen). Der negative Einlagenzinssatz des Eurosystems zeigt sich gemäß den Ergebnissen der Umfrage in einem anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und die Margen sowie mehr noch in einer Belastung der Zinserträge der Banken.*

Kapitel 1 behandelt das Kreditgeschäft der Banken mit Unternehmen, Kapitel 2 jenes mit privaten Haushalten. Kapitel 3 hat die Refinanzierungssituation der Banken zum Thema. In den Kapiteln 4 und 5 geht es um die Auswirkungen der geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems auf die Banken und ihre Kreditvergabe. Vorab erfolgt der wichtige Hinweis, dass die Geldpolitik auf den Euroraum insgesamt ausgerichtet ist. Ihre generelle Wirksamkeit kann nicht anhand der hier präsentierten Österreich-Ergebnisse besprochen werden.

Punktuelle Ergebnisse für die einzelnen Quartale sind den Tabellen 1 bis 3 zu entnehmen, Grafik 1 stellt längerfristige Trends dar, Grafik 2 den Kreditbestand österreichischer Banken gemäß EZB-Monetärstatistik und Grafik 3 das Niveau der Kreditrichtlinien im langfristigen Vergleich. Erläuterungen finden sich im Kasten am Ende des Artikels.

## 1 Unternehmenskredite: anhaltend steigende Nachfrage, straffe Kreditrichtlinien

Bereits seit über einem Jahr berichten die Umfrageteilnehmer über eine anhaltende Stärkung der Nachfrage nach Unternehmenskrediten (Tabelle 1 und Grafik 1<sup>2</sup>), wobei dieser expansive Trend bei den langfristigen Krediten am deutlichsten ausgeprägt ist. Auch für das zweite Quartal 2018 erwarten die befragten Banken weitere

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, gerald.hubmann@oenb.at.

<sup>2</sup> Grafik 1 stellt die Entwicklungen anhand des gleitenden Durchschnitts der letzten vier Quartale dar, wodurch die Ergebnisse geglättet werden. Eventuell von der Beschreibung abweichende Einzelquartalszahlen stellen daher keinen inhaltlichen Widerspruch dar.

Nachfragesteigerungen. Diese außerordentlich starke Entwicklung folgt auf eine langjährige Phase von krisenbedingt rückläufiger Nachfrage (ab 2008).

Der Blick auf die Monetärstatistik zeigt einen kontinuierlichen Anstieg der Bestände an Unternehmenskrediten bei österreichischen Banken ab Anfang 2017 – auf einen historischen Höchststand von 170 Mrd EUR im Februar 2018 (Grafik 2<sup>3</sup>). Die Ergebnisse der Umfrage über das Kreditgeschäft dienen auch als Vorlaufindikator (berichtete und erwartete Nachfragesteigerungen im ersten bzw. zweiten Quartal 2018) und signalisieren eine Fortsetzung des Anstiegs der Kreditbestände über die nächsten Monate.

Die positive Kreditentwicklung vollzieht sich vor dem Hintergrund einer nachhaltig guten Wirtschaftslage (reales BIP-Wachstum von +2,9% im Jahr 2017). WIFO und IHS erwarten in ihren jüngsten Prognosen vom März 2018 eine anhaltende Hochkonjunktur im Jahr 2018 (reales BIP +3,2% bzw. +2,8%) und ein etwas moderateres, aber immer noch gutes Wachstum im Jahr 2019 (reales BIP +2,2% bzw. +1,9%). Die Bruttoanlageinvestitionen und darunter insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln sich seit 2016 äußerst positiv. Seit 2017 wird die Investitionstätigkeit auch von der stark steigenden Exportnachfrage (und dem damit einhergehendem Bedarf nach Kapazitätsausweitungen von Seiten der Unternehmen) begünstigt.<sup>4</sup>

Der Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen wird auch von den Umfrageteilnehmern betont und als wesentlicher Grund für die steigende Kreditnachfrage genannt. Daneben wurden für die letzten Quartale noch eine Reihe weiterer Faktoren angeführt, die belebend auf die Kreditnachfrage wirkten (siehe Tabelle 1 für detaillierte Ergebnisse): Ausgaben für Lagerhaltung und Betriebsmittel; Mittelbedarf für Fusionen, Übernahmen und Unternehmensumstrukturierungen; Änderungen bestehender Finanzierungen der Unternehmen (Refinanzierung, Umschuldung und Neuverhandlung) sowie positive Effekte einer verbesserten Finanzierungssituation der Unternehmen (Kredite anderer Banken, Begebung/Tilgung von Schuldverschreibungen).

Außerdem wurde die Aufnahme neuer Kredite für Unternehmen zu immer günstigeren Konditionen möglich, da die Banken seit Mitte 2016 – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen – die Margen für durchschnittlich risikoreiche Kredite tendenziell gesenkt haben. Die Margen für risikoreiche Kredite wurden von den Banken seit Mitte 2016 jedoch kaum verändert.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Zwei Zeitreihenbrüche aufgrund von Methodik-Änderungen verschieben das in der Monetärstatistik ausgewiesene Niveau der Bestände an Unternehmenskrediten jeweils deutlich sichtbar nach unten (Dezember 2014 und Oktober 2016). Die in diesem Beitrag getätigten Aussagen werden dadurch nicht beschränkt. Es sei auch darauf hingewiesen, dass die qualitativen Ergebnisse der Umfrage über das Kreditgeschäft hinsichtlich Entwicklung der Kreditnachfrage – vor allem punktuell – nicht zwingend mit der Entwicklung der Kreditbestände aus der Monetärstatistik übereinstimmen müssen.

<sup>4</sup> Hier erfolgt ein Hinweis auf den OeNB-Exportindikator, der anhand der LKW-Fahrleistungsdaten der ASFINAG eine Einschätzung der aktuellen Exportentwicklung zwei Monate vor Veröffentlichung der Exportdaten (nominelle Güterexporte) von Statistik Austria ermöglicht. Für die ersten drei Monate des Jahres 2018 prognostiziert die OeNB ein weiterhin kräftiges Exportwachstum.

<sup>5</sup> Für weitere Erläuterungen der längerfristigen Margenentwicklung sowohl bei Krediten an Unternehmen als auch an private Haushalte sei auf den Bericht zur vorvorletzten Umfrage verwiesen: Hubmann, G. 2017. Positive Entwicklung der Kreditnachfrage setzt sich fort. Statistiken – Daten und Analysen Q3/17. Oesterreichische Nationalbank. 58ff.

Tabelle 1

## Kredite oder Kreditrahmen für Unternehmen

### Veränderung im jeweiligen Quartal<sup>1</sup>, Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten,<sup>2</sup> Antworten von 7 bzw. 8 Banken

	2014				2015				2016				2017				2018	
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
<b>Kreditrichtlinien</b>	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																	
Gesamt	-1	-2	1	0	-2	-3	0	0	-1	0	-1	-1	0	1	-1	1	0	-1
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	0	0	2	0	-1	-2	0	0	0	0	-1	-1	0	0	-1	0	0	-1
Kredite an große Unternehmen	-1	-2	1	0	-3	-2	1	0	-1	1	-1	-1	0	1	-1	1	0	0
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	-1	-1	0	0	-1	-2	0	0	-1	0	-1	0	0	1	-1	1	0	1
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	-1	-2	0	-1	-3	-4	0	0	-1	-1	-1	-2	0	1	-1	1	0	-1
<b>Kreditbedingungen</b>	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																	
Gesamt	x	x	x	x	-3	-2	0	0	-1	0	2	0	1	0	1	0	1	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	x	x	x	x	-2	-2	0	0	-1	-1	1	0	1	0	1	0	1	x
Kredite an große Unternehmen	x	x	x	x	-3	-2	0	0	-1	0	1	0	1	1	1	0	2	x
<b>Margen für durchschnittliche Kredite</b>	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																	
Gesamt	-1	1	-1	-1	-3	0	0	1	-1	2	3	1	4	3	3	0	3	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	2	-1	-1	-1	0	2	0	1	2	2	3	3	3	1	0	1	x
Kredite an große Unternehmen	-1	2	-1	-1	-3	-1	1	0	-2	2	2	1	4	3	4	1	3	x
<b>Margen für risikoreichere Kredite</b>	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																	
Gesamt	-2	-2	-1	-1	-3	-2	-1	0	-2	0	1	0	0	0	0	-1	0	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-2	-1	-1	-1	-2	-1	0	-2	-1	0	0	0	0	0	-1	-1	x
Kredite an große Unternehmen	-2	-2	-1	-2	-3	-3	-1	0	-2	0	2	0	1	1	0	-1	0	x
<b>Genehmigte Kreditanträge</b>	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																	
Anteil bezogen auf das Gesamtvolumen	x	x	x	x	0	-1	-1	0	-1	0	1	0	-1	1	-2	0	0	x
<b>Kreditnachfrage</b>	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																	
Gesamt	-2	0	-3	-2	1	-1	-2	0	-1	1	1	2	4	3	2	4	4	4
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-2	-1	-1	0	0	0	1	-1	1	1	3	3	1	2	3	3	3
Kredite an große Unternehmen	-2	-1	-2	-1	0	-1	-2	0	-1	1	-1	3	4	2	2	3	2	3
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	-1	0	0	0	1	-1	-1	0	0	0	1	1	1	2	0	3	2	2
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	-2	0	-3	-2	-1	0	-1	1	-1	1	-1	3	5	4	6	6	5	4
<b>Einfluss der allgemeinen Wettbewerbssituation auf</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Kreditbedingungen	x	x	x	x	0	0	1	0	-1	3	2	1	2	1	2	1	2	x
Margen für durchschnittliche Kredite	x	x	x	x	1	1	3	2	-1	2	2	0	2	2	2	2	2	x
Margen für risikoreichere Kredite	x	x	x	x	-1	0	0	0	-1	0	1	0	1	0	0	-1	0	x
<b>Kreditnachfrage gesamt, ausgewählte Einflussfaktoren</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Anlageinvestitionen	-4	-1	-5	-5	-3	-2	-1	1	-1	0	-2	2	3	4	3	4	5	x
Lagerhaltung und Betriebsmittel	0	0	1	-1	1	-1	-1	-1	-1	1	0	1	1	3	1	3	3	x
Fusionen/Übernahmen und Unternehmensumstrukturierungen	-1	-1	-1	0	1	0	0	1	0	1	1	1	1	0	1	2	4	x
Allgemeines Zinsniveau	x	x	x	x	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	1	1	1	x
Refinanzierung, Umschuldung und Neuverhandlung	-1	1	1	0	0	1	0	1	0	3	1	1	2	1	3	3	4	x
Innenfinanzierung	2	0	0	-1	-1	-1	-1	-1	-3	-3	-2	-3	-1	-3	-1	0	0	x
Kredite von anderen Banken	0	0	0	0	-1	1	1	0	0	0	0	0	1	0	1	1	2	x
Begebung/Tilgung von Schuldverschreibungen	-2	-1	0	-1	-2	0	-2	-1	-1	-1	-1	0	0	-1	3	2	3	x

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

<sup>2</sup> Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

Seit 2014 werden die Umfrageteilnehmer einmal im Jahr zum aktuellen Niveau der Kreditrichtlinien befragt (siehe auch Kapitel 2).<sup>6</sup> Die Ergebnisse zeigen, dass – im Gegensatz zu den für die Kreditnehmer attraktiver gewordenen Konditionen für konkret vergebene Kredite – die Kreditrichtlinien der Banken im Unternehmenskundengeschäft im langfristigen Vergleich seit Jahren durchaus straff sind (Grafik 3). Wenn die regelmäßig erhobenen Quartalsveränderungen betrachtet werden, ist seit Mitte 2015 nur wenig Bewegung bei den Richtlinien zu erkennen, davor gab es ab 2007 aber hauptsächlich Verschärfungen. Die österreichischen Banken sind – gemäß den Angaben der Umfrageteilnehmer – bei der Kreditvergabe seit Krisenbeginn 2007 tendenziell vorsichtiger geworden (Grafik 1).

## 2 Kredite an private Haushalte: Margen etwas gelockert

Nach einer eher expansiven Phase in den ersten drei Quartalen 2017 blieb die Nachfrage nach Wohnbaukrediten ab dem vierten Quartal 2017 weitgehend unverändert. Bei den Konsumkrediten und sonstigen Krediten gab es eine analoge Entwicklung. Insgesamt hat sich die Kreditnachfrage im Privatkundengeschäft jedoch weniger dynamisch entwickelt als jene im Unternehmenskundengeschäft.

Ein Vergleich mit den Kreditbeständen gemäß Monetärstatistik (Grafik 2<sup>3</sup>) lässt ein ähnliches Bild erkennen. Die Bestände an Wohnbaukrediten bei österreichischen Banken erreichten im Februar 2018 einen historischen Höchststand von 105 Mrd EUR. Bei den Beständen an Konsumkrediten und sonstigen Krediten gab es in den letzten Jahren kaum eine Veränderung, sie blieben konstant bei etwa 55 Mrd EUR. Zwischen 2007 und 2012 hatten die Bestände noch ca. 60 Mrd EUR betragen.

Als Gründe für die im letzten Jahr gestiegene Nachfrage nach Wohnbaukrediten nannten die befragten Banken vor allem ein verstärktes Konsumentenvertrauen, aber auch für die privaten Haushalte verbesserte Aussichten am Wohnimmobilienmarkt sowie das allgemeine, niedrige Zinsniveau. Auch die Nachfragesteigerungen bei den Konsumkrediten und sonstigen Krediten wurden vorwiegend mit gewachsenem Konsumentenvertrauen begründet.

Angebotsseitig lockerten die Banken die Margen für durchschnittlich risikoreiche Wohnbaukredite im ersten Quartal 2018 etwas, nachdem es bereits 2017 zu moderaten Senkungen dieser Margen gekommen war. Als Grund wurde die verschärfte Wettbewerbssituation angegeben (wie bei den Unternehmenskrediten). Bei den Margen für risikoreichere Wohnbaukredite und jenen für Konsumkredite und sonstige Kredite (sowohl durchschnittlich risikoreich als auch risikoreicher) gab es im ersten Quartal 2018 – wie schon seit einiger Zeit – kaum Veränderungen.<sup>5</sup>

Auch bei den Krediten an private Haushalte befinden sich die Kreditrichtlinien der Banken im langfristigen Vergleich auf überdurchschnittlich straffen Niveaus (vor allem über den Zeitraum von 2003 bis Anfang 2018 betrachtet, siehe Grafik 3).<sup>6</sup> In den letzten Jahren gab es jedoch kaum weitere Veränderungen. Die Abweichungen von den Durchschnittsniveaus sind bei den Krediten an private Haushalte allerdings deutlich geringer als bei den Unternehmenskrediten. Das ist auch in Grafik 1 – Diagramme in der linken Spalte, Betrachtung der Quartalsveränderungen – gut sichtbar.

<sup>6</sup> Methodisch davon zu unterscheiden ist die jedes Quartal enthaltene Frage nach der Veränderung der Kreditrichtlinien in den letzten drei Monaten.

Tabelle 2

## Kredite an private Haushalte

### Veränderung im jeweiligen Quartal<sup>1</sup>, Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten<sup>2</sup>, Antworten von 7 Banken

	2014				2015				2016				2017				2018	
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
<b>Kreditrichtlinien</b>	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	0	0	1	0	0	2	0	-1	0	-2	1	0	0	-1	1	-1	0	1
Konsumkredite und sonstige Kredite	0	1	1	0	-1	1	0	-1	0	0	1	0	0	0	1	-1	1	0
<b>Kreditbedingungen</b>	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	x	x	x	x	-1	-1	0	-1	0	-1	0	1	0	-1	1	0	1	x
Konsumkredite und sonstige Kredite	x	x	x	x	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	0	x
<b>Margen für durchschnittliche Kredite</b>	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	1	2	1	-1	0	0	0	-1	1	1	1	0	1	2	2	1	2	x
Konsumkredite und sonstige Kredite	1	2	0	1	3	1	1	0	-1	0	0	1	0	0	-1	1	0	x
<b>Margen für risikoreichere Kredite</b>	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	0	0	-1	-2	-2	-3	-2	0	-1	0	0	-1	0	0	-1	-1	-1	x
Konsumkredite und sonstige Kredite	0	1	-1	1	1	-2	-1	0	-1	0	0	0	0	0	-1	0	0	x
<b>Genehmigte Kreditanträge</b>	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	x	x	x	x	1	1	0	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	x
Konsumkredite und sonstige Kredite	x	x	x	x	-2	-1	-1	-1	0	1	0	0	0	1	1	1	1	x
<b>Kreditnachfrage</b>	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	1	3	0	1	1	2	3	0	1	1	0	0	2	2	3	1	1	-1
Konsumkredite und sonstige Kredite	1	3	0	-2	-1	0	2	-1	0	0	1	1	2	3	0	0	-1	0
<b>Nachfrage nach Wohnbaukrediten, ausgewählte Einflussfaktoren</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Aussichten auf dem Wohnimmobilienmarkt und voraussichtliche Entwicklung der Preise für Wohneigentum	0	2	0	1	1	2	1	0	0	0	0	0	1	1	2	1	0	x
Konsumentenvertrauen	1	2	1	0	0	0	2	1	2	1	1	1	1	2	3	2	0	x
Allgemeines Zinsniveau	x	x	x	x	2	3	4	1	2	1	1	1	2	0	2	1	0	x
Kredite von anderen Banken	-1	-1	0	-1	-1	0	-1	-2	-2	-1	-1	-1	-1	1	-1	0	0	x
<b>Nachfrage nach Konsumkrediten und sonstigen Krediten, ausgewählte Einflussfaktoren</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Konsumentenvertrauen	0	2	1	-1	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1	1	2	0	x
Allgemeines Zinsniveau	x	x	x	x	1	1	2	0	0	0	1	1	1	1	1	1	0	x
Kredite von anderen Banken	-1	-1	0	-2	-1	0	0	-1	-1	-1	-1	0	1	0	-1	-1	0	x
<b>Weitere ausgewählte Einflussfaktoren</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Wettbewerbssituation -> Kreditbedingungen insgesamt bei Wohnbaukrediten	x	x	x	x	0	0	1	0	0	1	1	2	1	1	1	1	1	x
Wettbewerbssituation -> Margen für durchschnittliche Wohnbaukredite	x	x	x	x	0	-1	1	-1	1	2	1	1	1	2	1	1	3	x

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

<sup>2</sup> Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

### 3 Verbesserte Refinanzierungsmöglichkeiten für Banken

Beim Zugang der österreichischen Banken zu Refinanzierungsquellen sind seit mehreren Quartalen durchwegs Verbesserungen zu erkennen (Refinanzierung über Einlagen, am Geldmarkt, mit Anleihen – siehe Tabelle 3). Vor allem die Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen (siehe in Tabelle 3 unter großvolumige Schuldtitel) ist seit Anfang 2017 leichter geworden. Im Ausblick auf das zweite Quartal 2018 erwarten einige Umfrageteilnehmer bei dieser Refinanzierungsmöglichkeit jedoch moderate Verschlechterungen.

Tabelle 3

#### Zugang der Banken zu ausgewählten Refinanzierungsquellen

##### Veränderung im jeweiligen Quartal<sup>1</sup>, Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten<sup>2</sup>, Antworten von 8 Banken (vor 2015 von 5 bis 7 Banken)

	2014				2015				2016				2017				2018	
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
<b>Retail-Refinanzierung</b>	(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)																	
Kurzfristige Einlagen (bis zu einem Jahr)	0	0	1	0	0	0	-1	0	1	2	1	1	2	1	2	1	3	2
Langfristige Einlagen (über ein Jahr)	-2	-3	-1	-2	-4	-5	-4	-2	1	-1	0	0	0	1	1	-1	2	0
<b>Unbesicherter Interbankengeldmarkt</b>	(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)																	
Sehr kurzfristiger Geldmarkt (bis zu einer Woche)	0	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	2	1	2	1	2	0
Kurzfristiger Geldmarkt (über eine Woche)	-2	0	-1	0	-3	-1	-1	-2	-1	-1	0	2	2	1	1	0	2	0
<b>Großvolumige Schuldtitel</b>	(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)																	
Kurzfristige Schuldtitel <sup>3</sup>	-1	0	0	0	-3	-2	-1	-2	-2	0	-1	0	0	2	2	1	1	-1
Mittel- bis langfristige Schuldtitel	-3	-2	3	1	-1	-4	-2	-5	-4	-2	0	0	3	3	4	4	3	-3

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

<sup>2</sup> Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

<sup>3</sup> Antworten von 5 bzw. 7 Banken (vor 2015 von 4 bis 6 Banken).

### 4 Auswirkungen des erweiterten Programms des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten: Liquiditätssituation verbessert für Banken, Ertragslage verschlechtert

Die Umfrageteilnehmer werden seit 2015 halbjährlich zu den Auswirkungen des erweiterten Programms des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten<sup>7</sup> befragt. In den Ergebnissen ist seit 2015 ein positiver Einfluss des Ankaufprogramms auf die Liquiditätspositionen der Banken zu erkennen (laufende Verbesserungen), der für die letzten sechs Monate (viertes Quartal 2017 und erstes Quartal 2018) besonders ausgeprägt ist. Der Trend soll sich gemäß den Umfrageergebnissen auch in den kommenden sechs Monaten fortsetzen.

<sup>7</sup> Der EZB-Rat hat am 22. Jänner 2015 zum Zweck der Gewährleistung der Preisstabilität im Euroraum ein erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten angekündigt, das ursprünglich mindestens bis September 2016 laufen sollte und in dessen Rahmen monatliche Ankäufe von Vermögenswerten in Höhe von 60 Mrd EUR geplant waren. Mittlerweile wurde die Laufzeit bis mindestens Ende September 2018 verlängert und die monatliche Ankaufsumme zwischenzeitlich auf 80 Mrd EUR erhöht (April 2016 bis März 2017) und ab Jänner 2018 auf 30 Mrd EUR reduziert. Das Programm umfasst Ankäufe am Sekundärmarkt von auf Euro lautenden Staatsanleihen sowie Wertpapiere von staatsnahen Emittenten und europäischen Institutionen. Zudem werden seit dem 8. Juni 2016 auch Unternehmensanleihen (ohne Banken) gekauft. Es schließt auch die Ankaufprogramme für Asset-Backed-Securities (ABSPP) und gedeckte Schuldverschreibungen (CBPP3) mit ein.

Positive Einflüsse des Ankaufprogramms betreffen auch die Finanzierungsbedingungen der Banken, die sich hierdurch insbesondere seit Ende 2016/Anfang 2017 verbessert haben – vor allem bei der Finanzierung über Anleihen (vgl. auch Kapitel 3). Für das kommende Halbjahr werden keine Veränderungen erwartet. Weitere positive Einflüsse des Ankaufprogramms betreffen die (nicht risikogewichteten) Aktiva, die in den letzten sechs Monaten programmbedingt leicht gestärkt wurden. Jedoch wurden die Bestände an Staatsanleihen von Euroraum-Ländern (als Teil dieser Aktiva) von den Banken etwas reduziert. Zuvor hatten die Umfrageteilnehmer (ab 2015) kaum Auswirkungen des Ankaufprogramms auf ihre Aktiva berichtet. In den nächsten sechs Monaten sollen die Bestände an Staatsanleihen von Euroraum-Ländern weiter leicht reduziert werden.

Im Gegensatz zu den eben angeführten positiven Aspekten sehen die Banken ihre Ertragslage aufgrund gesunkener Nettozinssmargen negativ vom Ankaufprogramm betroffen. Ein diesbezüglicher Trend ist seit dem Jahr 2015 (ausgeprägt seit 2016) aus den Umfrageergebnissen ersichtlich. Auch der Ausblick für die nächsten sechs Monate ist negativ.

Auf die Eigenkapitalpositionen hatte das Ankaufprogramm in den letzten sechs Monaten keine Auswirkungen. Im Jahr davor gab es leicht positive Impulse und vor Mitte 2016 kaum Einflüsse. Der Ausblick für die nächsten sechs Monate ist neutral.

Das Kreditvergabeverhalten (Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen) und das Kreditvolumen wurden vom Ankaufprogramm in den letzten sechs Monaten kaum beeinflusst. Auch für die nächsten sechs Monate werden kaum Änderungen aufgrund des Programms erwartet.

## **5 Auswirkungen des negativen Einlagenzinssatzes des Eurosystems: anhaltender Abwärtsdruck auf Kreditzinsen und Zinserträge**

Schließlich wurden die an der Umfrage teilnehmenden Banken zu den Auswirkungen des seit Mitte 2014 negativen Einlagenzinssatzes des Eurosystems (Euribor) befragt (halbjährliche Wiederholung), der die Untergrenze des Zinskorridors bildet und mit dem die Geldmarktzinsen gemeinsam gesunken sind. Der Euribor, an den viele variabel verzinste Kredite gebunden sind, ist seit Februar 2016 in allen Fristigkeiten negativ.

Wie schon ab der ersten diesbezüglichen Befragung vor zwei Jahren berichteten die Banken wieder mit großer Mehrheit von negativen Auswirkungen auf ihre Erträge:<sup>8</sup> Sieben von acht Banken machten entsprechende Angaben für das letzte halbe Jahr. Ebenso viele Banken erwarten negative Auswirkungen auch im Ausblick auf das nächste halbe Jahr. Schon im Zusammenhang mit dem Ankaufprogramm wurde die Belastung der Ertragslage genannt (Kapitel 4).

Der Abwärtsdruck durch den negativen Einlagenzinssatz des Eurosystems auf die Kreditzinsen der Banken hielt an und verstärkte sich in den letzten sechs Monaten erneut, nachdem er in den sechs Monaten davor etwas nachgelassen hatte. Laut den Umfrageergebnissen wird der Abwärtsdruck im Ausblick auf die nächsten sechs Monate anhalten. Über die Kreditzinsen wird der Druck auf die Margen weitergegeben. Die Banken melden einen tendenziell negativen Einfluss auf ihre Margen (geringere Margen) ab der ersten diesbezüglichen Befragung vor

<sup>8</sup> Gefragt wurde nach den Auswirkungen auf die Nettozinserträge – definiert als Differenz zwischen Zinseinnahmen und Zinsausgaben für die Bestände zinstragender Aktiva und Passiva einer Bank.



zwei Jahren – mit zuletzt wieder deutlicherer Ausprägung im Rückblick (letzte sechs Monate) wie auch im Ausblick (nächste sechs Monate). Sowohl hinsichtlich der Kreditzinsen als auch hinsichtlich der Margen zeigen sich die Auswirkungen des negativen Einlagensatzes bei den Unternehmenskrediten etwas stärker als bei den Krediten an private Haushalte.

Die Kreditnebenkosten blieben vom negativen Einlagensatz weitgehend unberührt (mit neutralem Ausblick). Das Kreditvolumen an private Haushalte wurde in der Vergangenheit vereinzelt sogar leicht positiv beeinflusst. In den letzten sechs Monaten gab es aber keine zusätzlichen Impulse auf das Kreditvolumen (weder an Haushalte noch an Unternehmen), auch der Ausblick (nächste sechs Monate) ist neutral.

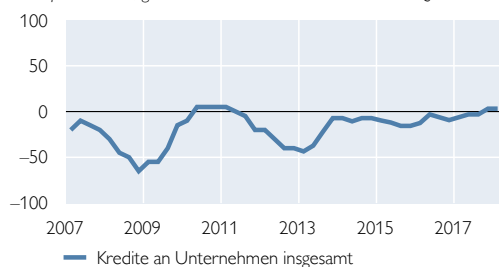
Grafik 1

## Entwicklung der Kreditrichtlinien und der Kreditnachfrage

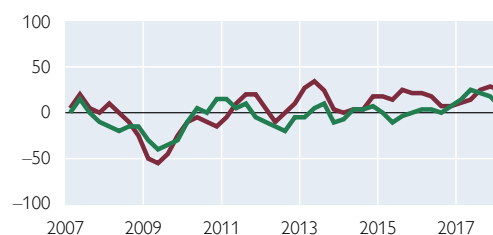
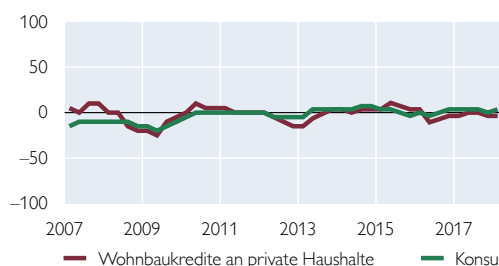
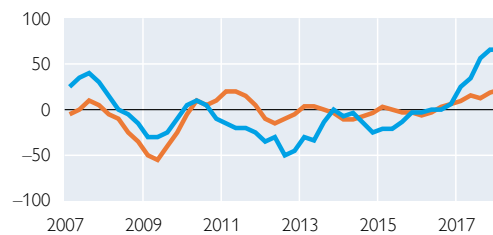
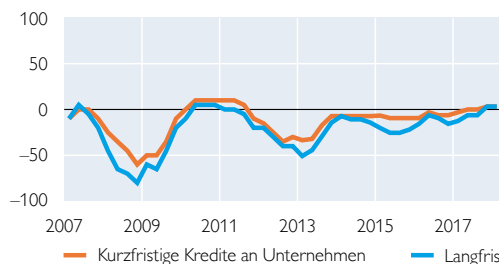
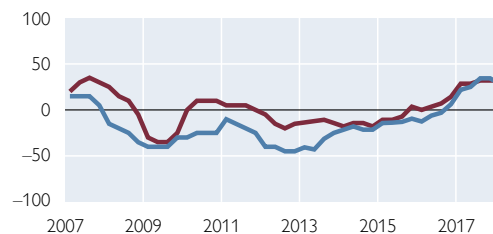
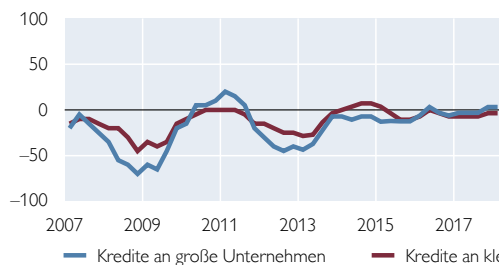
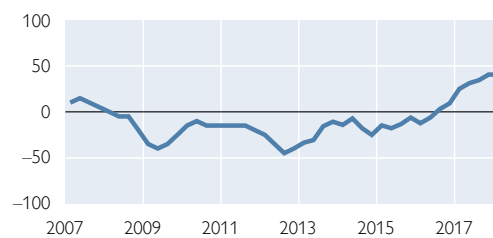
### Veränderung im letzten Quartal, Ergebnisse für Österreich

#### Kreditrichtlinien<sup>1</sup>

Nettoprozentsatz, gleitender Durchschnitt der letzten vier Quartale



#### Kreditnachfrage<sup>2</sup>



Quelle: OeNB.

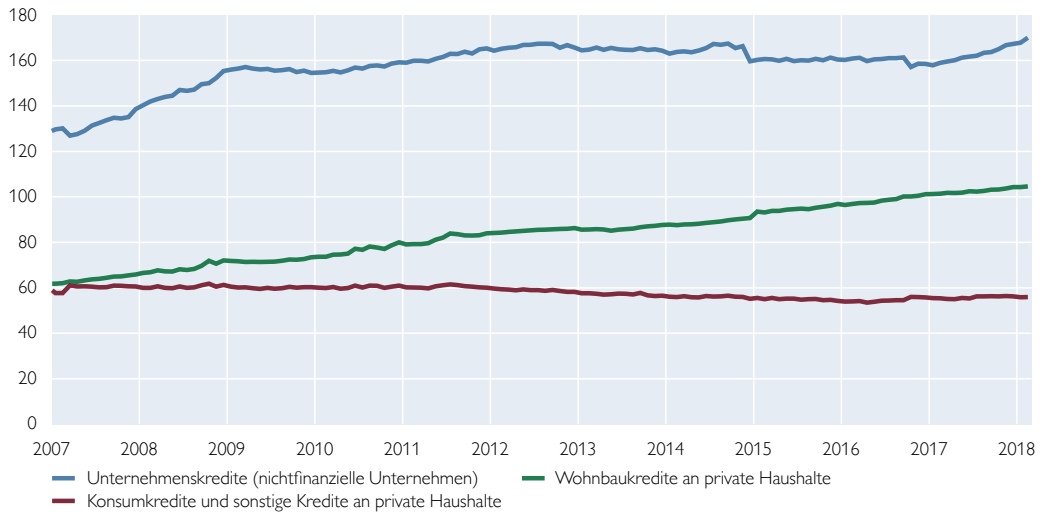
<sup>1</sup> Negative Werte = Verschärfung, positive Werte = Lockerung

<sup>2</sup> Negative Werte = Rückgang, positive Werte = Steigerung

Grafik 2

### Kreditbestand österreichischer Banken

Kredite von in Österreich ansässigen monetären Finanzinstituten an Ansässige im Euroraum, alle Währungen, dargestellt in Mrd EUR

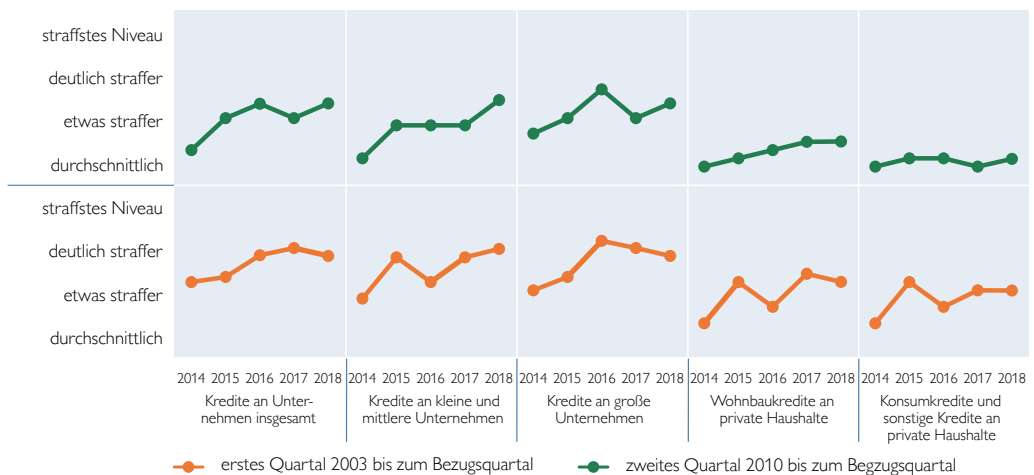


Quelle: OeNB.

Anmerkung: Zeitreihenbrüche im Dezember 2014 und Oktober 2016 aufgrund von Methodikänderungen – mit deutlich sichtbaren Auswirkungen bei den Unternehmenskrediten.

Grafik 3

### Niveau der Kreditrichtlinien im langfristigen Vergleich



Quelle: OeNB.

Anmerkung: Einordnung des Niveaus der Kreditrichtlinien im Bezugsquartal (erstes Quartal des in der x-Achse angegebenen Jahres) in zwei langfristige Bandbreiten, Vergleich mit dem jeweiligen Mittelpunkt dieser Bandbreiten (zwischen dem straffsten und lockersten Niveau der Richtlinien in diesem Zeitraum).

1) Erstes Quartal 2003 (erstmalige Durchführung dieser Umfrage) bis zum Bezugsquartal – untere Hälfte der Grafik.

2) Zweites Quartal 2010 (Intensivierung der Staatsschuldenkrise) bis zum Bezugsquartal – obere Hälfte der Grafik.

Diese Frage ist ab 2014 jährlich in der Umfrage enthalten. Sie zielt auf das Niveau der Kreditrichtlinien ab, nicht auf die Veränderungen wie bei den regulären Fragen. Die Ergebnisse errechnen sich aus Antworten von 7 bis 8 Banken. Dabei wurden die Antworten ordinal skaliert erfasst, gewichtet und gemittelt. Die Resultate sind als Schätzungen anzusehen und müssen dementsprechend vorsichtig interpretiert werden.

Die Zentralbanken des Euroraums – in Österreich die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) – führen gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) seit Anfang 2003 viermal jährlich eine Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum durch, um ihren Informationsstand über das Kreditvergabeverhalten der Banken und das Kreditnachfrageverhalten von Unternehmen und privaten Haushalten zu verbessern. Dabei werden rund 150 führende Banken aus allen Ländern des Euroraums befragt, darunter acht Institute aus Österreich.

Ab der Umfrage für das erste Quartal 2015 wird ein revidierter und erweiterter Fragebogen verwendet. Einige der aktuell erhobenen Daten sind daher erst ab 2015 verfügbar.

**Kreditrichtlinien** sind die internen Kriterien – sowohl die schriftlich festgelegten als auch die ungeschriebenen – die bestimmen, unter welchen Voraussetzungen eine Bank Kredite vergeben möchte.

**Kreditbedingungen** sind die speziellen Verpflichtungen, auf die sich Kreditgeber und Kreditnehmer geeinigt haben (z. B. Margen, Nebenkosten, Sicherheitserfordernisse usw.).

**Kreditmargen** sind Aufschläge auf relevante Referenzzinssätze bzw. die Differenzen zwischen Kreditzinssätzen und Refinanzierungszinssätzen. Im Rahmen dieser Umfrage wird bei einer Verringerung der Margen von Lockerung und bei einer Erhöhung der Margen von Verschärfung gesprochen. Eine Lockerung der Margen ist für Kreditnehmer positiv, schränkt aber unmittelbar die Ertragsmöglichkeiten der Banken als Kreditgeber ein.

**Saldo aus positiven und negativen Antworten:** Die Anzahl der Banken, die auf eine Frage in positiver Richtung antworten (z. B. Lockerung der Margen, Steigerung der Nachfrage) abzüglich der Anzahl der Banken, die auf eine Frage in negativer Richtung antworten (z. B. Verschärfung der Margen, Rückgang der Nachfrage). Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen hier als Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

**Nettoprozentsatz:** Der Saldo aus positiven und negativen Antworten im Verhältnis zu der Anzahl der Antworten insgesamt. Wenn z. B. von acht antwortenden Banken zwei angeben, dass die Nachfrage nach Wohnbaukrediten gestiegen ist, eine angibt, dass die Nachfrage gesunken ist und die übrigen fünf angeben, dass die Nachfrage unverändert geblieben ist, dann ergibt sich ein Saldo von plus eins bzw. ein Nettoprozentsatz von +12,5 (1/8). In diesem Beispiel gibt ein Überhang von nur einer Bank eine Nachfragesteigerung an – zu wenig, um daraus eine allgemeine Aussage abzuleiten. In einem solchen Fall muss von einer weitgehend unveränderten Situation ausgegangen werden.

# Entwicklung der privaten Verschuldung in Österreich

Erza Aruqaj,  
Stefan Wiesinger<sup>1</sup>

*Die Schulden des privaten Sektors in Österreich nehmen zwar absolut betrachtet zu, nicht aber in Relation zum verfügbaren Einkommen bzw. Bruttoinlandsprodukt wie in anderen europäischen Ländern. Die Verschuldung der privaten Haushalte findet weiterhin hauptsächlich in Form von langfristigen Krediten statt, wobei Wohnbaukredite eine signifikante Rolle spielen. Der Sektor der nichtfinanziellen Unternehmen wies in den letzten beiden Jahren eine steigende Verschuldung bei gleichzeitigem Aufbau von Eigenkapital auf. Während bisher für den Unternehmenssektor vor allem Bankkredite wesentlich waren, spielten in letzter Zeit vermehrt alternative Fremdkapitalinstrumente eine immer wichtigere Rolle. Die private Verschuldung in Österreich liegt unter den Schwellenwerten des Verfahrens für makroökonomischen Ungleichgewichte<sup>2</sup> der Europäischen Union (VMU).*

Der Beitrag zeichnet ein Gesamtbild der Verschuldung der privaten Haushalte, die sowohl selbstständig Erwerbstätige als auch Einzelunternehmen beinhalten, der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und der nichtfinanziellen Unternehmen. Der Schwerpunkt liegt bei der Verschuldung der nichtfinanziellen Unternehmen und der privaten Haushalte in Österreich basierend auf den Daten der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung (GFR) und den Indikatoren des makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren (VMU, Macroeconomic Imbalances Procedure, MIP). Im ersten Abschnitt werden Eigen- und Fremdkapital nichtfinanzieller Unternehmen behandelt. Dem folgt die Darstellung des Einkommens und der Verschuldung privater Haushalte. Aus mikroökonomischer Perspektive wird gezeigt, welcher Prozentsatz der Haushalte verschuldet ist und basierend auf den makroökonomischen Daten, wofür die Verschuldung verwendet wird. Die Verschuldung der privaten Haushalte in Relation zum verfügbaren Einkommen (Schulden-Einkommensquotient) wird im OECD-Vergleich betrachtet. Abschließend wird das makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren der Europäischen Kommission erläutert und die entsprechenden Indikatoren für den privaten Sektor in Österreich dargestellt.

## 1 Nichtfinanzielle Unternehmen

Der Begriff Verschuldung ist im Bereich nichtfinanzieller Unternehmen nicht einheitlich definiert, da sich verschiedene Institutionen mit der regelmäßigen Überwachung von Unternehmensverschuldung befassen und sehr unterschiedliche Definitionen von Verschuldung verwenden.

In diesem Beitrag wird unter Verschuldung einerseits die in Jahresabschlüssen enthaltene Position der Verbindlichkeiten verstanden, andererseits das in den makroökonomischen Aggregaten der GFR erfasste Fremdkapital. In den Jahresabschlüssen findet sich somit die Verschuldung auf der Passivseite der Bilanz (Verbindlichkeiten) und weist unter anderem folgende Charakteristika auf: (1) Verbindlichkeiten sind rechtliche wie auch wirtschaftliche Verpflichtungen gegenüber Dritten und (2) der

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, [erza.aruqaj@oenb.at](mailto:erza.aruqaj@oenb.at) und [stefan.wiesinger@oenb.at](mailto:stefan.wiesinger@oenb.at).

<sup>2</sup> Indikatoren des Verfahrens für makroökonomische Ungleichgewichte: <http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>.

Wert der Verbindlichkeit ist eindeutig quantifizierbar. Nach makroökonomischer Definition gilt als Fremdkapital, was nicht zum Eigenkapital zählt<sup>3</sup>.

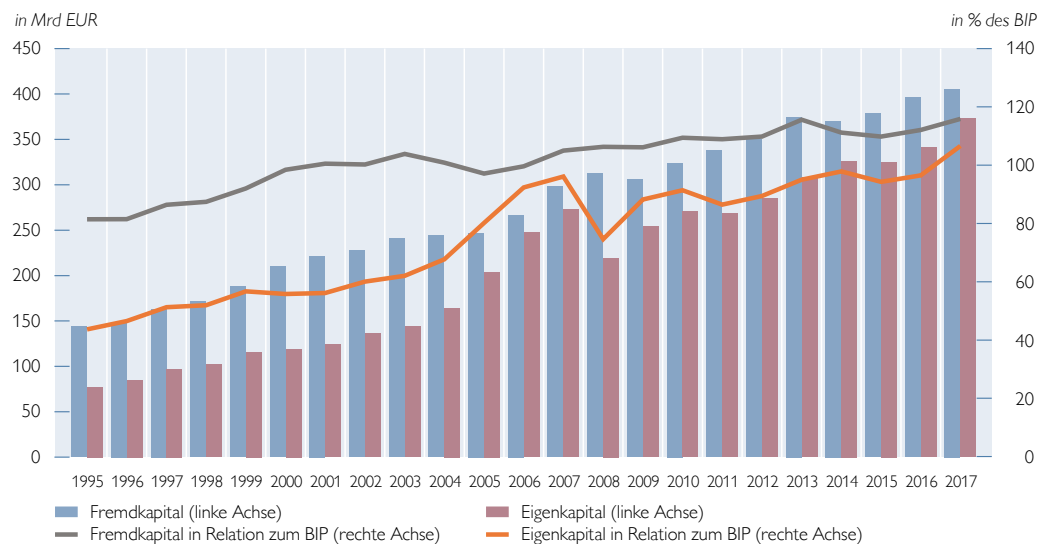
### 1.1 Eigenkapital- und Fremdkapitalfinanzierung im Vergleich

Grafik 1 zeigt das Eigenkapital und Fremdkapital österreichischer nichtfinanzieller Unternehmen aus makroökonomischer Perspektive für die Periode von 1995 bis 2017 entsprechend der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) basierend auf den Daten der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung (GFR) der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB). Die GFR als Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) zeigt die sektoralen Abhängigkeiten gegliedert nach Finanzierungsinstrumenten. Eigenkapital wird in der GFR als Anteilsrechte definiert. Fremdkapital umfasst verzinsliche Wertpapiere (z. B. Anleihen), Kredite, kapitalgedeckte Pensionsrückstellungen, Handelskredite sowie Finanzderivate und sonstige Verbindlichkeiten<sup>4</sup>.

Seit 1995 änderte sich bei insgesamt zunehmenden Kapitalbestand der nichtfinanziellen Unternehmen die Zusammensetzung zwischen Fremd- und Eigenkapital deutlich. Während 1995 das Fremdkapital um rund 86% das Eigenkapital<sup>5</sup> überstieg, näherten sich bis zur Finanzkrise Eigen- und Fremdkapital aneinander an. In den Jahren vor der Finanzkrise (2006/2007) war das Fremdkapital nur noch um

Grafik 1

#### Eigenkapital und Fremdkapital nichtfinanzieller Unternehmen



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

<sup>3</sup> Fremdkapital gemäß den makroökonomischen Daten unterscheidet sich von der bilanziellen Darstellung unter anderem bei der Bewertung: Während in der bilanziellen Darstellung einzelne Bilanzpositionen nach Herstellungspreisen bzw. Anschaffungskosten (UGB) bewertet werden, werden in den makroökonomischen Aggregaten Marktpreise ausgewiesen.

<sup>4</sup> Sonstige Verbindlichkeiten (F.89, ESVG 2010 Par. 5.230) beinhalten alle Finanzierungsinstrumente, die in keiner Verrechnungskonten von Banken und grenzüberschreitende Transaktionen.

<sup>5</sup> Im Eigenkapital sind sogenannte Special Purpose Entities (SPEs) enthalten. Diese wirtschaftlich relevanten Einheiten dienen im Regelfall dazu Kapital konzernintern durchzuschleusen. Auf Grund ihrer Größe und der überdurchschnittlichen Eigenkapitalausstattung werden diese Einheiten oft gesondert ausgewiesen. Hier sind SPEs in den Daten inkludiert.

knapp 8 % höher als das Eigenkapital. Durch die Marktkorrekturen auf den internationalen Börsen reduzierte sich in weiterer Folge das Eigenkapital. Zwischen 2009 und 2016 lag es durchschnittlich 20 % unter dem Fremdkapital. Im Jahr 2017 näherte sich das Eigenkapital erstmals seit der Finanzkrise deutlich dem Fremdkapital an: Mit Jahresende 2017 betrug das Eigenkapital 373 Mrd EUR und das Fremdkapital 406 Mrd EUR, womit wieder das Verhältnis von 2006/2007 erreicht wurde. Auch in Relation zum Bruttoinlandprodukt (BIP) zeigt sich die stark ausgeprägte Volatilität des Eigenkapitals zur Zeit der Finanzkrise. Detaillierte Informationen zum Eigenkapital finden sich unter 1.4.

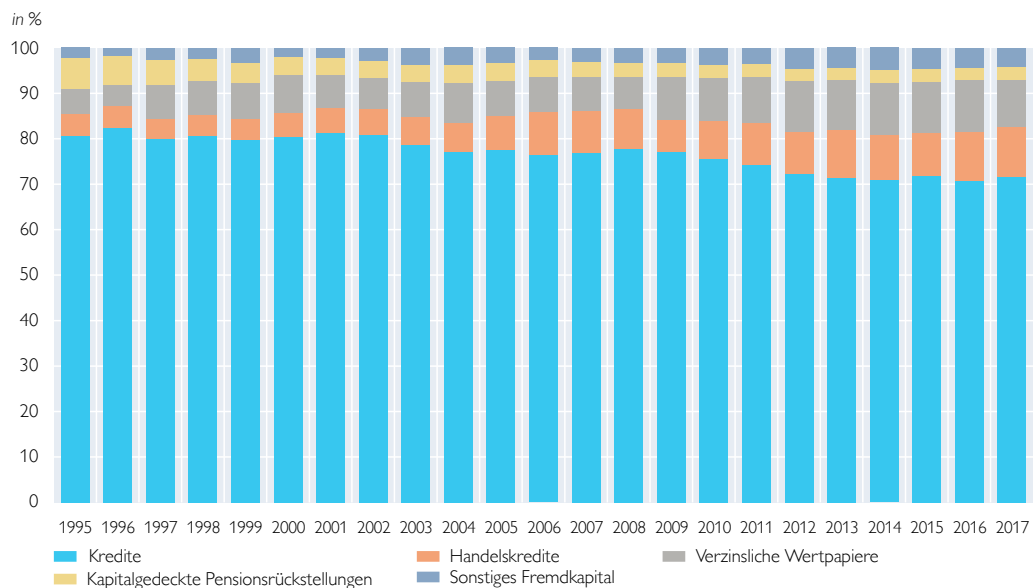
### 1.2 Fremdkapital nichtfinanzieller Unternehmen

Grafik 2 zeigt das Fremdkapital nichtfinanzieller Unternehmen gegliedert nach Finanzierungsinstrumenten. Der größte Teil des Fremdkapitals nichtfinanzieller Unternehmen sind ausstehende Kreditverbindlichkeiten. Nach der Finanzkrise haben österreichische nichtfinanzielle Unternehmen ihr Fremdkapital vermehrt diversifiziert. Kreditverbindlichkeiten nahmen zur Jahrtausendwende einen Anteil von über 80 % des gesamten Fremdkapitals ein. Seit der Finanzkrise ist ihr Anteil rückläufig (2017: 72 %). An Bedeutung gewannen sowohl Handelskredite, deren Anteil sich zwischen 1995 (5 %) und 2017 (11 %) mehr als verdoppelte, als auch verzinsliche Wertpapiere, deren Anteil in der gleichen Periode von 8 % um drei Prozentpunkte anstieg.

Die Kreditfinanzierung ist traditionell die beliebteste Form der Fremdkapitalfinanzierung nichtfinanzieller Unternehmen in Österreich. Zum Jahresende 2017 betragen die Kreditverbindlichkeiten 290 Mrd EUR. Diese sind entweder Bankkredite (sowohl im Inland als auch im Ausland aufgenommene) oder konzerninterne Finanzierungen. Durch die geänderte Zinspolitik der EZB wurde seit der

Grafik 2

#### Fremdkapitalkomponenten nichtfinanzieller Unternehmen



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Finanzkrise versucht, billiges Kapital mittels Bankkrediten verfügbar zu machen. In Österreich gewann in den letzten Jahren allerdings die konzerninterne Finanzierung an Bedeutung.<sup>6</sup> Während 2008 Bankkredite noch 58 % (140 Mrd EUR) des gesamten Kreditvolumens ausmachten, verringerte sich dieser Wert 2016 auf 51 % (144 Mrd EUR). Mit Jahresende 2017 gewannen Bankkredite allerdings wieder vermehrt an Bedeutung. Das transaktionsbedingte Jahreswachstum der an inländische Unternehmen vergebenen Kredite erreichte im Dezember 2017 mit 4,8 % den höchsten Wert seit Mai 2009 (5,5 %).

Die Verpflichtungen der nichtfinanziellen Unternehmen auf dem Kapitalmarkt (Anleihen) betragen Ende 2017 knapp 42 Mrd EUR. Im Vergleich mit dem Vorjahr (2016: 45,2 Mrd EUR) zeigte sich ein deutlicher Rückgang. Da allerdings, besonders bei Instrumenten aus dem Kapitalmarkt, Preiseffekte (Kursschwankungen) erhebliche Auswirkungen auf den Endstand haben können, werden Standveränderungen gesondert betrachtet. Verzinsliche Wertpapiere wurden 2017 zwar vermehrt getilgt (0,6 Mrd EUR) jedoch verursachten Kursschwankungen eine zusätzliche Reduktion um 2,6 Mrd EUR.

Handelskredite waren in den letzten Jahren ein zunehmend beliebteres Substitut für die Kreditfinanzierung durch Banken. Ende 2017 hatten Unternehmen Handelskredite in Höhe von 45,3 Mrd EUR ausständig, was einem Anstieg um 7 % im Vergleich zum Vorjahr (2016: 42,2 Mrd EUR) entspricht.

Kapitalgedeckte Pensionsrückstellungen dienen aus unternehmerischer Sicht nicht primär der Kapitalmittelbeschaffung, sondern sind gesetzlich vorgeschrieben. Deswegen bewegte sich ihr Wert schon seit Jahren auf einem relativ stabilen Niveau (2017: 11,5 Mrd EUR). Die sonstigen Verbindlichkeiten<sup>7</sup> erreichten Ende 2017 einen Wert von 16,8 Mrd EUR.

Tabelle 1 zeigt das Fremdkapital nichtfinanzieller Unternehmen gegliedert nach Finanzierungsinstrumenten und Gläubigersektoren. Während bei Krediten der Bankensektor sowie konzerninterne Kredite dominieren, werden Unternehmensanleihen hauptsächlich von ausländischen Investoren gehalten. Private Haushalte

Tabelle 1

### Fremdkapital nach Gläubigersektoren

	Kredite	Handelskredite	Verzinsliche Wertpapiere	Kapitalgedeckte Pensionsrückstellungen	Sonstiges Fremdkapital	Gesamt
Investoren	<i>in Mrd EUR</i>					
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	70	24	1	x	0	95
Finanzielle Kapitalgesellschaften	161	0	8	x	0	170
Staat	7	3	0	x	14	24
Private Haushalte inklusive POoE	0	0	3	12	0	15
Ausland	53	18	29	x	2	103
Gesamt	290	45	42	12	17	406

Quelle: OeNB.

<sup>6</sup> Siehe Wiesinger, S. 2015. Innersektorale Kredite und Handelskredite als Substitut klassischer Bankkredite? In: Statistiken Daten & Analysen Q4/15. 35–48.

<sup>7</sup> Sonstige Verbindlichkeiten (F.89, ESVG 2010 §5.230) beinhalten alle Finanzierungsinstrumente, die in keiner anderen Kategorie angeführt sind. Dazu zählen insbesondere Zinsabgrenzungen zu Einlagen und Kredite sowie schwebende Verrechnungskonten von Banken und grenzüberschreitende Transaktionen.

sowie der Staat spielen bei der Fremdkapitalstruktur des österreichischen nicht-finanziellen Unternehmenssektors eine untergeordnete Rolle.

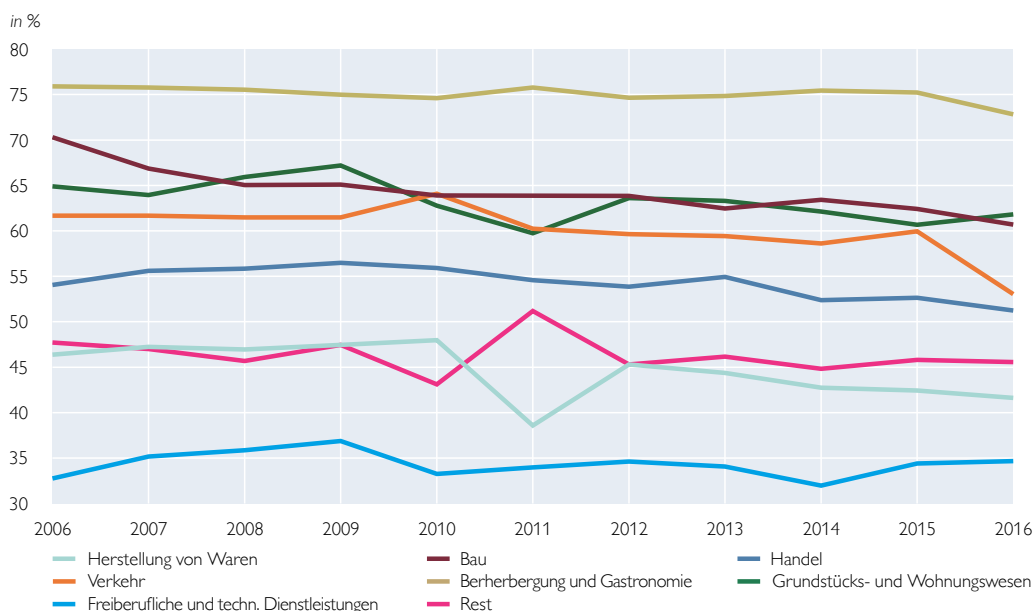
### 1.3 Verschuldung nach Branchen

Die Verschuldung nichtfinanzieller Unternehmen nach Branchen kann basierend auf dem in den Jahresabschlüssen ausgewiesenen Fremdkapital (Mikrodaten) ermittelt werden. Betriebswirtschaftlich wird oft die Bilanzkennzahl der Fremdkapitalquote<sup>8</sup> als Hilfsmittel für Unternehmensbewertungen herangezogen.

Im österreichischen Unternehmenssektor zeigten sich zwischen 2006 und 2016 folgende Entwicklungen: Mit durchschnittlich 75 % erweist sich die Beherbergungs- und Gastronomiebranche als die Branche mit dem höchsten Fremdkapitalanteil. Knapp dahinter rangieren das Grundstücks- und Wohnungswesen (2016: 62%), das Bauwesen (2016: 61 %) und der Verkehr (2016: 53 %). Während beim Baugewerbe und Verkehr die hohe Fremdkapitalfinanzierung den Erwartungen entspricht, so ist dies im Grundstücks- und Wohnungswesen auf eine besondere Unternehmensvariante, den operativen Leasingunternehmen zurückzuführen. Diese nehmen günstiges Fremdkapital im Konzern auf, um ihre Leasingvorhaben zu finanzieren. Darüber hinaus spielen auch noch Bankkredite im Grundstücks- und Wohnungswesen eine große Rolle; 31 % des gesamten Bankkreditvolumens nichtfinanzieller Unternehmen in Österreich flossen in diese Branche. Der Handel konnte über die letzten Jahre hinweg die Fremdkapitalquote deutlich senken. Während noch zur

Grafik 3

#### Verschuldung österreichischer Unternehmen nach Branchen



<sup>8</sup> Die Fremdkapitalquote bezeichnet den Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital, ausgedrückt in Prozent. Eine hohe Fremdkapitalquote bedeutet für ein Unternehmen (1) geringere Kreditwürdigkeit aufgrund der hohen Verschuldung, (2) eine geringere Unabhängigkeit für den Unternehmer, da er in der Finanzierung auf Fremdkapitalgeber angewiesen ist und (3) ein höheres Risiko der Überschuldung.



Zeit der Finanzkrise der Fremdkapitalanteil knapp 56 % des Gesamtkapitals betrug, sank er im Jahr 2016 auf 51 %. Ein ähnliches Bild bot sich bei der Warenherstellung (2008: 47 %, 2016: 42 %), die eng mit Handel verknüpft ist. Die geringste Fremdkapitalquote findet sich bei den freiberuflichen und technischen Dienstleistungen. Hier sind unter anderem Holdinggesellschaften sowie nicht-finanzielle Hauptverwaltungen enthalten, die überwiegend Beteiligungen halten. Finanziert werden sie hauptsächlich über konzerninternes Eigenkapital. Somit wird im Branchenaggregat eine verhältnismäßig geringe Fremdkapitalquote ausgewiesen.

Die insgesamt tendenziell rückläufige Fremdkapitalquote in der Mehrzahl der Branchen zwischen 2006 und 2016 zeigt die gestärkte Eigenkapitalbasis vieler Unternehmen. Diese ist unter anderem auf Gewinnthesaurierungen in den letzten Jahren zurückzuführen und spiegelt sich auch in den makroökonomischen Daten der GFR wider.

#### 1.4 Eigenkapital nichtfinanzieller Unternehmen

Das Eigenkapital ist jener Anteil des Kapitals, der den Eigentümern eines Unternehmens gehört. Die Hauptkomponenten des Eigenkapitals im Sinne der GFR sind börsennotierte und nichtbörsennotierte Aktien sowie sonstige Anteilsrechte, insbesondere Anteile österreichischer GmbHs. Aktien sind Wertpapiere, die über den Kapitalmarkt gehandelt werden können. Sie sind Anteile am Eigenkapital von Aktiengesellschaften. Mit Jahresende 2017 näherte sich das Eigenkapital volumensmäßig dem Fremdkapital (laut GFR) an.

Insgesamt wurden 2017 1,3 Mrd EUR in börsennotierte Aktien investiert. Daran waren ausländische Investoren mit 3,3 Mrd EUR beteiligt, wohingegen inländische Investoren allerdings Kapital in Höhe von 2 Mrd EUR abzogen (davon 0,7 Mrd EUR durch private Haushalte inklusive private Organisationen ohne Erwerbzweck, POoE). Die Kurssprünge auf den Aktienmärkten bescherten den Investoren in österreichische nichtfinanzielle Unternehmen im Jahr 2017 Gewinne in Höhe von 20,3 Mrd EUR. Nichtbörsennotierte Aktien nichtfinanzieller Unternehmen in Österreich wurden 2017 in Summe um 3 Mrd EUR abgebaut. Verglichen mit den Jahren zuvor (2015: 0,6 Mrd EUR, 2016: 0,7 Mrd EUR) zeigt sich, dass das Interesse der Investoren an nicht börsenorientierten Aktien rückläufig war.

Tabelle 2

#### Eigenkapitalstruktur nach Eigentümersektoren

Investoren	Sonstige Anteilsrechte	Börsennotierte Aktien	Nicht börsen- notierte Aktien	Gesamt
	<i>in Mrd EUR</i>			
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	42	17	8	67
Finanzielle Kapitalgesellschaften	41	10	3	55
Staat	10	14	11	35
Private Haushalte inklusive POoE	51	9	1	61
Ausland	105	42	9	156
Gesamt	248	92	33	373

Quelle: OeNB.

Tabelle 2 stellt die Eigentümer österreichischer nichtfinanzieller Unternehmen nach Sektoren mit Jahresende 2017 dar. Sonstige Anteilsrechte<sup>9</sup> nahmen 2017 mit 248,2 Mrd EUR den größten Anteil des Eigenmittelbestandes (66,5 %) des Unternehmenssektors ein. Ausländische Investoren hielten knapp 42 % des gesamten Eigenkapitalbestandes österreichischer Unternehmen zum Jahresende 2017. Bei den inländischen Investoren sind neben institutionellen Investoren (nichtfinanzielle sowie finanzielle Unternehmen) vor allem private Haushalte inklusive POoE von Bedeutung, die mit knapp 61 Mrd EUR 16 % des Eigenkapitalbedarfs stellten. Diese enge Verknüpfung von Unternehmen mit Haushalten inklusive POoE zeigt sich besonders bei Beteiligungen an GmbHs, deren Eigentümer meist Haushalte sind. GmbH-Gesellschafter bringen häufig Teile ihres Privatvermögens in ihre Unternehmen ein, um ihre Finanzierungsbasis zu verbessern und leichter Sicherheiten für Bankkredite nachzuweisen.

## 2 Private Haushalte inklusive POoE

### 2.1 Netto verfügbares Einkommen der privaten Haushalte inklusive POoE

Der Sektor private Haushalte besteht aus Konsumenten-Haushalten und selbstständig Erwerbstätigen<sup>10</sup>. Private Organisationen ohne Erwerbszweck<sup>11</sup> dienen als private Nichtmarktproduzenten für die privaten Haushalte. Oftmals werden daher beide Sektoren gemeinsam betrachtet und als private Haushalte inklusive privater Organisationen ohne Erwerbszweck (inkl. POoE) ausgewiesen. Private Haushalte inkl. POoE hatten im Jahr 2017 ein netto verfügbares Einkommen in Höhe von 204,4 Mrd EUR, davon 174,9 Mrd EUR aus Arbeitnehmer-Entgelten und 34,7 Mrd EUR aus Betriebsüberschüssen und selbstständigem Einkommen. Des Weiteren gab es betriebliche Versorgungsansprüche der privaten Haushalte in Höhe von 1,4 Mrd EUR. Das netto verfügbare Einkommen ergibt sich als Saldo aus den Leistungen, die Haushalte erhalten, gegliedert nach Arbeitsentgelten, Pensionen und Vermögenseinkommen, abzüglich geleisteter Zahlungen in Form von Steuern, Sozialbeiträgen und Zinsen für aufgenommene Kredite.<sup>12</sup> Von diesem netto verfügbaren Einkommen inklusiver betrieblicher Versorgungsansprüche in Höhe von 205,8 Mrd EUR wurden 192,7 Mrd EUR für den Individualkonsum und 13,1 Mrd für das Netto-Sparen aufgewendet, was einer Netto-Sparquote von 6,4 % für das Jahr 2017 entspricht. 3,7 % der Nettoersparnis wurden für realwirtschaftliche Investitionen<sup>13</sup> verwendet.

<sup>9</sup> Sonstige Anteilsrechte (AF 519) sind Anteilsrechte an Unternehmen, die nicht die Rechtsform Aktiengesellschaft haben.

<sup>10</sup> Laut ESVG 2010 § 11.15 sind Selbstständige als Personen definiert, welche „alleinige oder gemeinsame Eigentümer eines Unternehmens ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind, in dem sie arbeiten, ausgenommen diejenigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die als Quasi-Kapitalgesellschaften eingestuft werden. Personen, die sowohl in einem Beschäftigungsverhältnis als Arbeitnehmer als auch als Selbstständige stehen, zählen zu den Selbstständigen, sofern die selbstständige Tätigkeit gemessen an den aus der Tätigkeit erzielten Einkommen ihre Haupttätigkeit ist.“

<sup>11</sup> Laut ESVG 2010 § 2.129 haben Private Organisationen ohne Erwerbszweck Hauptmittel aus freiwilligen Geld- und Sachbeiträgen, die private Haushalte in ihrer Eigenschaft als Konsumenten leisten, aus Zahlungen des Staates und aus Vermögenseinkommen.

<sup>12</sup> Andreasch, M., E. Aruqaj, S. Wiesinger und K. Schwarz. 2017. Einkommen, Konsum und Vermögen der Haushalte – Sektorale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1997–2016. [https://www.oenb.at/dam/jcr:31f51a96-307e-4352-95e5-78f07c83372e/Sektorale-VGR\\_2017.pdf](https://www.oenb.at/dam/jcr:31f51a96-307e-4352-95e5-78f07c83372e/Sektorale-VGR_2017.pdf).

<sup>13</sup> Hier in einer Nettobetrachtung, da auch das Sparen netto, also ohne Abschreibungen, gezeigt wird.

## 2.2 Konsum und Investitionen der privaten Haushalte

Unter Konsum wird im Folgenden der Konsum der privaten Haushalte verstanden. Definitionsgemäß konsumieren nichtfinanzielle und finanzielle Unternehmen nicht. Laut ESVG 2010 werden die Bestände der nominellen Konsumausgaben von privaten Haushalte nach dem Verwendungszweck<sup>14</sup> gegliedert. Im Jahr 2016<sup>15</sup> wiesen die Konsumausgaben der privaten Haushalte ein nominelles Wachstum (Inlandskonsum) von 2,7% auf 186,2 Mrd EUR (2015: 181,3 Mrd EUR) aus, was einer realen Erhöhung von 1,5% entspricht. Der Inländerkonsum (Inlandskonsum abzüglich Ausländerkonsum in Inland plus Inländerkonsum im Ausland) lag bei 178,5 Mrd EUR im Jahr 2016 (2015: 173,8 Mrd EUR).

Bei Bruttoanlageinvestitionen<sup>16</sup> handelt es sich um den Erwerb von Anlagen, die länger als ein Jahr in der Produktion eingesetzt werden. Dazu zählen unter anderem Ausrüstungen wie Schiffe, Kraftfahrzeuge und Computer, aber auch Bauten in Form von Nichtwohn- und Wohnbauten. Vor allem letztere spielen eine große Rolle für die Investitionen von privaten Haushalten inklusive privater Organisationen.

## 2.3 Verbindlichkeiten der privaten Haushalte inklusive POoE

Private Haushalte ziehen für den Konsum und für Investitionen das verfügbare Einkommen und gegebenenfalls kurz- oder langfristige aufgenommene Verbindlichkeiten bzw. ihr Geldvermögen heran. 2017 beliefen sich die Verbindlichkeiten privater Haushalte inkl. POoE auf 187,7 Mrd EUR, was einer transaktionsbedingten Wachstumsrate von 2,5% gegenüber dem Vorjahr (2016: 184 Mrd EUR) entsprach. Im vierten Quartal 2017 betragen die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte rund 184,5 Mrd EUR, wobei davon 98,6% (ca. 181,9 Mrd EUR) Kredite waren. Die verbleibenden 3,2 Mrd EUR waren Verbindlichkeiten der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, von denen rund 93% bzw. 3 Mrd EUR Kredite waren.

Laut den Mikrodaten der zweiten Welle des Household Finance and Consumption Survey (HFCS 2014) beträgt der Anteil der verschuldeten privaten Haushalte<sup>17</sup> 34,5%. Davon sind 23,9 Prozentpunkte bis zu 50.000 EUR verschuldet, die restlichen 10,6 Prozentpunkte über 50.000 EUR. 93,1% der Verschuldungen sind durch Finanz- und Sachvermögen besichert.

Konsumenten-Haushalte waren laut den Daten der GFR mit rund 149,1 Mrd EUR im vierten Quartal 2017 verschuldet, was einer Steigerung um 2,02% gegenüber dem Jahresende 2016 entspricht. Die selbstständig Erwerbstätigen wiesen im vierten Quartal 2017 Verbindlichkeiten in Höhe von rund 35,4 Mrd EUR aus. Gegenüber dem Vorjahresquartal sind sie damit um 2,27% gestiegen.

Kredite, die den größten Teil der Verbindlichkeiten der Haushalte inkl. POoE bilden, werden in kurzfristige und langfristige unterschieden: als kurzfristig sind Krediten mit einer Ursprungslaufzeit von höchstens einem Jahr definiert, als langfristig mit einer Ursprungslaufzeit von über einem Jahr. Die Kredite werden gemäß ESVG 2010 zu Nominalwerten ausgewiesen. Die seit 1995 publizierte Zeitreihe zeigt, dass der Großteil der Verpflichtungsbestände von Haushalten inkl. POoE auf die

<sup>14</sup> Funktionale Untergliederung der Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums (COICOP) gemäß Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung, ESVG 2010.

<sup>15</sup> Zum Zeitpunkt der Analyse (April 2018) waren nur Konsumdaten für 2016 verfügbar.

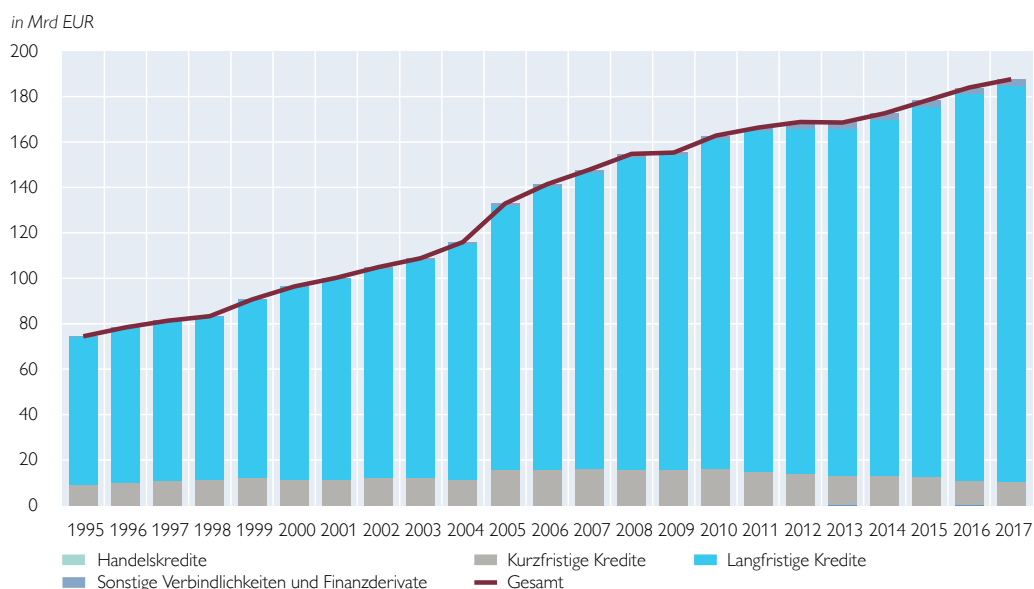
<sup>16</sup> Die Arten der Bruttoanlageinvestitionen werden im ESVG 2010 §3.127 aufgelistet

<sup>17</sup> Informationen zur Verschuldung der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sind nicht im HFCS enthalten.

langfristigen Kredite entfällt. Ende 1995 lag der Anteil von langfristigen Krediten mit rund 65,2 Mrd EUR bei rund 88 % der gesamten Verpflichtungen. Er überstieg mit Anfang 2011 90 % und lag im vierten Quartal 2017 mit 174,7 Mrd EUR bei 93,1 %. Den zweitgrößten Anteil der Verpflichtungen machen kurzfristige Kredite aus, die seit 1995 eine fallende Tendenz aufweisen. Während Ende 1995 der Anteil von kurzfristigen Krediten noch mit 9,2 Mrd EUR rund 12 % der Gesamtverpflichtung betrug, sank er im zweiten Quartal 2011 unter 10 %. Im vierten Quartal 2017 lag das Volumen bei 10,2 Mrd EUR und betrug somit 5,4 % der Verpflichtungen. Die anderen Formen der Verpflichtungen machen keinen signifikanten Teil der Passiva aus.

Grafik 4

### Verbindlichkeiten der privaten Haushalte inkl. POoE in Österreich

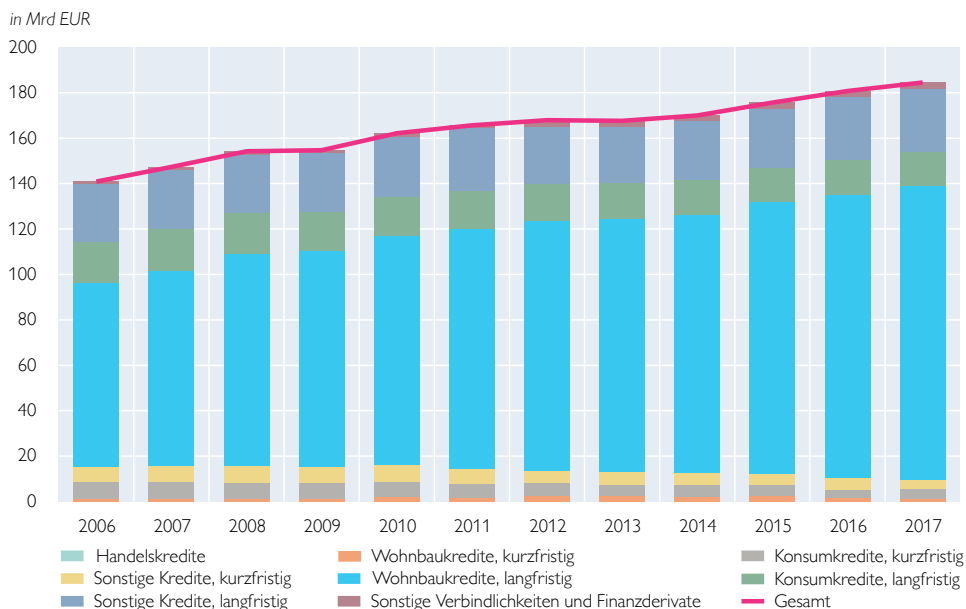


Die Kredite privater Haushalte können in die Kategorien Wohnbaukredite, Konsumkredite und sonstige Kredite an Haushalte aufgeteilt werden. Wohnbaukredite werden von Banken oder vom Staat vergeben und dienen der Schaffung beziehungsweise Erhaltung von privatem Wohnraum. Bei Konsumkrediten handelt es sich um Kredite von Banken, welche für den persönlichen Konsum von Gütern und Dienstleistungen genutzt werden. Darunter fallen Überziehungen von Girokonten beziehungsweise Ratenkredite von Konsumentenhaushalten. Jene Kredite, die weder als Wohnbaukredite, noch als Konsumkredite klassifiziert sind, sind als sonstige Kredite ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte machten Ende 2017 in Summe 184,5 Mrd EUR aus. Von den insgesamt 181,9 Mrd EUR Krediten der privaten Haushalte im vierten Quartal 2017 waren mit 130,9 Mrd EUR 72,0 % Wohnbaukredite. Zum gleichen Zeitpunkt wiesen die Konsumkredite der privaten Haushalte einen Bestand von 18,7 Mrd EUR auf und bildeten somit 10 % der Kreditverbindlichkeiten der Haushalte. Die sonstigen Kredite befanden sich auf einem Niveau von rund 32,3 Mrd EUR für 2017, was 18 % der Kredite entsprach.

Grafik 5

### Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (inkl. POoE) in Österreich



### 3 Schulden-Einkommensquotient

Die Verschuldung im Verhältnis zum verfügbaren Nettoeinkommen<sup>18</sup> ergibt den Schulden-Einkommensquotient (debt-to-income ratio), der die Möglichkeit privater Haushalte inklusive POoE zur Schuldentilgung aus dem netto verfügbaren Einkommen misst. Neben der Höhe der Verschuldung spielt auch die Besicherung eine wichtige Rolle. Beispielsweise können Haushalte bei besicherten Schulden auf schwächere Phasen der Konjunktur, welche unter anderem zu einer Reduktion des verfügbaren Einkommens führen können, besser reagieren. Für diese Analyse werden die Daten von 1995 bis 2017 herangezogen. Der internationale Vergleich anhand von OECD-Daten deckt den Zeitraum von 1999 bis 2016 ab.

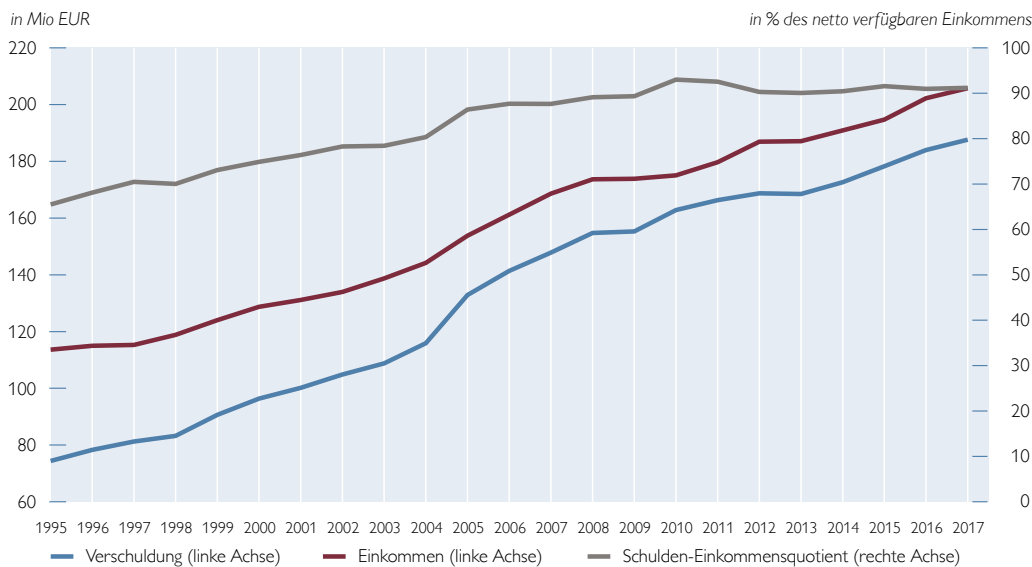
Die Verschuldung der österreichischen Haushalte inkl. POoE betrug Ende 2017 91 % des verfügbaren Nettoeinkommens, während Ende 1995 der Quotient noch bei 66 % lag. Über den Zeitverlauf sind zwar sowohl die Verschuldung als auch das netto verfügbare Einkommen gestiegen, jedoch stieg erstere stärker an. Bis zum Jahr 2008 stieg die Verschuldung auf 90 % des verfügbaren Nettoeinkommens und blieb bis 2017 nahezu unverändert.

Im OECD-Vergleich ergibt sich beim Vergleich der Jahresdaten ein unterschiedliches Bild beim Schulden-Einkommensquotient für Österreich und Deutschland. Während Österreich ausgehend von 66 % im Jahr 1995 einen Anstieg auf 90 % bis 2008 und seither einen relativ konstanten Wert von knapp über 90 % aufweist, zeigt sich für Deutschland seit 1999 ein konstanter Rückgang. Im OECD-Vergleich ist Deutschland das einzige Land, welches einen Rückgang seit

<sup>18</sup> Inklusive Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Grafik 6

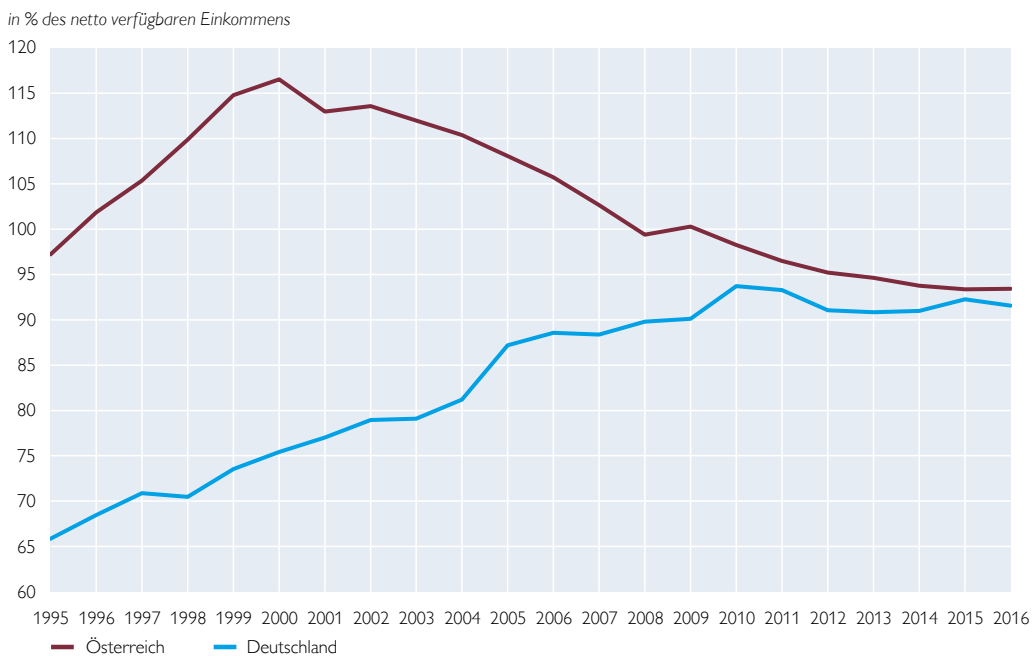
### Schulden-Einkommensquotient der privaten Haushalte (inkl. POoE) in Österreich



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Grafik 7

### Vergleich des Schulden-Einkommensquotients von Deutschland und Österreich



Quelle: OECD.

1999 aufweist. Allerdings stieg in Deutschland von 1995 bis 1999 der Schulden-Einkommensquotient von 97% auf 115%.

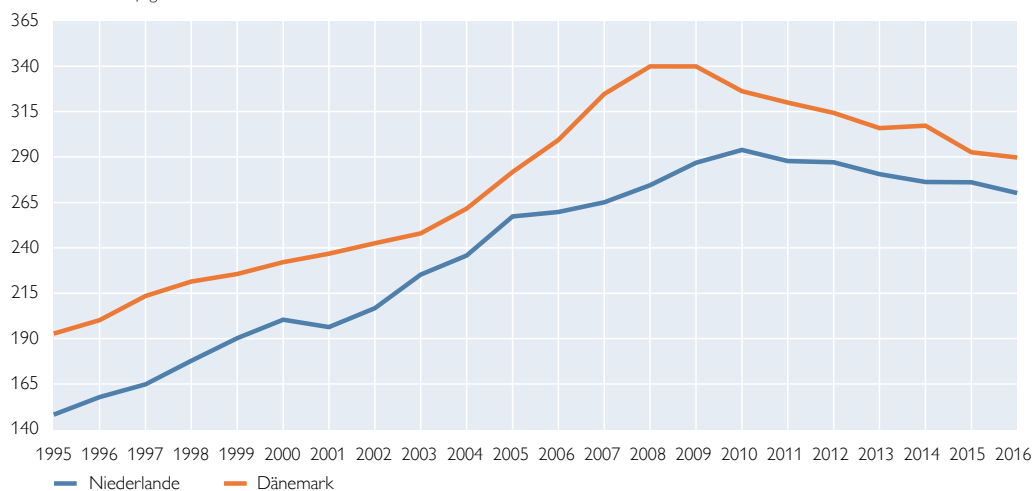
Dänemark und die Niederlande weisen die höchsten Werte für die Verschuldung der Haushalte in Relation zum netto verfügbaren Einkommen aus. Im

OECD-Vergleich ist Dänemark unangefochtener Spitzenreiter. Es hatte im Jahr 1995 einen Schulden-Einkommensquotient von 193 % und erreichte während der Wirtschafts- und Finanzkrise den höchsten Wert mit knapp 340 %. 2016 wiesen die dänischen Haushalte inkl. POoE einen Schulden-Einkommensquotienten von rund 286 % aus. Gleichzeitig betrug das Finanzvermögen der dänischen Haushalte 2016 827,4 Mrd EUR. Grund für diese hohe private Verschuldung der dänischen Haushalte inkl. POoE<sup>19</sup> ist unter anderem, die vergleichsweise einfache Möglichkeit besicherte Kredite aufzunehmen. Dies wird vor allem für den Erwerb von Immobilien genutzt und macht den Großteil der dänischen Verschuldung aus. Die Verschuldung korreliert mit dem verfügbaren Einkommen. Jene Haushalte inkl. POoE mit den höchsten Einkommen haben auch die größte Verschuldung, da sie meist in Immobilien investieren. Die privaten Haushalte inkl. POoE in den Niederlanden<sup>20</sup> hatten bereits im Jahr 2000 einen Schulden-Einkommensquotient von über 200 %, der bis 2016 auf 270 % anstieg. Dort ist die Verschuldung vor allem auf die steuerlichen Anreize für Immobilienkäufe zurückzuführen. Die Niederlande weisen ein Finanzvermögen der privaten Haushalte inkl. POoE in Höhe von 2.325 Mrd für 2016 aus.

Grafik 8

### Vergleich des Schulden-Einkommensquotients von den Niederlanden und Dänemark

in % des netto verfügbaren Einkommens



Quelle: OECD.

## 4 Private Verschuldung im Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten

Das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (VMU, Macroeconomic Imbalances Procedure, MIP) dient der Ermittlung, Vorbeugung und Behebung aufkommender gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte in den

<sup>19</sup> Mehr Informationen zur Verschuldung der dänischen Haushalte finden sich hier: <http://www.nationalbanken.dk/en/publications/themes/Pages/Household-wealth-and-debt.aspx>.

<sup>20</sup> Mehr Informationen zur Verschuldung der niederländischen Haushalte finden sich hier: <http://oecdinsights.org/2017/02/09/a-dash-of-data-spotlight-on-dutch-households/>.

EU-Mitgliedstaaten. Das VMU wurde in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008 beschlossen und trat 2011 als Teil der Stabilitäts- und Wachstumspakts in Kraft. Hierbei werden 14 Indikatoren, welche ein Gesamtbild der wirtschaftlichen Entwicklungen des privaten und öffentlichen Sektors sowie der Entwicklungen des Finanzsektors und auf dem Arbeitsmarkt widerspiegeln, herangezogen, um makroökonomische Ungleichgewichte bei den Mitgliedstaaten rechtzeitig zu entdecken. Gegebenenfalls wird mittels länderspezifische Empfehlungen entgegengewirkt.

Derzeit sind die Daten für 2016<sup>21</sup> von der Europäischen Kommission veröffentlicht worden, wobei die Indikatoren gemeinsam und über eine längere Periode betrachtet werden, um mögliche makroökonomische Ungleichgewichte zu erkennen. Während im ersten Teil dieses Berichts die Schulden der Haushalte in Relation zum netto verfügbaren Einkommen betrachtet wurden, wird beim VMU unter anderem die konsolidierte<sup>22</sup> Verschuldung des privaten Sektors in Relation zum BIP des jeweiligen Landes beobachtet. Dabei sollte der vorgegebene Schwellenwert von 133 % nicht überschritten werden. Im Jahr 2016 lag dieser Indikator in Österreich bei 124 % des BIP. Seit der Implementierung des Verfahrens 2011 (128 %) gab es einen abnehmenden Trend in Österreich. Die höchsten Werte für diesen Indikator wiesen im Jahr 2016 Zypern mit 344,6 % und Luxemburg mit 343,6 % aus. Der konsolidierte Kreditfluss<sup>23</sup> an den privaten Sektors in Österreich lag bei 3,2 % des BIP im Jahr 2016 und damit weit unter dem angesetzten Schwellenwert von kleiner als 14 %.

<sup>21</sup> Mehr Informationen zu den Ländern: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/macroeconomic-imbances-procedure/indicators>.

<sup>22</sup> D.h. Transaktionen innerhalb der Sektoren werden nicht berücksichtigt.

<sup>23</sup> Der Kreditfluss des privaten Sektors stellt die Nettosumme der Verbindlichkeiten (Schuldverschreibungen und Kredite) im Laufe eines Jahres dar. Die Daten werden in Relation zum BIP ausgedrückt und konsolidiert dargestellt.



# Österreich auf dem Weg vom Nettoimporteur zum Kapitalgeber

Außenwirtschaftliche Entwicklungen in den letzten 60 Jahren<sup>1</sup>

Der Leistungsbilanzsaldo (als Nettoergebnis aller Güter-, Dienstleistungs- und Einkommensexporte abzüglich der entsprechenden Importe) ist ein realwirtschaftlicher Indikator für den Nettofinanzierungsbedarf bzw. -überschuss einer Volkswirtschaft. Er entwickelte sich in Österreich von einem vorwiegenden Defizit in den Jahren von 1955 bis 2001 in einen anhaltenden Überschuss ab 2002. Diese strukturelle Verschiebung reflektiert die Veränderungen der grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten aufgrund neuer wirtschaftspolitischer, regulatorischer und währungspolitischer Rahmenbedingungen. Die starke außenwirtschaftliche Dynamik lässt sich sowohl an realwirtschaftlichen als auch an finanziellen Indikatoren ablesen: Zwischen 1995 und 2017 stiegen sowohl die Export- als auch die Importquote auf mehr als 50% des BIP und damit auf das Niveau der Konsumquote. Das Volumen der grenzüberschreitenden Vermögensbestände erreichte das 2,3-fache der jährlichen Wirtschaftsleistung. Jeder dritte Euro des gesamten Finanzvermögens aller inländischen Akteure war zum Jahresende 2017 in ausländischen Vermögenswerten platziert.

Michael Andreasch<sup>2</sup>

Die außenwirtschaftlichen Entwicklungen der letzten 60 Jahre werden anhand der Zahlungsbilanz bzw. der Internationalen Vermögensposition sowie des Außenkontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) nachgezeichnet. Es werden markante Entwicklungen und Wendepunkte der grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten unter Berücksichtigung unterschiedlicher, auch exogener Einflussfaktoren untersucht. Die empirische Analyse gliedert sich in zwei Abschnitte: Der erste Abschnitt behandelt realwirtschaftliche Entwicklungen inklusive der strukturellen Änderungen vor dem Hintergrund währungspolitischer Maßnahmen und die daraus resultierende veränderte Wettbewerbssituation anhand der Leistungsbilanz und ihrer Komponenten in Relation zur Wirtschaftsleistung. Diese werden in Bezug zur sektoralen Entwicklung des Konsum-, Investitions- und Sparverhaltens gesetzt. Im zweiten Abschnitt werden die, den realwirtschaftlichen Entwicklungen entsprechenden, Kapitalbewegungen beleuchtet und in den Kontext der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme gesetzt<sup>3</sup>.

## 1 Vom Leistungsbilanzdefizit in den 1950er-Jahren zum Leistungsbilanzüberschuss nach der Jahrtausendwende

### 1.1 Überblick über die Entwicklung in den letzten sechzig Jahren

Der Leistungsbilanzsaldo als Nettoergebnis aller Güter-, Dienstleistungs- und Einkommensexporte abzüglich der entsprechenden Importe und damit gleichzeitig der realwirtschaftliche Indikator für einen Nettofinanzierungsbedarf bzw. -überschuss

<sup>1</sup> Die Aufbereitung der historischen Daten zur Zahlungsbilanz und Internationalen Vermögensposition erfolgte im Rahmen des Projektes „200 Jahre OeNB“. Die entsprechenden Daten sind auf der Website der Oesterreichischen Nationalbank abrufbar: <https://www.oenb.at/Statistik/Datenangebot/auszenwirtschaft.html>. Die Zusammenstellung der Zeitreihen einschließlich der methodischen Beschreibung (siehe Anhang) erfolgte federführend von René Dell'mour und Patricia Walter, beide Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken.

<sup>2</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, michael.andreasch@oenb.at. Der Autor dankt Lisa Reitbrecht und Jacob Wagner für die sehr tatkräftige Unterstützung sowie Thomas Cernohous, Christian Ragacs, Lukas Reiss, Martin Schneider und Gerald Wimmer für wertvolle Anregungen.

<sup>3</sup> Es wurden sowohl Daten der Zahlungsbilanz inklusive Internationaler Vermögensposition als auch Daten der sektoral gegliederten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet.

entwickelte sich in den letzten 60 Jahren meist in einer Bandbreite zwischen  $\pm 2,0\%$  des BIP.

Der jährliche Leistungsbilanzsaldo war bis zur Jahrtausendwende im Durchschnitt mit  $0,8\%$  des BIP negativ. Dieser Wert wird allerdings sehr stark von den negativen Entwicklungen in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre bzw. Mitte der 1990er-Jahre beeinflusst<sup>4</sup>. Die Struktur der Leistungsbilanz war geprägt von:

- einem permanenten Defizit in der Güterbilanz in der durchschnittlichen Höhe von rund  $-4\%$  des BIP mit einer Schwankungsbreite von rund  $1,5\%$  des BIP.
- einem Reiseverkehrsüberschuss in der durchschnittlichen Höhe von  $+3,3\%$  des BIP mit einer Schwankungsbreite von rund  $1,1\%$  des BIP, der damit einen Gutteil der Güternettoimporte kompensierte.
- einem leichten Nettoüberschuss bei den sonstigen Dienstleistungen, der vorwiegend zwischen 1980 und 1994 stärker ausgeprägt war. Bis zur Jahrtausendwende lieferten die sonstigen Dienstleistungen einen positiven Beitrag zur Leistungsbilanzentwicklung in der durchschnittlichen Höhe von  $0,5\%$  des BIP (allerdings mit einer erheblichen Schwankungsbreite in Höhe von  $0,6\%$  des BIP).

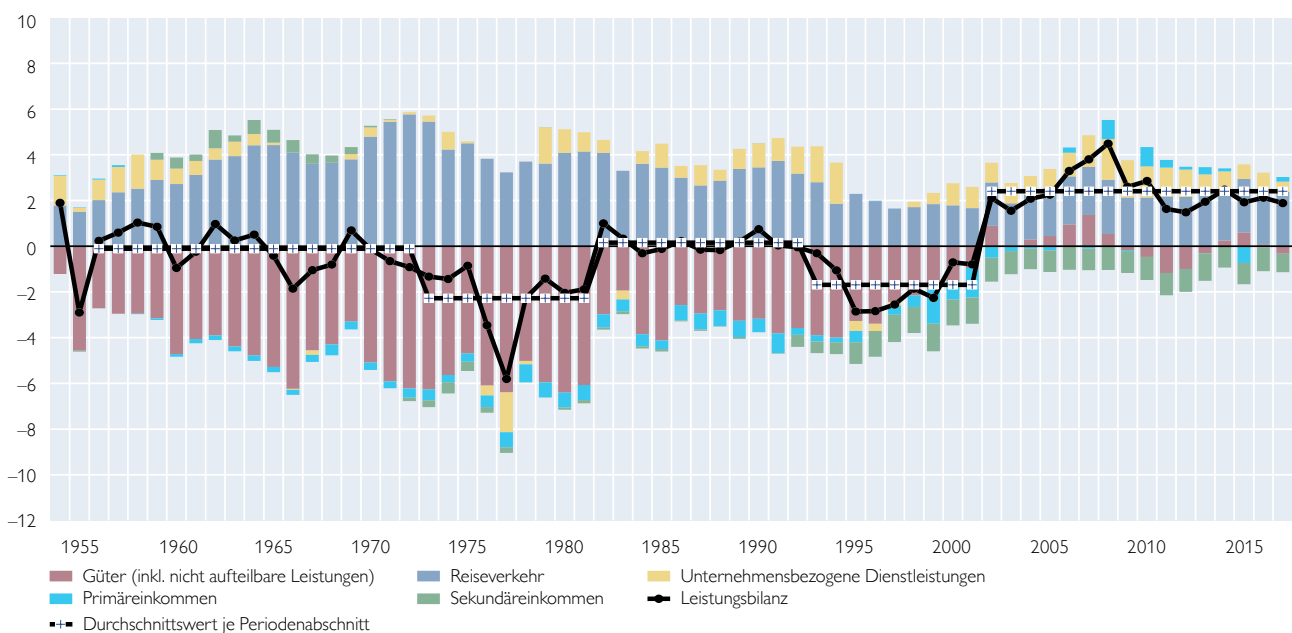
Der Leistungsbilanzsaldo drehte sich ab dem Jahr 2002 vom Defizit in einen Überschuss:

- Der Saldo der letzten 15 Jahre war im Durchschnitt mit  $2,4\%$  des BIP im Plus.
- Der Güterhandel war seit 2002 ausgeglichen, der positive Reiseverkehrssaldo betrug im Durchschnitt  $2,2\%$  des BIP und auch die sonstigen Dienstleistungen zeigten konstant ein Plus mit einem Durchschnittswert von  $1,0\%$  des BIP.

Grafik 1

### Entwicklung des Leistungsbilanzsaldos

in % des BIP



Quelle: WIFO, Statistik Austria, OeNB. Daten ab 1995 entsprechend dem 6. Zahlungsbilanzmanual.

<sup>4</sup> Ohne die großen Leistungsbilanzdefizite in den 1970er-Jahren bzw. Mitte der 1990er-Jahre betrug der Durchschnittswert sogar nur  $-0,2\%$  des BIP.

Dagegen verzeichnete Österreich insbesondere aufgrund der Beitragszahlungen<sup>5</sup> in das EU-Budget (seit 1995) ein Defizit bei den laufenden Transfers (Sekundäreinkommen) in einer durchschnittlichen Höhe von rund 1% des BIP.

Die Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft ist seit den 1960er-Jahren von der zunehmenden Integration in die Weltwirtschaft geprägt. Die zunehmende Auslandsorientierung der Wirtschaftspolitik setzt die heimische Wirtschaft der internationalen Konkurrenz aus. Dies führte zu Produktivitätsanstiegen und einer Veränderung der Wirtschaftsstruktur. Das Ausmaß der realwirtschaftlichen Integration kann anhand der Export<sup>6</sup>- bzw. Importquote<sup>7</sup> gemessen werden. Diese beiden Quoten stiegen von 20% des BIP in der Nachkriegszeit bis auf knapp mehr als 50% des BIP im Jahr 2017. Damit erreichten sie die Größenordnung des privaten Konsums, während die realwirtschaftlichen Investitionen über den gesamten Beobachtungszeitraum von 1955 bis 2017 bei rund 25% des BIP verharrten.

## 1.2 Die Ausgangssituation in den 1950er-Jahren

Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg war von Hilfsprogrammen (insbesondere dem European Recovery Program, ERP) geprägt, wodurch trotz einer geringen Sparquote der Haushalte eine starke Leistungsbilanzpassivierung vermieden werden konnten. Das im internationalen Vergleich überproportionale Wirtschaftswachstum – gemessen an der Veränderung des Bruttoinlandsprodukts zu konstanten Preisen (Butschek, 1995) – lag in dieser Zeit bei 6,1%. 1960 wurde der Außenhandel durch den Beitritt zur neugegründeten EFTA liberalisiert. Das starke Wirtschaftswachstum war durch Aufholeffekte charakterisiert. Österreich hatte durch die ERP-Mittel Zugang zu Investitionsgütern, was auch notwendig war, da Österreich zu diesem Zeitpunkt eindeutig Technologieimporteur war. Die Investitionsmaßnahmen waren besonders für die Bauwirtschaft, den Verkehrssektor und die Industrie maßgeblich. Gleichzeitig wurde ein umfassendes Exportförderungssystem ins Leben gerufen, das bis heute bei Finanzierungen von Exporten von Bedeutung ist.

Nach der Aufhebung des Bretton-Woods-Abkommen kam es im Jahr 1971 zu international beträchtlichen Wechselkurschwankungen, woraufhin versucht wurde Währungsverbände einzuführen. Ab 1976 wurde von Österreich nur mehr die D-Mark als Anker verwendet. Dadurch kam es zu einem Regimewechsel in der Wechselkurspolitik: Die Steuerung des nominellen effektiven Wechselkurses wurde von der Steuerung des bilateralen Wechselkurses abgelöst, wodurch der Großteil der Güter- und Dienstleistungsströme unter relativ stabilen Wechselkursen abgewickelt werden konnte. Ab Mitte 1981 wurde de facto der Schilling fix an die D-Mark gebunden. Damit wurde die österreichische Wettbewerbssituation an die Entwicklung der deutschen Lohnstückkosten gebunden.

Österreich verfolgte seit Mitte der 1950er-Jahre eine Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt auf Beschäftigungssicherung und Realeinkommenssteigerungen. Bis in die frühen 1980er-Jahre wurden diese Ziele durch eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, eine fiskalische Expansion und eine monetäre Restriktion zur Inflations-

<sup>5</sup> Im Gegenzug erhielt Österreich Subventionen, die in der Position Primäreinkommen enthalten sind.

<sup>6</sup> Exportquote = Exporte von Gütern und Dienstleistungen in Relation zur Wirtschaftsleistung (BIP), Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

<sup>7</sup> Importquote = Importe von Gütern und Dienstleistungen in Relation zur Wirtschaftsleistung (BIP), Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

dämpfung verfolgt (Seidel 2005). Zu den entsprechenden Maßnahmen zählten auch angebotsseitig wirkende Investitions-, Export- und Arbeitsmarktförderungen.

Die Entwicklung der Leistungsbilanz von Mitte der 1960er-Jahre bis zur zweiten Ölpreiskrise war von zwei sehr unterschiedlichen Phasen gekennzeichnet. Bis 1973 war ein rasches internationales Wirtschaftswachstum prägend; ein Umfeld in dem Österreich eine ausgeglichene Leistungsbilanz erwirtschaftete. Danach verlangsamte sich das Wachstum der Weltwirtschaft, die Energieimporte verteuerten sich aufgrund gestiegener Preise und führten zu einer deutlichen Verschlechterung des Leistungsbilanzsaldos.

### **1.3 Leistungsbilanzdefizit von bis zu 5,8% des BIP in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre**

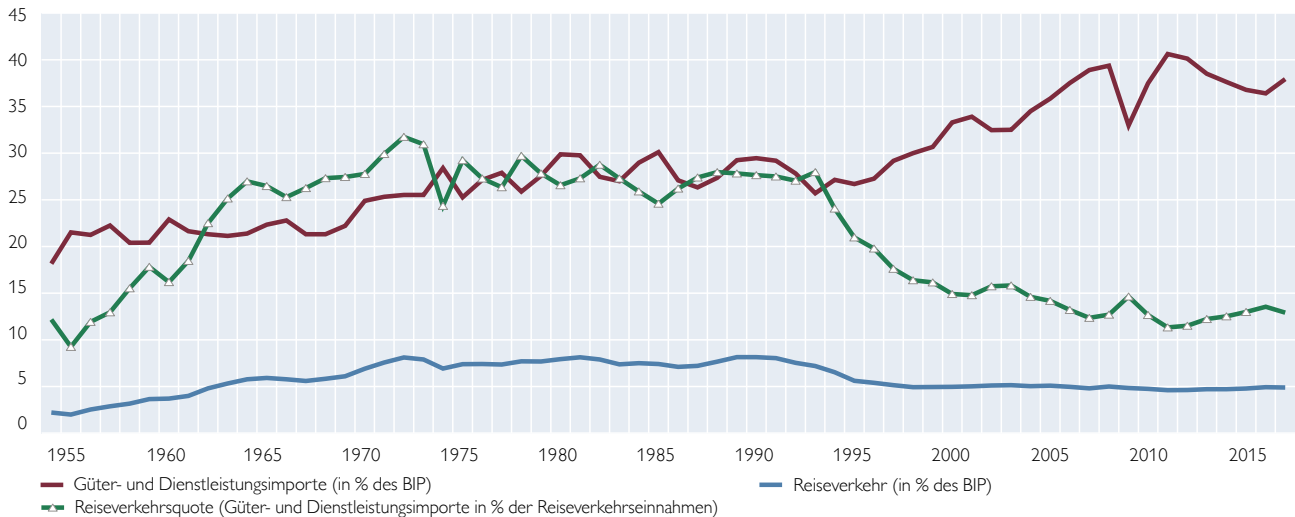
Nach der Aufhebung des Bretton-Woods-Abkommens und der Freigabe der Wechselkurse kam es Anfang der 1970er-Jahre zu einem Dollarverfall, der 1973 die erste Erdölkrise infolge einer starken Drosselung der Erdöllieferung der OPEC-Staaten auslöste. Der deutliche Kaufkraftverlust führte zu einem Wirtschaftseinbruch. Zusätzlich war die Entwicklung der inländischen Preise und Kosten in den 1970er-Jahren nicht mehr mit den Wechselkursvorgaben kompatibel, weshalb es zu einer deutlichen Leistungsbilanzverschlechterung kam. Das Defizit betrug 1976 rund –3,5% des BIP und stieg 1977 mit –5,8% auf den Höchstwert des beobachteten Zeitraums von 1955 bis 2017 an. In den Folgejahren gingen die Defizite wieder auf unter 2% zurück – nicht zuletzt aufgrund flankierender Maßnahmen wie des Zuschlags auf die Mehrwertsteuer für Luxusartikel, die unter anderem zu einer Drosselung der PKW-Importe führte. Das deutliche Defizit des Jahres 1977 entstand aufgrund des zunehmenden Überhangs der Güterimporte (Güterbilanzsaldo –6,4% des BIP). Gleichzeitig verschlechterte sich die Dienstleistungsbilanz temporär; sie erreichte im Jahr 1977 den negativen Höchstwert von –1,7% des BIP. Die österreichische Volkswirtschaft konnte mit den Reiseverkehrseinnahmen nur bedingt gegensteuern. Die Reiseverkehrseinnahmen hatten seit 1962 für mehr als dreißig Jahre ein relativ stabiles Verhältnis zu den Importen von Gütern und Dienstleistungen mit einem Mittelwert von 27%. Sie machten rund 7% des jährlichen BIP aus. Besonders hoch war das Verhältnis von Reiseverkehrseinnahmen zu Güter- und Dienstleistungsimporten zwischen 1976 und 1994. In weiterer Folge sank es von knapp 30% Anfang der 1990er-Jahre kontinuierlich. Mitte der 1990er-Jahre verringerte sich der Anteil sowohl in Relation zu den Güter- und Dienstleistungsimporten auf unter 15% als auch in Relation zum BIP auf 5% doch recht deutlich. Seit dem Höchststand an ausländischen Nächtigungen 1992 (100 Mio<sup>8</sup>) gab es markante Rückgänge im Reiseverkehr (im engeren Sinn<sup>9</sup>). Insbesondere in den Jahren 1994 und 1995 reduzierten sich die Einnahmen um 5,8% bzw. 2,8% und die Nächtigungszahlen ausländischer Gäste gingen auf 87 Mio zurück. Betroffen davon war insbesondere der Sommertourismus.

<sup>8</sup> Ende der 1950er-Jahre machten die Ausländernächtigungen rund 25 Mio aus, davon entfielen mehr als 70% auf deutsche Gäste.

<sup>9</sup> Seit der Umstellung auf das 6. Zahlungsbilanzmanual wird in der Position Reiseverkehr der internationale Personentransport nicht mehr inkludiert. Die Zeitreihen sind ab dem Berichtsjahr 1995 bereinigt. Der internationale Personentransport in den Jahren 1992 bis 1995 machte pro Jahr exportseitig zwischen 600 und 800 Mio EUR und importseitig zwischen 400 und 600 Mio EUR aus.

## Reiseverkehrsquote

in % des BIP bzw. Quote in %



Quelle: WIFO, Statistik Austria, OeNB. Daten ab 1995 entsprechend dem 6. Zahlungsbilanzmanual.

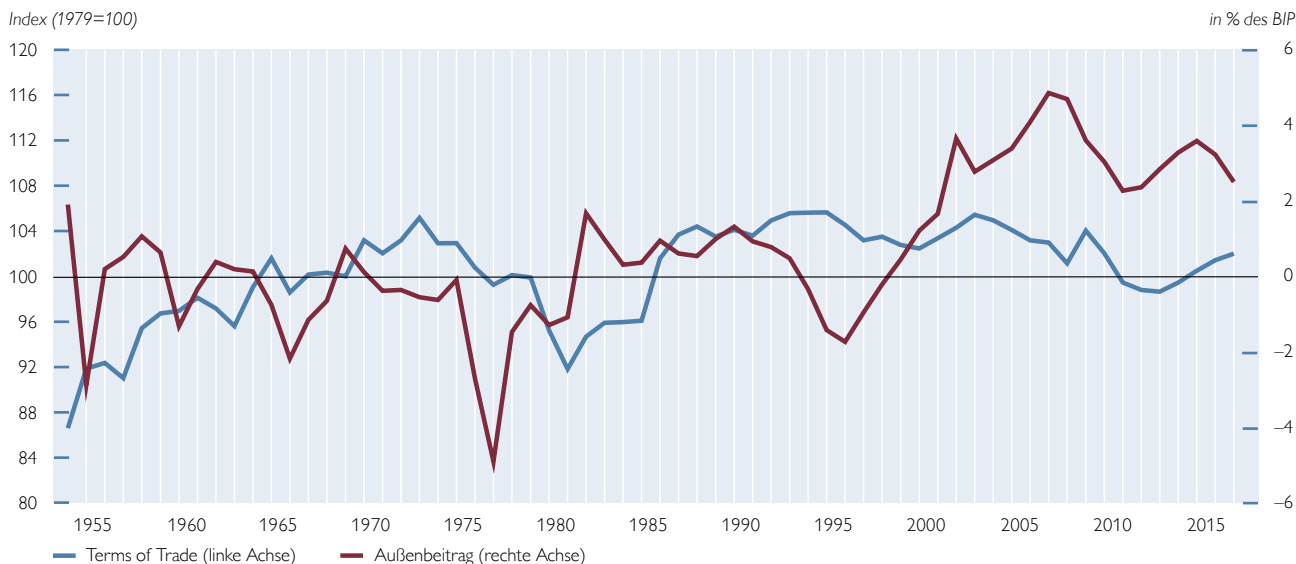
Dem Staat ist es seit 1975 nicht mehr gelungen einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo zu erreichen. Verantwortlich dafür war die vorherrschende Wirtschaftspolitik und die damit verbundenen nachfrageorientierten Stabilisierungsmaßnahmen, die rezessionsbedingt und gemeinsam mit einer hohen Inflation zu einer beträchtlichen Ausweitung der Staatsausgaben und einem dementsprechend starken Anstieg des staatlichen Finanzierungsdefizits<sup>10</sup> auf 3,8% des BIP führten. Zum Höhepunkt des Leistungsbilanzdefizits 1977 hatte sich der Finanzierungssaldo des Staats auf -2,4% des BIP stabilisiert. Der Finanzierungssaldo der Kapitalgesellschaften (Unternehmenssektor inklusive Finanzinstitute) wies hingegen im Jahr 1977 ein Defizit von 7,0% des BIP aus, das durch einen starken (zu einem nicht unwesentlichen Teil preisgetriebenen) Anstieg der Investitionen verursacht wurde. Gleichzeitig ging die Sparquote der privaten Haushalte von 13,2% auf 10,4% zurück, wodurch sich der positive Finanzierungssaldo der Haushalte von 6,4% des BIP (1976) auf 4,2% des BIP (1977) verringerte. Ein wesentlicher Grund für den gestiegenen Konsum dürften vorgezogene Käufe vor der Einführung der Luxussteuer gewesen sein.

Die zweite, durch den Krieg zwischen dem Iran und Irak bedingte, Erdölkrise führte erneut zu wirtschaftspolitischen Spannungen; die Spuren in den grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten waren jedoch bei weitem nicht so deutlich wie die der ersten Erdölkrise. Dies lag daran, dass der erneute (teils preislich bedingte) Güterimportüberhang zwar das Güterbilanzdefizit auf -6,4% des BIP im Jahr 1980 anwachsen ließ, die Dienstleistungen (inklusive Reiseverkehr) diesmal aber einen deutlich höheren positiven Beitrag in Höhe von 5,3% des BIP leisteten (1977: +1,6% des BIP).

Die zwischen 1980 und 1992 in der Literatur als „Wellblechkonjunktur“ (Buschek, 2011) bezeichnete Wirtschaftslage führte zu einer nahezu ausgeglichenen

<sup>10</sup> Finanzierungssaldo = Nettosparen + Nettovermögensübertragungen – Nettoinvestitionen. Sowohl Sparen als auch die Nettovermögensübertragungen waren negativ.

### Terms of Trade und Außenbeitrag



Quelle: WIFO, Statistik Austria, OeNB. Daten ab 1995 entsprechend dem 6. Zahlungsmanual.

Leistungsbilanz, in der die Dienstleistungen inklusive Reiseverkehr den negativen Güter- und Einkommenssaldo kompensieren konnten. Mit der Ostöffnung im Jahr 1989 wurde ein Konjunkturaufschwung eingeleitet. Der im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten hohe Anteil des Güterhandels Österreichs mit osteuropäischen Staaten (in den 1970er- und 1980er-Jahren mehr als 12% der Gesamtexporte bzw. 10% der Gesamtimporte) nahm damit weiter zu. Heute entfallen rund 20% der Ex- und Importe auf osteuropäische Staaten. Auf die Leistungsbilanz wirkte die Ostöffnung, insbesondere auf den Reiseverkehrssaldo, stimulierend. Sie leitete gleichzeitig eine Phase der Expansion der Direktinvestitionen ein. Die grenzüberschreitenden aktiven Direktinvestitionen erreichten im Jahr 1990 erstmals 1% der jährlichen Wirtschaftsleistung.

#### 1.4 Neuerliches Leistungsbilanzdefizit Mitte der 1990er-Jahre

Der Aufschwung ging 1992 zu Ende. Der Leistungsbilanzsaldo verschlechterte sich bis zum Jahr 1995 auf  $-2,9\%$  des BIP. Auf diesem Niveau verharrte das Defizit bis 1997. Hintergrund der Entwicklung waren die Wechselkursturbulenzen im Jahr 1995, wovon die Hartwährungsländer wie Deutschland, Niederlande und Österreich besonders betroffen waren. Der Konjunkturrückgang 1996 in Westeuropa sowie die vorgezogenen Käufe von dauerhaften Konsumgütern wirkten sich insgesamt negativ auf die Entwicklung der Leistungsbilanz aus. Die Terms of Trade (relative Preise) lagen 1995 nach einem deutlichen Anstieg seit Beginn der 1980er-Jahre auf einem historischen Höchstwert. Der gleichzeitige Rückgang der Güter- und Dienstleistungsexporte in Relation zu den entsprechenden Importen auf Basis der Daten der VGR zeigte sich deutlich in der Reduktion des Außenbeitrags. Ein nicht unwesentlicher Teil der Verringerung ist auf Kursgewinne des Schillings gegenüber wichtigen Handelspartnern zurückzuführen (1992–1995:  $+8\%$ ).

Die Verschlechterung des gesamtwirtschaftlichen Finanzierungssaldos ging seit 1992 zeitverzögert mit dem Rückgang des realen BIP-Wachstums einher. Das Staatsdefizit betrug im Jahr 1995  $-6,1\%$  des BIP und erreichte damit den höchsten Wert, der in der Nachkriegsgeschichte jemals gemessen wurde und sogar das Defizit in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009 überragte. Sowohl 1994 und 1995 trug der Staat durch seine prozyklische Politik und durch die Ausweitung des öffentlichen Defizits über die Wirkung der automatischen Stabilisatoren hinaus zu einer Erhöhung des Leistungsbilanzdefizits bei.<sup>11</sup> In den Folgejahren erfolgten die Budgetkonsolidierung und die Verbesserung des Leistungsbilanzdefizits im Gleichklang. Der deutliche Anstieg des Staatsdefizits im Jahr 1995 wurde durch die gegenläufige Entwicklung im Unternehmenssektor teilweise kompensiert. Der Finanzierungssaldo der finanziellen und nichtfinanziellen Unternehmen verringerte sich von  $-3,1\%$  (1994) auf  $-2,3\%$  des BIP (1995). Bei der Beurteilung der Veränderung der volkswirtschaftlichen Aggregate zwischen 1994 und 1995 sind Zeitreihenbrüche aufgrund einer Reihe von systematischen Änderungen inklusive einer geänderten Sektordefinition in der Kontenfolge der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Zahlungsbilanz in Folge der Einführung des 6. Zahlungsbilanzmanuals und des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG) 2010 zu berücksichtigen<sup>12</sup>.

### 1.5 Leistungsbilanzsaldo und Nettosparen der österreichischen Volkswirtschaft wird positiv

Knapp vor der Jahrtausendwende verbesserte sich der Leistungsbilanzsaldo deutlich. Der Außenbeitrag war zwischen 1995 und 2002 positiv; im Jahr 2002 entfielen auf ihn real 100% bzw. nominell fast 90% des Wirtschaftswachstums. Er ist daher vorwiegend ein Mengeneffekt und weniger ein Preiseffekt. Diese Entwicklung ist nicht nur auf die Inlandskonjunktur, sondern auch auf die bessere Wettbewerbssituation zurückzuführen.

Im Jahr 2002 war die Leistungsbilanz erstmals seit 1992 wieder im Plus. Die Verbesserung in Österreich fand im Umfeld einer Überschusssituation im gesamten Euroraum statt. Der Saldo in Relation zum BIP betrug  $2,1\%$  und entsprach damit fast dem Durchschnittswert der folgenden 15 Jahre. Die Verbesserung ging vorwiegend vom Außenhandel aus, wobei sich die Exporte deutlich erhöhten, während die Importe nachließen. Diese Entwicklung ist auf die deutlich höheren Nettoexporte der für den gesamten Außenhandel wichtigsten und vor allem höherwertigen Produktionskategorie Maschinen und Fahrzeuge (SITC 7<sup>13</sup>) zurückzuführen. Diese verbesserten sich gegenüber 2001 um mehr als 1% des BIP auf rund  $1,3\%$  des BIP. Damit konnten die österreichischen Exporteure neben dem bereits seit den 1960er-Jahren bestehenden Nettoüberschuss bei bearbeiteten Waren (SITC 6) auch in dieser Kategorie einen deutlichen Überschuss erzielen.

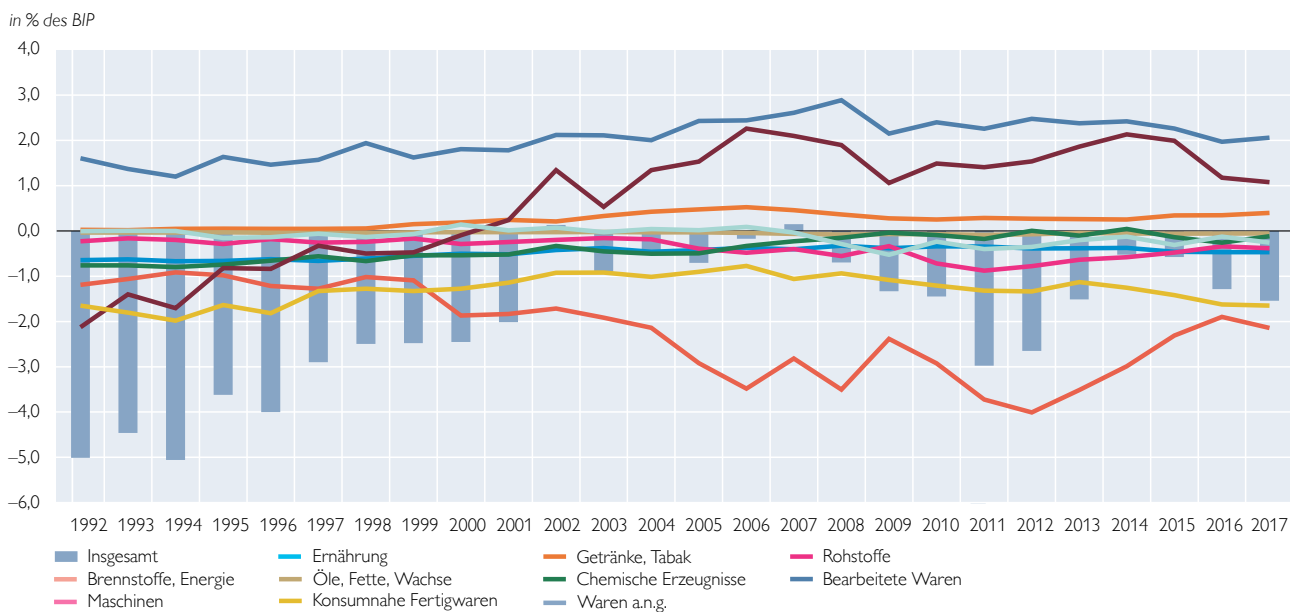
Die positive Entwicklung der Güterbilanz zwischen 1995 und 2002 ging Hand in Hand mit einer Verbesserung bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen,

<sup>11</sup> Bei der Entwicklung von Budgetdefizit und Leistungsbilanzsaldo muss zusätzlich berücksichtigt werden, dass die Sekundäreinkommen des Staatssektors durch die Beitragszahlungen in das EU-Budget negativ beeinflusst werden. Diese grenzüberschreitende Einkommenskomponente betrug 1995 (netto)  $-0,8\%$  des BIP.

<sup>12</sup> Die Rückrechnungen gehen nur bis zum Jahr 1995 zurück.

<sup>13</sup> SITC: Internationale Warenverzeichnis für den Außenhandel (Standard International Trade Classification) Rev.4, die erste Gliederungsstufe sind 10 Warenobergruppen.

### Nettoexporte/-importe im österreichischen Außenhandel



während der positive Reiseverkehrssaldo leicht abnahm. Die Korrelation der Dienstleistungen mit dem Güterhandel liegt an der wirtschaftlichen Nähe dieser Komponenten. Dies gilt für Netzwerkdienstleistungen wie Transport (deren Netto-position – ebenso wie die Güterströme – von einem Defizit in einen Überschuss drehte), technische Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Produktion sowie Forschungs- und Entwicklungsleistungen, die als Grundlage für die Produktion dienen.

Die Einkommenseite (Primär- und Sekundäreinkommen) zeigt ein etwas divergierendes Bild: Die Entwicklung des Primäreinkommens wird sehr stark von den Vermögenseinkommen determiniert. Die Verbesserung des Leistungsbilanzsaldos und dementsprechend auch der Nettovermögensposition bedeutet eine Verringerung des per saldo zu bezahlenden Vermögenseinkommens. Die Entwicklung war allerdings in den Subkategorien der Einkommensbilanz unterschiedlich. Im Fall der Vermögenseinkommen aus Direktinvestitionen spielte zum einem der anhaltende Wechsel Österreichs von einem Direktinvestitionsnehmer zu einem -geber eine Rolle, zum anderen verbesserte sich die Rendite auf das eingesetzte Kapital zunehmend zu Gunsten Österreichs<sup>14</sup>. Die Verbesserung wurde teilweise durch die starke Ausweitung der Nettoverpflichtungsposition aus verzinslichen Wertpapieren und der hohen nominellen Verzinsung kompensiert. In der Beobachtungsperiode von 1955 bis 2001 betrug der Saldo des Primäreinkommens im Durchschnitt  $-0,7\%$  des BIP, ab 2002  $+0,1\%$  des BIP. Aufgrund der Beitragszahlungen in das EU-Budget<sup>15</sup> verschlechterte sich der Saldo der Sekundäreinkommen mit dem Beitritt Österreichs zur EU. Er war im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2017 mit rund  $1\%$  des BIP pro Jahr negativ.

<sup>14</sup> Dies betrifft die Periode 2006 bis 2011.

<sup>15</sup> Im Gegenzug erhielt Österreich Subventionen, die in der Position Primäreinkommen enthalten sind.



Der zunehmend höhere Anteil von technologieintensiven Gütern und Dienstleistungen in den grenzüberschreitenden Nettoexporten macht deutlich, dass sich Österreich im letzten halben Jahrhundert von einem Technologieimporteur zu einem Technologiegeber entwickelt hat. Ausgehend von Überlegungen des IWF, die von der OECD weiterentwickelt wurden, wird versucht in einer technologischen Zahlungsbilanz, den grenzüberschreitenden Austausch von mit hoher Forschungsintensität behaftenden Gütern, technologischem Know-how und technologiebezogenen Dienstleistungen darzustellen<sup>16</sup>. In Österreich sind dies vor allem Produkte der pharmazeutischen Industrie und – wertmäßig besonders bedeutend – des Fahrzeug- und Maschinenbaus, der sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten seit 2002 mit einem Anteil von mehr als einem Drittel am Gesamtgüterhandel und an den Nettoüberschüssen wesentlich zur Entwicklung der Leistungsbilanz beiträgt. Die sogenannte Technologiedienstleistungsbilanz verbesserte sich von einer ausgeglichenen Position (1995) in einen Überschuss in Höhe von 0,3% des BIP im Jahr 2002, der bis zum Jahr 2017 auf 1% des BIP anstieg.

Das Drehen des Leistungsbilanzsaldos markiert auch einen Wendepunkt in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von Sparen und Investitionen. Die gesamtwirtschaftliche Reinvermögensbildung (Nettosparen und netto erhalten Kapitaltransfers aus dem Ausland) nahm zwar von 7,6% des BIP im Jahr 2001 auf 9,1% des BIP im Folgejahr markant zu, blieb aber im langfristigen Vergleich mit 8,9% nahezu unverändert. Hingegen gingen die realwirtschaftlichen Nettoinvestitionen von bisher durchschnittlich 10,1% ab dem Jahr 2002 auf durchschnittlich 6,6% des BIP zurück. Im Jahr 2002 war die inländische Absorption durch Investitionen (insbesondere des Unternehmenssektors) um 1,5 Prozentpunkte in Relation zum BIP geringer als im Jahr 2001, während der Konsum konjunkturbedingt zunahm. Insgesamt erhöhten sich dadurch die Nettoexporte in diesem Jahr markant. Der Finanzierungssaldo der Haushalte blieb (noch) stabil und die Sparquote lag 2002 mit 9,4% leicht unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Völlig anders war die Entwicklung der (nichtfinanziellen) Unternehmen, deren Finanzierungsdefizit sich von durchschnittlich –3,7% des BIP in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre auf –0,9% des BIP im Jahr 2002 verbesserte. Dieser deutlich geringere Finanzierungsbedarf blieb auch in den Folgejahren bestehen, da die Nettoinvestitionen (also ohne steigende Ersatzinvestitionen) in Relation zum Wirtschaftswachstum deutlich geringer wuchsen als in der Periode vor 2002 und die Ersparnisbildung in Relation zum Wirtschaftswachstum deutlich zunahm. Einzig der Staat zeigte im 2002 eine Kontraktion zur Verbesserung der Finanzierungssalden des privaten Sektors. Bedingt durch eine geringere Ersparnis erhöhte sich das Finanzierungsdefizit nach einer Konsolidierungsphase bis zum Jahr 2001 (0,7% des BIP) wieder auf 1,4% des BIP.

In den Folgejahren war ein weiterer Anstieg des Überschusses bis zum Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise zu verzeichnen. Vor allem der positive Gütersaldo stieg bis zum Jahr 2007 auf +1,4% des BIP an, getrieben von den positiven Entwicklungen in den Warengruppen „bearbeitete Waren“ und „Maschinen und Fahrzeuge“. Diese Exportsteigerungen überkompensierten den starken Anstieg der Importe von Brennstoffen und Energie, für die sich die Ausgaben gegenüber 2003

<sup>16</sup> Dazu zählen insbesondere Güter im Luft- und Raumfahrzeugbau, in der pharmazeutischen Industrie, elektronische Nachrichtentechnik, Feinmechanik und Optik, Elektrotechnik, Fahrzeugbau und chemische Produkte, Dienstleistungen im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung, Lizenzen, Transaktionen mit Handelsmarken, Computerdienstleistungen sowie Architektur-, Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen.

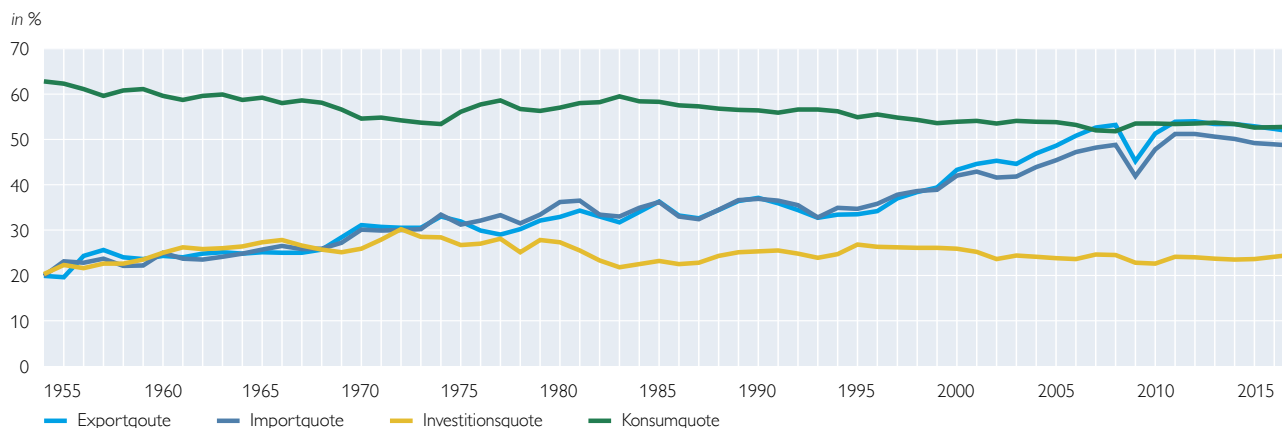
mehr als verdoppelten. Sowohl der positive Saldo der unternehmensbezogenen Dienstleistungen als auch der des Reiseverkehrs zeigten bis ins Jahr 2008 weitere Anstiege und erreichten einen Wert von 1,8% bzw. 2,4% des BIP. Die positive Entwicklung der Güter und Dienstleistungen fand vor dem Hintergrund der starken Konjunktur statt. Die Zuwachsraten des realen BIP erhöhten sich bis auf 3,7% (2007) und lagen damit um 0,7 Prozentpunkte über der aktuellen Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2017.

### **1.6 Aktuelle Entwicklungen nach der Wirtschafts- und Finanzkrise**

Im Zuge der Finanzkrise kam es (beginnend ab 2009) zu einem starken Rückgang der Exporte und Importe, wobei die Auswirkungen im Güterhandel (bei den Exporten ausgeprägter als bei den Importen) deutlich stärker zu spüren waren als bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen und im Reiseverkehr. So gingen beispielsweise die Güterexporte im Jahr 2009 um 20% zurück, während die Dienstleistungsexporte um 9% nachgaben. Dieser schwächere Rückgang war der relativ stabilen Entwicklung der wissensbasierten Dienstleistungen zu verdanken, die dem Konjunkturreinbruch teilweise trotzen konnten und nur um 6% gegenüber dem Vorjahr zurückgingen. Der Abschwung in dieser Kategorie war somit weniger stark und auch kürzer als jener im Güterverkehr. Ab dem Jahr 2011 pendelte sich der Leistungsbilanzüberschuss wieder in der Größenordnung von rund 2% des BIP ein. Der Index für die relativen Preise (Terms of Trade) sank 2011 erstmals seit 1985 unter 100. Bis zum Jahr 2017 kletterte der Index wieder auf 102 Punkte. Insgesamt schloss die Leistungsbilanz 2017 mit einem vorläufigen Ergebnis von 1,9% des BIP bei einem nominellen Wirtschaftswachstum von 4,5% (real 2,9%). Sowohl die Exporte als auch die Importe hatten Zuwachsraten von rund 8%. Im Saldo blieb der nominelle Beitrag mit 0,2 Prozentpunkten deutlich hinter den Beiträgen vergleichbarer Perioden mit hohem Wirtschaftswachstum in den letzten 20 Jahren zurück.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise markierte einen weiteren Wendepunkt in der sektoralen Zusammensetzung der Finanzierungssalden, wenngleich das Gesamtergebnis und damit der positive Leistungsbilanzsaldo nahezu unverändert blieb. Der Finanzierungssaldo der nichtfinanziellen Unternehmen blieb in den Folgejahren im Durchschnitt nahe bei null, die Schwankungen bewegten sich zwischen -1,0% und +2,3% des BIP. Der Finanzsektor hatte einen kontinuierlichen Finanzierungsüberschuss von 1,6% des BIP, der sich 2017 auf rund 1,0% des BIP reduzierte. Der Staat konnte seine krisenbedingt hohen Defizite der Jahre 2009 (-5,3%) und 2010 (-4,4%) in den Folgejahren deutlich reduzieren; 2017 betrug das Defizit -0,7%. Hingegen verloren die Haushalte nach 2008 sukzessive ihre führende Rolle als Nettokapitalgeber. Aufgrund des deutlich geringeren Wachstums der Einkommen bei (relativ) konstantem Konsumwachstum verringerte sich die Ersparnisbildung der Haushalte laufend. Die Sparquote fiel von 2009 bis 2017 beinahe kontinuierlich von 11,4% auf aktuell 6,4% und markierte damit einen Tiefpunkt der letzten vierzig Jahren (der nur in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre nachkriegsbedingt unterboten wurde). Da die realwirtschaftlichen Investitionen in Relation zum BIP konstant wuchsen (nicht zuletzt aufgrund des steigenden Interesses an Immobilien als Wertanlage bei niedrigen Zinsen und steigenden Immobilienpreisen), verringerte sich der Finanzierungsüberschuss auf den historisch niedrigen Wert von 1,8% des BIP (fast 3 Prozentpunkte unter dem Durchschnittswert der letzten vierzig Jahre).

### Außenwirtschaftliche Orientierung der Nachfragekomponenten der Wirtschaftsleistung



Das starke Wachstum der wirtschaftlichen Außenverflechtung in den letzten sechzig Jahren zeigt die Entwicklung der Export- und Importquote<sup>17</sup>: Diese lagen Mitte der 1950er-Jahre bei rund 20% und erhöhten sich bis zum Jahr 2017 auf über 50%.

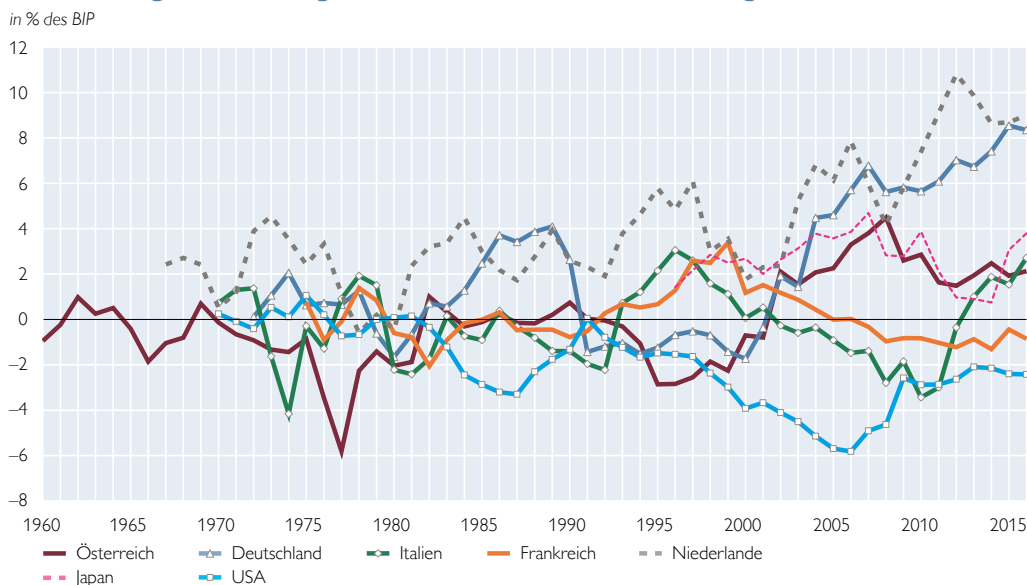
#### 1.7 Internationaler Vergleich

Die Leistungsbilanzentwicklung Österreichs ist aufgrund der starken wirtschaftlichen Verflechtungen eng mit Deutschland verknüpft. Dies ist sowohl auf die wechselseitigen Güter- und Dienstleistungsexporte als auch auf die große Bedeutung der hohen Reiseverkehrseinnahmen aus Deutschland für Österreich zurückzuführen. 2017 entfielen 33% der Exporte und 35% der Importe auf Deutschland. Neben den realwirtschaftlichen Verflechtungen spielen auch die wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten eine Rolle: 16% des gesamten Auslandsvermögens und 25% der Auslandsverbindlichkeiten entfielen auf Deutschland.

Dennoch sind die Entwicklungen in Deutschland und Österreich in den letzten Jahren, insbesondere nach der Finanzkrise, unterschiedlich. Während Deutschland seit der Jahrtausendwende sukzessive einen – international beachteten – hohen Leistungsbilanzüberschuss erwirtschaftete, verharrt Österreichs Leistungsbilanzüberschuss seit 2002 auf einem relativ konstanten Niveau in Relation zum BIP. In Deutschland ist dies zum überwiegenden Teil auf eine Steigerung der Nettoexporte von Gütern, aber auch auf eine Erhöhung des Primäreinkommens (aus dem steigenden Nettovermögen gegenüber dem Ausland) zurückzuführen. Hingegen resultierte die Verbesserung in Österreich fast ausschließlich aus einer Steigerung der Nettoexporte von Gütern. Italien, neben Deutschland, einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs, verlor nicht zuletzt aufgrund der Einführung des Euro die Möglichkeiten die Währung abzuwerten, die in der Vergangenheit die Exporte beflügelte. Seit 2010 nahmen die Güterexporte in Italien wieder an Fahrt auf und das Wachstum der Importe verlangsamte sich. Dies führte zu deutlich gestiegenen Nettoexporten in Relation zum BIP und damit einer Verringerung des gesamt-

<sup>17</sup> Die Export- bzw. Importquote definiert sich durch die Exporte bzw. Importe im weiteren Sinn in Relation zum BIP.

### Entwicklung der Leistungsbilanzen im internationalen Vergleich



wirtschaftlichen Finanzierungsbedarfs. 2016 entsprach der Finanzierungsüberschuss Italiens jenem Österreichs.

Die tendenzielle Verbesserung des Leistungsbilanzsaldos in Relation zum BIP zeigte sich in der Mehrzahl der EU-Länder. Während in der Periode von 2006 bis 2008 acht Länder einen Überschuss (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Luxemburg, die Niederlande, Österreich und Schweden) hatten, so waren es von 2013 bis 2015 bereits 19 Länder<sup>18</sup>. Die Verbesserung betrug im Durchschnitt aller EU-Länder rund 6% des BIP (allerdings mit sehr hohen Schwankungsbreiten) und ist in der Mehrzahl der Länder auf ein stärkeres Wachstum der Exporte gegenüber den Importen zurückzuführen. Selbst die Mehrzahl der Defizitländer verringerten ihre Defizite auf rund 1% des BIP. Einzige – für das EU-Aggregat gewichtige – Ausnahme von dieser generellen Entwicklung war das Vereinigte Königreich. Im Vereinigten Königreich stieg das deutliche Leistungsbilanzdefizit des Zeitraums von 2006 bis 2008 sogar noch um mehr als die Hälfte bis zur Periode 2013–2015.

Die EU-Kommission beobachtet makroökonomische Ungleichgewichte und definiert außenwirtschaftliche Ungleichgewichte in ihrem Kennzahlenset unter anderem anhand von Leistungsbilanzüberschüssen bzw. -defiziten von mehr als +6% bzw. -4% des BIP. Entsprechend dieser Kennzahlen weisen nur fünf EU-Mitgliedstaaten ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht auf, davon drei aufgrund der Überschreitung der oberen Bandbreite und zwei aufgrund der Unterschreitung der unteren Bandbreite.

<sup>18</sup> Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Italien, Litauen, Kroatien, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik und Ungarn.

## 2 Grenzüberschreitende Kapitaltransaktionen und daraus resultierende Vermögensbestände bzw. Verpflichtungen als Spiegelbild der realwirtschaftlichen Entwicklungen

### 2.1 Deutliche Expansionsschritte der Banken ab der Mitte der 1970er-Jahre

Der Leistungsbilanzsaldo (inklusive den Vermögensübertragungen) als realwirtschaftlicher Finanzierungssaldo spiegelt sich (theoretisch<sup>19</sup>) im finanziellen Finanzierungssaldo in der Kapitalbilanz wider und bildet den Saldo der Geldvermögensbildung abzüglich der Finanzierung der einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren ab. Die Kapitalbilanz wird nach funktionalen Finanzierungsströmen<sup>20</sup> untergliedert, während der finanzielle Teil der VGR, die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung (GFR), nach Finanzierungsinstrumenten gegliedert ist.

Für die Periode von 1955 bis 1976 stehen nur sehr rudimentär erhobene Daten zur Kapitalbilanz zur Verfügung. Eine funktionale Gliederung ist erstmals für das Referenzjahr 1977 verfügbar. Die Nettokapitalströme machten in Summe nur 0,2 % des BIP aus. Die grenzüberschreitenden Vermögensbestände und Verpflichtungen wurden ebenfalls für das Jahr 1976 erstmals erhoben. Die Finanzaktiva lagen bei 37% des BIP, die Verpflichtungen gegenüber dem Ausland bei rund 39% des BIP.

Die grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen von 1976 bis zu den Anfängen der 1990er-Jahre erfolgten in zwei Wellen: Die erste und stärkere Zunahme war zwischen 1976 und 1983/84 auszumachen, die zweite Welle mit geringeren Steigerungen zwischen 1987/88 und 1991. Diese erklären sich durch das verstärkte Engagement der Banken bei der Vergabe von Auslandskrediten für Exportvorhaben inländischer Unternehmen, die Globalisierung auf den Finanzmärkten, die Finanzierung der zunehmenden Staatsschuld im Ausland, das verstärkte Cash-Management multinationaler Konzerne und die Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen als Ausdruck des verstärkten grenzüberschreitenden Marktzutrittes.

Die Zunahme grenzüberschreitender Kapitalbewegungen wurden nicht zuletzt durch Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen getrieben. Die OeNB unterstützte die zunehmende Verflechtung des Kapitalverkehrs mit dem Ausland durch sukzessive Liberalisierungsschritte<sup>21</sup> im Kapitalverkehr zwischen 1981 und 1991. Auch die Neufassungen des Kreditwesengesetzes, die eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit zu Universalbanken und die Gründung von Auslandsfilialen erlaubten (1979) bzw. die die Eigenkapitalquote regelten (1979 und 1986), schlugen sich in expandierenden Auslandsverflechtung nieder.

<sup>19</sup> In der Praxis gibt es einen Unterschied der als statistische Differenz bezeichnet wird. Deren Größenordnung und Richtung gewinnt in der Beurteilung der Qualität der Zahlungsbilanzdaten zunehmend an Bedeutung und wird sowohl von Eurostat als auch von der Europäischen Zentralbank als Qualitätsindikator analysiert. Zwischen 1954 und 2017 ist die statistische Differenz nicht bedeutend, ihre Schwankungsbreite bewegt sich in einzelnen Jahren in der Regel um  $\pm 1\%$  des BIP. Damit kann eine Überleitung der realwirtschaftlichen Entwicklungen auf grenzüberschreitende Kapitalbewegungen vorgenommen werden.

<sup>20</sup> Direktinvestitionen: (strategisch erworbene) Anteilsrechte und konzerninterne Fremdkapitalfinanzierungen in Form von Krediten, Handelskrediten und verzinslichen Wertpapieren; Portfolioinvestitionen: (veranlagungsorientiert erworbenen) verzinsliche Wertpapiere, Aktien und Investmentzertifikate; Sonstige Investitionen: (nicht konzerninterne) Einlagen, Kredite, Handelskredite und sonstige Vermögensarten; Finanzderivate: als Wertpapiere emittierte Optionen, OTC-gehandelte Swaps, Forwards und Futurekontrakte.

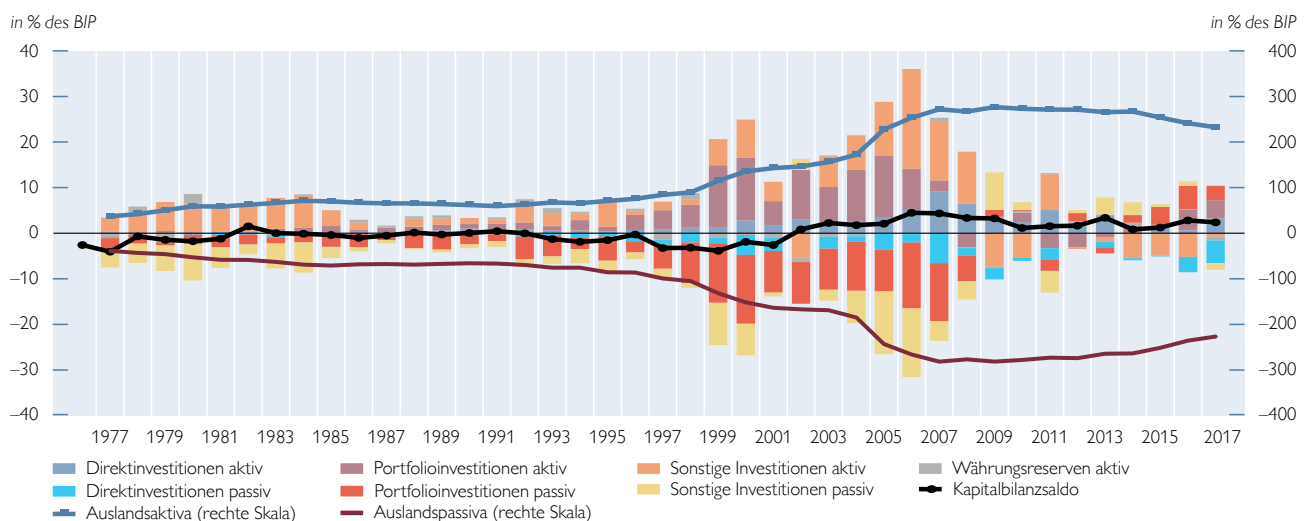
<sup>21</sup> 1981: Liberalisierung der Veranlagungen von Ausländern in Österreich; 1987: Liberalisierung des Erwerbs ausländischer Wertpapiere durch Inländer, Freigabe von Fremdwährungskrediten; 1989: Freigabe des langfristigen Kapitalverkehrs (z. B. Direktinvestitionen im Ausland, Erwerb ausländischer Liegenschaften, Freigabe nicht spekulativer Termingeschäfte); 1990: Freigabe sämtlicher Transaktionen, die über eine inländische Bank abgewickelt werden; 1991: vollständige Liberalisierung (Führen von Auslandskonten und der Direkterwerb von Wertpapieren im Ausland).

Die Kapitalströme betragen zwischen 1976 und dem Auslaufen der Kapitalverkehrscontrollen 1991 durchschnittlich 5% des BIP auf der Aktivseite und waren durch grenzüberschreitende Einlagen und Kredite geprägt (kumuliert rund 55% des BIP). Deutlich verhaltener war das Engagement in ausländischen Anleihen und Aktien (mit rund 10% des BIP). Eine größere Bedeutung bekamen diese erst durch das zunehmende Interesse von institutionellen Anlegern aufgrund des relativ engen inländischen Kapitalmarkts und der ersten Wertpapierverbriefungen zu Beginn der 1990er-Jahre.<sup>22</sup> Auf der Passivseite waren die Nettokapitalimporte noch höher. Sie waren ebenfalls von sehr hohen Transaktionen bei Einlagen und Krediten bestimmt (kumuliert 48% des BIP). Daneben spielten verzinsliche Wertpapiere eine wesentliche Rolle (32% des BIP). Die Nettokapitalimporte dieser Periode korrelieren damit fast vollständig mit den Leistungsbilanzdefiziten.

Die treibende Kraft für die Expansion auf der Aktiv- und (etwas stärker auf der) Passivseite waren die Kreditinstitute. Diese hatten 1976 einen Anteil an der Bruttovermögensposition von rund 35% aktivseitig und 48% passivseitig. Damit betrug der Anteil des Auslandsgeschäftes rund 13% der Bankenbilanzsumme. Das Ende der 1970er-Jahre und der Beginn der 1980er-Jahre war durch den Ausbau der Kreditinstitute zu Universalbanken inklusive der Gründung von Auslandsfilialen geprägt. Beides wurde durch das KWG 1979 begünstigt. Diese Entwicklung hatte nachhaltige Auswirkungen auf den Auslandsanteil der Bilanzsumme sowie der Bruttovermögensposition, da die Kreditinstitute ihr Auslandsgeschäft in dieser Zeit kontinuierlich steigerten. Der Auslandsanteil an der Bruttovermögensposition betrug 1983 rund 60%, an der Bankenbilanzsumme rund 20%. Danach wuchsen die Auslandsaktiva und -passiva der Kreditinstitute im Vergleich zur ersten Hälfte weniger schnell, nachdem zwischen 1985 und 1987 fast eine Stagnation eintrat.

Grafik 7

### Grenzüberschreitende Kapitaltransaktionen



Quelle: Statistik Austria, OeNB, Kapitalbilanztransaktionen ohne SPE-Transaktionen. Daten ab 1995 entsprechend dem 6. Zahlungsbilanzmanual.

<sup>22</sup> Die Vorgangsweise der Wertpapierverbriefung wurde immer öfter gewählt. Ausgangspunkt dafür war der Brady-Plan mit der Umschuldung von Krediten gegen Wertpapiere für Mexiko im Jahr 1990; siehe auch „World Debt Tables“ der Weltbank (Ausgabe 1993-94)

Diese moderaten Kapitalbewegungen fanden vor dem Hintergrund der eher verhaltenen „Wellblechkonjunktur“ statt.

Ende des Jahres 1991 – mit Beginn des völlig freien grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs aufgrund der vollständigen Liberalisierung des Devisengesetzes – hatten die Kreditinstitute einen Anteil von rund 60% an der grenzüberschreitenden aktiv- bzw. passivseitigen Bruttovermögensposition. Die grenzüberschreitenden Aktiva machten rund 17% der Bilanzsumme aus, die grenzüberschreitenden Passiva rund 20%. Mit ihrem hohen Auslandsteil konnten die Kreditinstitute ihre wichtige Rolle als Akteure verteidigen, trotzdem wuchs, ungeachtet einer weiteren Öffnung der Kapitalmärkte und einer verstärkten Auslandsrefinanzierung in Form von Wertpapieren, die Inlandskomponente der Bankenbilanzsumme Anfang der 1990er-Jahre schneller als die Auslandskomponente. Maßgebliche Gründe für die schwächere Nettoausweitung der Auslandsaktiva dürften einerseits Umschuldungen gewesen sein, die zu Forderungsverzichten führten. Andererseits bremste die starke Abwertung des US-Dollars gegenüber dem Schilling seit dem Höchststand im Jahre 1984 (22,05 Schilling je US-Dollar) die Entwicklung der Auslandsaktiva und -passiva.

Neben den Banken spielte in dieser Phase vor allem der Bund als wichtigste Einheit des Zentralstaat seine wesentliche Rolle bei der grenzüberschreitenden Finanzierung, wobei die Wertpapieremissionen eine besondere Bedeutung hatten. Insbesondere während der Ausweitung des Staatsdefizits vor dem Hintergrund der starken Leistungsbilanzverschlechterung Ende der 1970er-Jahre wurde die Auslandsfinanzierung stark ausgebaut und erreichte rund 30% der gesamten Staatsverschuldung. Bundesanleihen wurden zu Beginn der 1990er-Jahre mit höherem Volumen und damit ausreichender Liquidität<sup>23</sup> für Auslandsinvestoren begeben und boten attraktive Wertpapierrenditen in einem Nebenmarkt bei geringem Wechselkursrisiko.

Direktinvestitionen, die als Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit eines Standorts dienen<sup>24</sup>, spielten Mitte der 1970er-Jahre noch keine Rolle. Sie betrug auf der Aktivseite nur 2% der gesamten Auslandsposition und auf der Passivseite immerhin 12%. Ausgehend von diesen relativen niedrigen Anteilen begannen Österreichs aktive Direktinvestitionen einen bemerkenswerten Aufholprozess. Maßgebliche Faktoren dafür waren die Ostöffnung, die von österreichischen Unternehmen genutzt wurde und das intensiviertere Konzern-Clearing mittels Termingeldern und Krediten, das sowohl auf der Aktiv- und Passivseite in den letzten Jahren zunahm. Daneben spielte die völlige Devisenliberalisierung eine wesentliche Rolle. Die leichte Erhöhung der Währungsreserven in Relation zum BIP spielte in der Beobachtungsperiode von 1976 bis zum EU-Beitritt 1995 für die grenzüberschreitenden Kapitalströme keine Rolle.

## 2.2 EU-Beitritt und Einführung des Euro als Triebfeder der Expansion

Mit dem EU-Beitritt und insbesondere mit der Einführung der gemeinsamen Währung Euro im Jahr 1999 beschleunigten sich die grenzüberschreitenden Kapitaltransaktionen dramatisch. Bis zur Jahrtausendwende stiegen beispielsweise die grenzüberschreitenden Nettokäufe ausländischer Wertpapiere auf bis zu 13% des BIP

<sup>23</sup> Aufnahme österreichischer Staatspapiere in internationale Rentenindizes (siehe auch Berichte & Studien 3/1993).

<sup>24</sup> Dies ist zunehmend schwieriger zu argumentieren, da wirtschaftlich inaktiven Holdinggesellschaften, Pass-through-Aktivitäten und Einzelfälle, wie 2016 die Restrukturierung des UniCredit-Konzerns, die Aussagekraft reduzieren.

pro Jahr. Die notwendigen Portfolioallokationen insbesondere der institutionellen Anleger (Investmentfonds, Versicherungen und indirekt der Pensionskassen) waren ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung. So stieg beispielsweise der Besitz von ausländischen Anleihen zwischen 1995 und 2000 um das Fünffache und erreichte 50% des gesamten Marktwertes aller von institutionellen Investoren gehaltenen Anleihen. Auf der Passivseite waren die anhaltenden Verkäufe von Wertpapieremissionen der Banken und des Bundes an ausländische Gläubiger dominierend. Der Auslandsbesitz inländischer Bankemissionen stieg zwischen 1995 und 2000 von 37% auf 50%, jener für Staatsanleihen von rund 40% auf knapp unter 60%<sup>25</sup>. Daneben spielten Privatisierungen – wesentlich vorangetrieben durch das ÖIAG-Gesetz 2000<sup>26</sup> – eine wichtige Rolle für das verstärkte ausländische Engagement in inländischen Wertpapieren, sowohl im Streubesitz (und damit in den Portfolioinvestitionen sichtbar) als auch in Form von strategischen Beteiligungen (und damit den Direktinvestitionen zuzuordnen). Die Dotcomkrise sorgte hier nur für eine kurze Unterbrechung. Vor der Finanzkrise im Jahr 2008 verzeichneten die Auslandstransaktionen auf der Aktiv- und Passivseite Höchstwerte, die die Nettotransaktionen vor der Jahrtausendwende übertrafen. Zusätzliche Dynamik schufen bis zur Finanzkrise die hohen Transaktionswerte bei Einlagen und Krediten, die aktiv- als auch passivseitig bis zu 20% des BIP erreichten. Getrieben wurde diese Entwicklung zu einem nicht unwesentlichen Teil vom grenzüberschreitenden Interbankengeschäft.

Ausgehend von ersten höheren Auslandstransaktionen Ende der 1980er-Jahre (nicht zuletzt aufgrund der Ostöffnung) und zunehmender weltweiter Beteiligungstransaktionen stiegen die Direktinvestitionen von und nach Österreich bis zur Jahrtausendwende stark an und erreichten aktivseitig 2,8% des BIP bzw. passivseitig 4,4%. Noch deutlichere Steigerungen waren bis zur Finanzkrise feststellbar. Dies lag daran, dass ab dem Jahr 2005 Zweckgesellschaften (sog. Special Purpose Entities, SPEs) als sogenannte „Pass-through-Einheiten“<sup>27</sup> in Österreich aktiv wurden und dass österreichische und ausländisch dominierte Unternehmen aufgrund der verbesserten Konjunktur verstärkt Direktinvestitionen tätigten. Zwischen 2000 und 2008 gingen mehr als 50% aller neuen Direktinvestitionen in CEESEE-Staaten; in den Jahren 2007 und 2008<sup>28</sup> waren die Direktinvestitionsflüsse besonders stark. Sowohl nichtfinanzielle Unternehmen als auch Banken spielten eine wesentliche Rolle. Bei den passiven Direktinvestitionen dominierten Beteiligungen von Euroraum-Ländern.

Die Bedeutung der Auslandverflechtungen Österreichs zeigt sich in der Relation von Auslandsvermögen bzw. –verpflichtungen zur Wirtschaftsleistung bzw. zum Gesamtvermögen. Ende 2008 betragen das – als Internationalisierungsquote definierte – Auslandsvermögen 267% des BIP bzw. die Auslandsverpflichtungen

<sup>25</sup> Die Daten zu den Staatsanleihen basieren auf der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung. In dieser Statistik werden die Daten nicht konsolidiert und zu Marktwerten ausgewiesen. Die Anteile können daher gegenüber der budgetären Notifikation abweichen.

<sup>26</sup> Bis zum Jahr 2000 wurden bereits Anteile unter anderem der OMV, VA Technologie privatisiert. Im Jahr 2000 bzw. danach erfolgten die (weitere) Privatisierungen u.a. Böhler Uddeholm, VA Technologie AG, voestalpine AG, Telekom AG.

<sup>27</sup> Bei „Pass-through-Einheiten“ handelt es sich um Zweckgesellschaften in Konzernen, die im Sitzland keine oder keine nennenswerte Wertschöpfung erreichen und eingenommenes Direktinvestitionskapital innerhalb des Konzerns in anderen Ländern als Direktinvestitionen platzieren.

<sup>28</sup> Die regionale Verteilung basiert auf Daten nach dem sogenannten „directional principle“. Sie beinhalten keine Daten zu SPEs.



277% des BIP und repräsentierten damit jeweils knapp ein Drittel des gesamten Vermögens bzw. der Verpflichtungen Österreichs. Diese Höchststände wurden bis 2017 nicht mehr erreicht.

Die Finanzkrise hinterließ deutliche Strukturbrüche in der grenzüberschreitenden Finanzierungsstruktur. Insbesondere die Reduktion der Bilanzsumme der Banken führte zu einer deutlichen Reduktion der Auslandstransaktionen auf beiden Bilanzseiten. Darüber hinaus wurden ausländische Wertpapiere erstmals in der 40-jährigen Beobachtungsperiode netto verkauft. Auf der Passivseite standen Banken erstmals wieder auf der Käuferseite für inländische Staatsanleihen, was deren Auslandsbesitz reduzierte. In den letzten Jahren setzten die Auslandsinvestitionen, insbesondere der institutionellen Anleger auf den internationalen Kapitalmärkten wieder ein, gleichzeitig führte die Verringerung des Umlaufvolumens von – vorwiegend im Auslandsbesitz befindlichen – Bankanleihen aufgrund von Nettotilgungen und des Ankaufprogramms von Bundesanleihen der EZB im Rahmen des Quantitative Easing (durchgeführt von der OeNB) zu erheblichen Nettokapitalexporten. Zwischen 2015 und 2017 betrug diese 15,5% des BIP. Darüber hinaus war die Reorganisation des Beteiligungsmanagements der UniCredit-Gruppe, zu der die Bank Austria zählt, wesentlich für die abnehmenden Direktinvestitionsflüsse. Der Rückzug der Bank Austria aus dem Osteuropa-Geschäft und die damit zeitgleich erfolgte Reduktion der Beteiligung der italienischen Mutter führte 2016 zu einem Rückgang der aktiv- und passivseitigen Direktinvestitionstransaktionen um rund 3% des BIP. Die grenzüberschreitenden Vermögensbestände (aktiv- bzw. passivseitig) beliefen sich Ende 2017 auf rund 30% der gesamten Vermögensposition Österreichs. Das entspricht dem rund 2,3fachen der Wirtschaftsleistung von 2017.

### 3 Schlussfolgerungen

Die österreichische Volkswirtschaft hat sich in den letzten 60 Jahren sehr stark auslandsorientiert. Die Ex- bzw. Importe lagen 2017 jeweils bei über 50% des BIP und damit in der Höhe der privaten Konsumausgaben. 1955 lagen die Export- und Importquote noch bei jeweils 20 Prozent. Bis zum Jahr 2002 waren die Importe tendenziell höher als die Exporte, sodass Österreich bis dahin Leistungsbilanzdefizite von durchschnittlich 0,8% des BIP pro Jahr verzeichnete. Insbesondere in zweiten Hälfte der 1970er-Jahre und Mitte der 1990er-Jahre war das Leistungsbilanzdefizit ausgeprägt. Seit 2002 hat Österreich einen Leistungsbilanzüberschuss von durchschnittlich 2,4% des BIP verzeichnet. Maßgeblich für diese Entwicklung waren die deutlich höheren Güterexporte, die im Durchschnitt der letzten 15 Jahre dazu führten, dass der Gütersaldo ausgeglichen war. Die grenzüberschreitende Nettovermögensposition gegenüber dem Ausland drehte dadurch von einer Verpflichtungsposition in eine Forderungsposition. Der Expansion der realwirtschaftlichen Bruttoströme folgten auch die grenzüberschreitenden Finanztransaktionen. Die grenzüberschreitenden Vermögensbestände erreichten ein Volumen des 2,3-fachen des BIP. Jeder dritte Euro des gesamten Finanzvermögens aller inländische Akteure war zum Jahresende 2017 in ausländischen Vermögenswerte platziert.

Analysiert man den Leistungsbilanzsaldo als gesamtwirtschaftlichen Finanzierungssaldo, der sich aus der Differenz zwischen gesamtstaatlichen Sparen und Investitionen ergibt, so zeigt sich für Österreich, dass – im Gleichklang mit der Verbesserung des Leistungsbilanzsaldos ab dem Jahr 2002 – die Investitionen relativ zur Ersparnisbildung weniger stark gewachsen sind. In einer sektoralen Gliederung

der Spar- und Investitionstätigkeiten war die Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Finanzierungssaldos insbesondere auf Entwicklung des Unternehmenssektors zurückzuführen.

### Anhang 1: Erläuterungen zu den Daten der Zahlungsbilanz<sup>29</sup>

Die Zahlungsbilanz gliedert sich in zwei Hauptteile: in einen realwirtschaftlichen – die Leistungsbilanz (und Vermögensübertragungen) – und in einen finanzwirtschaftlichen Teil – die Kapitalbilanz. Entsprechend dem Bilanzprinzip wird jede Transaktion doppelt gebucht, sodass realwirtschaftliche Transaktionen ihren Niederschlag in der Leistungsbilanz und spiegelbildlich in der Kapitalbilanz finden.

Die *Leistungsbilanz* setzt sich aus vier Teilaggregaten zusammen: Güter-, Dienstleistungs-, Einkommens- und Transferbilanz<sup>30</sup>. Primäre Datenquelle des Güterverkehrs ist in Österreich die Außenhandelsstatistik, die die Ein- und Ausfuhren von Waren an der österreichischen Grenze erfasst. Zum Zweck der Zahlungsbilanz werden die Ergebnisse um Transport- und Versicherungsbestandteile bereinigt bzw. um Hilfs- und illegale Lieferungen ergänzt. Die prominenteste Kategorie im Dienstleistungsverkehr ist in Österreich der Reiseverkehr. Darüber hinaus werden eine Vielzahl an unternehmensbezogenen Leistungsarten erfasst, unter anderem der Frachten- und Personentransport, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen, technische und kaufmännische Dienstleistungen, Patente, Lizenzen und Bauleistungen. Die Einkommensbilanz erfasst zum einen grenzüberschreitende Erwerbseinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit von Grenzgängern und Saisoniers, zum anderen Vermögenseinkünfte aus Finanztransaktionen. Dazu zählen Dividenden, Zinsen und Gewinnausschüttungen aus grenzüberschreitenden Investitionen bzw. Finanzierungen, die in der Kapitalbilanz abgebildet werden. Damit besteht ein weiterer, enger Zusammenhang zwischen Leistungsbilanz und finanzwirtschaftlichen Transaktionen. Laufende Transfers betreffen wiederkehrende Transaktionen zwischen In- und Ausländern ohne unmittelbare wirtschaftliche Gegenleistung. Dazu zählen Steuern und Subventionen, Zahlungen zwischen Österreich und EU-Institutionen, Gastarbeiterüberweisungen sowie Leistungszahlungen von Versicherungen.

Zusammen mit den Vermögensübertragungen ergibt die Leistungsbilanz den sogenannten *Finanzierungssaldo*, der buchhalterisch der (transaktionsbedingten) Veränderung der Nettoforderungen Österreichs gegenüber dem Ausland entspricht.

Der volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechend – insbesondere im Hinblick auf die Leistungsbilanz Österreichs – ist der *Reiseverkehr* gesondert erläutert. Die Einnahmenseite umfasst den Wert aller Güter und Dienstleistungen, die Ausländer im Zuge ihrer Reise in Österreich erwerben, unabhängig vom Zeitpunkt der Bezahlung. Für die Ausgabenseite gilt das vice versa. Auch die unentgeltliche Inanspruchnahme von Dienstleistungen, etwa die Eigennutzung von Zweitwohnungen im Ausland ist zu berücksichtigen. Seit dem Jahr 1992 wird die Position „internationaler Personentransport“ gesondert ausgewiesen und zählt nicht mehr zum „Reiseverkehr“ im engeren Sinne. Wichtigster Bestandteil des internationalen Personentransports ist der Flugverkehr, während die Ausgaben für die Reise mit

<sup>29</sup> Mehr Details finden sich im Handbuch zur Erstellung der Zahlungsbilanz und Internationalen Vermögensposition auf der Website der OeNB: <https://www.oenb.at/Statistik/Meldewesen/Neues-zur-Zahlungsbilanz/Zahlungsbilanzstatistik-Methoden.html>.

<sup>30</sup> Letztere beiden heißen gemäß dem 6. Zahlungsbilanzmanual „Primär- und Sekundäreinkommensbilanz“.

dem eigenen PKW weiterhin unter den Reiseverkehrausgaben zu finden sind. Der Reiseverkehr umfasst alle Arten von grenzüberschreitenden Reisen unabhängig von deren Dauer oder Zweck. Dazu gehören auch Geschäftsreisen, die Ausgaben von Saisoniers und Grenzgängern, Auslandsaufenthalte für Bildung oder Gesundheit und die quantitativ am bedeutsamsten Position, Urlaubsreisen. Nicht zum Reiseverkehr gerechnet wird der Erwerb von Waren zum Zweck des (gewerblichen) Wiederverkaufs und – seit der Umstellung auf BPM6<sup>31</sup> – der Erwerb von Wertgegenständen während einer Reise (Schmuck, Kunstgegenstände, Boote etc.).

Bis zum Beitritt Österreichs zum Euroraum basierte die Messung des Reiseverkehrs ausschließlich auf einer Erfassung der reisetypischen Zahlungsmittel. Der An- und Verkauf von Valuten in Wechselstuben, der Einsatz von Kredit- und Bankomatkarten im Ausland, die Ver- und Rücksendung von Banknoten durch Notenbanken sowie die reisetypischen Auslandsüberweisungen (an Hotels, Fluggesellschaften, Kartenbüros etc.) waren die entscheidenden Bausteine. Die Entstehung des gemeinsamen Währungsraumes hat einer derartigen Berechnungsmethode die Grundlage entzogen. Seit 2006 werden die Einnahmen geschätzt, indem die bekannten Übernachtungszahlen der Statistik Austria mit „Durchschnittsausgaben“, basierend auf einer kontinuierlich laufenden Gästebefragung, multipliziert werden. Die Reiseverkehrausgaben werden im Zuge einer quartalsweisen Haushaltsbefragung durch Statistik Austria erhoben und hochgerechnet. Diese Basisdaten werden durch Schätzungen (zum Beispiel für Tagesreisen, Reisen zu Freunden und Verwandten, ins Eigenheim, für Schönheitsoperationen, für den Tanktourismus etc.) ergänzt.

In der *Kapitalbilanz* wird zwischen vier Finanzierungsarten unterschieden: Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen und Finanzderivate, sonstige Investitionen und offizielle Währungsreserven. Unter Direktinvestitionen wird der Erwerb von Unternehmensanteilen mit dem Zweck der Einflussnahme auf die Unternehmensführung subsumiert, wobei die Beteiligung mindestens 10% am Grundkapital betragen muss. Neben Kapitalanteilen beinhalten Direktinvestitionen auch Kredite verbundener Unternehmen und grenzüberschreitende Transaktionen mit Grundstücken. Portfolioinvestitionen bedeuten grenzüberschreitende Veranlagungen in Wertpapieren, soweit diese nicht zu Direktinvestitionen zählen. Erfasst werden Anteilsscheine (Aktien, Investmentzertifikate) und verzinsliche Wertpapiere (Anleihen, Geldmarktpapiere). Die Unterscheidung von Inland und Ausland richtet sich dabei nach dem Sitz des Emittenten, nicht nach dem Sitz des Käufers/Verkäufers der Wertpapiere. Grenzüberschreitende Investitionen in Finanzderivate umfassen Optionen, Futures, Zins- und Währungsswaps. In den sonstigen Investitionen wird der übrige Kapitalverkehr berücksichtigt, der keinem anderen Finanzierungsinstrument zuzuordnen ist, insbesondere grenzüberschreitende Bankkredite und -einlagen sowie Handelskredite. Unter den offiziellen Währungsreserven sind alle Forderungen in der Verwaltung der nationalen Notenbanken zu verstehen, die nicht in Euro denominiert sind und nicht gegenüber Ansässigen des Euroraums bestehen. Konkrete Beispiele sind der Goldbestand, Sonderziehungsrechte und die Beteiligung beim Internationalen Währungsfonds (IWF), Wertpapiere, Kredite und Einlagen<sup>32</sup>.

<sup>31</sup> *Balance of Payments and International Investment Position Manual (BPM)*.

<sup>32</sup> *Die offiziellen Währungsreserven in der Verwaltung der nationalen Notenbanken im Euro-Währungsgebiet sind als Teil der gesamten Währungsreserven des Euroraums zu sehen.*

Die vorliegende Zeitreihe entspricht zwischen 1954 und 1994 den Grundsätzen des fünften Zahlungsbilanzhandbuchs des IWF (BPM 5<sup>33</sup>) und dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995). In Österreich wird die Zahlungsbilanz seit 2006 auf Basis eines direkten Befragungssystems über grenzüberschreitende Transaktionen bei den Wirtschaftstreibenden erhoben. Gesetzliche Grundlage der Meldungen ist das Devisengesetz, Spezifikationen erfolgen in Meldeverordnungen der OeNB. In der Erstellung der Leistungsbilanz kooperiert die OeNB eng mit Statistik Austria. In mehrstufigen Aggregationsverfahren werden die Einzeldaten nach verschiedenen Dimensionen (global, regional, nach Währungen) bis zum Endprodukt Zahlungsbilanz verdichtet. Dabei gibt es unterschiedliche Auswertungen, deren Detailgliederungen sich nach den jeweiligen Anforderungen (national, EZB, EU, IWF etc.) richten. Im Jahr 1995 wurden die Daten weitgehend bzw. ab 2006 vollständig an die Erfordernisse der aktuellen Methodologie, BPM 6 und ESGV 2010 angepasst. Die größten Änderungen betreffen Umschichtungen zwischen Güter- und Dienstleistungsbilanz, nämlich die Umschichtung der Lohnveredelung in die Dienstleistungen als „Service Charge“ sowie die Umschichtung des Transithandels in die Güterbilanz. Des Weiteren wird mit der Einführung des BPM 6 die indirekte Bankgebühr in den Dienstleistungen berücksichtigt (FISIM<sup>34</sup>), die folglich von den Zinseinkünften (Einkommensbilanz) abgezogen wird. Zwischen den Einkommen (Primäreinkommen) und Laufenden Transfers (Sekundäreinkommen) finden Umschichtungen statt, um Einkommensflüsse, die in direktem Zusammenhang mit Produktionsprozessen und Vermögensbildung stehen (Erwerbseinkommen, Produktsteuern und -subventionen, Vermögenseinkommen) von jenen zu trennen, die die Einkommensumverteilung betreffen (Gastarbeiterüberweisungen, Versicherungsleistungen, Zahlungen an den EU-Haushalt). In der Kapitalbilanz ändert sich mit Einführung des BPM 6 die Vorzeichenregelung, was rückwirkend für die gesamte Zeitreihe übernommen wurde: Entsprechend der Flussrichtung des Kapitals wurde vormals der Aufbau von Auslandsforderungen mit einem negativen Vorzeichen ausgewiesen, der Aufbau von Verbindlichkeiten mit einem positiven Vorzeichen. Mit dem BPM 6 wird eine Anpassung an die Bestandsveränderungen vorgenommen, d. h. Kapitalaufbau – sowohl von Forderungen als auch von Verpflichtungen – wird mit einem positiven Vorzeichen versehen. Der Kapitalbilanzsaldo – analog zur Änderung der Nettoauslandsposition – ergibt sich nunmehr als Differenz zwischen dem Zuwachs an Auslandsforderungen abzüglich des Zuwachses an Auslandsverpflichtungen.

Die *Internationale Vermögensposition (IVP)* ist eine eigene Statistik, die engstens mit der Zahlungsbilanz verbunden ist. Sie beschreibt die zu den in der Kapitalbilanz erfassten Transaktionen gehörenden Bestände an grenzüberschreitenden Forderungen und Verbindlichkeiten zu einem bestimmten Stichtag, konkret zum jeweiligen Quartals- oder Jahresende. Auf die enge inhaltliche Verbindung verweist nicht nur der Name des neuen Zahlungsbilanzmanuals (BPM 6), sie weist auch die gleiche sachliche Gliederung wie die Zahlungsbilanz auf und bewertet die Vermögensgegenstände ebenfalls zu Marktwerten. In gewisser Weise ist die Internationale Vermögensposition sogar die zentrale Statistik, da die in der Zahlungsbilanz erfassten Transaktionen nur eine unter mehreren Möglichkeiten sind, mit der Veränderungen in der IVP erklärt werden. Ziel dieser integrierten Statistik ist es,

<sup>33</sup> *Balance of Payments and International Investment Position Manual (BPM)*.

<sup>34</sup> *Financial Intermediation Services Indirectly Measured (FISIM)*.

die Veränderungen der grenzüberschreitenden Forderungen und Verpflichtungen in Komponenten zu zerlegen. Dazu gehören neben den Transaktionen auch wechselkursbedingte Bewertungsänderungen, Preisänderungen (etwa bei Aktien oder festverzinslichen Wertpapieren) und Reklassifikationen sowie ein möglicher ungeklärter Rest.

Auch im Falle der IVP gibt es kleine terminologische Probleme. Die Begriffe „Forderungen“ und „Verbindlichkeiten“ (eine Übersetzung aus dem Amerikanischen für „assets“ und „liabilities“) sind unpräzise. So ist etwa der Besitz einer Aktie eines ausländischen Unternehmens (Portfolioinvestition) zwar ein Anspruch auf einen bestimmten Anteil am Gewinn, der auch mit Mitwirkungsrechten verbunden ist, aber keine Forderung im technischen Sinn. Umgekehrt stellt das Eigentum eines Ausländers an einem inländischen Unternehmen aus österreichischer Sicht auch keine Verpflichtung dar. Die korrekte Formulierung „ausländische Vermögensgegenstände im Besitz von Inländern“ bzw. „österreichische Vermögensgegenstände im Besitz von Ausländern“ konnte sich aber bisher nicht durchsetzen.

## Anhang 2: Zusammenhang von Leistungsbilanz und sektorialem Konsum-, Investitions- und Sparverhalten

Ausgangspunkt ist, die Brücke zwischen Produktion (Y) zuzüglich den Importen (C) auf der einen Seite und inländischer Absorption aus Investitionen und Konsum (Z) und Exporten (X) auf der anderen Seite herzustellen. Die gesamtwirtschaftliche Identität ergibt sich somit aus  $Y+C = Z+X$ <sup>35</sup>.

Durch Umformung und Aufteilung auf die einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren erhält man die sektoralen Beiträge aus der Differenz zwischen Sparen und Investitionen<sup>36</sup>. Sparen bedeutet Reinvermögensänderung und ist die Summe aus Sparen im engeren Sinn und den netto erhaltenen Kapitaltransfers. Der Ausgangspunkt für eine Gegenüberstellung von Sparen zu Investitionen ist das Einkommen abzüglich des privaten und staatlichen Konsums (jeweils nach dem Ausgabekonzept der VGR). Die Brücke vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) zum Bruttonationaleinkommen ist der Saldo aus Primäreinkommen gegenüber dem Ausland (aus der Zahlungsbilanz). Abzüglich der Abschreibungen (aus der VGR) und dem Sekundäreinkommen (aus der Zahlungsbilanz) ergibt sich das verfügbare Nettonationaleinkommen.

Summiert man den Saldo aus Sparen abzüglich den Investitionen für die einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren (nichtfinanzielle Unternehmen, finanzielle Unternehmen, Staat, Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck) so ergibt sich daraus der gesamtwirtschaftliche Finanzierungssaldo. Dieser entspricht konzeptionell der Summe aus Leistungsbilanzsaldo und Vermögensübertragungen.

Die Leistungsbilanz (unter Hinzurechnung der Netto-Vermögensübertragungen) bildet den Finanzierungssaldo der gesamten Volkswirtschaft und kann wie folgt dargestellt werden:

<sup>35</sup> Die theoretische Übereinstimmung ist in der Praxis nicht gewährleistet, da die Summe der sektoralen Finanzierungssalden aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) und der Summe aus Leistungsbilanzsaldo und Kapitaltransfers aus der Zahlungsbilanz nicht in einem geschlossenen System erhoben werden. Abgrenzungsunterschiede sowie unterschiedliche Berechnungsschritte können zu Abweichungen führen. An einer Abstimmung zwischen Statistik Austria, die die VGR erstellt, und der OeNB, die für die Zahlungsbilanz zuständig ist, wird laufend gearbeitet. Eine grundsätzliche Übereinstimmung in der langfristigen Entwicklung ist gegeben.

<sup>36</sup> Sowohl in der Bruttobetachtung inklusive Abschreibungen und damit inklusive Ersatzinvestitionen bzw. in der Nettobetachtung ohne Abschreibungen

$$\sum (S + V\ddot{U} - I - N) \text{ der Sektoren } U, F, S, H, P = FS \text{ Inland}$$

$$= LB (\text{Außenbeitrag} + \text{Einkommen}) + V\ddot{U} (= \text{Außenkonto VGR})$$

<i>S</i>	Sparen (abgeleitet aus dem Einkommen)
<i>V<math>\ddot{U}</math></i>	Vermögensübertragung (Kapitaltransfers); Reinvermögensbildung: Nettosparen und Nettovermögensübertragungen
<i>I</i>	Bruttoinvestitionen
<i>N</i>	Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern
<i>FS</i>	Finanzierungssaldo
<i>LB</i>	Leistungsbilanzsaldo: Güter, Dienstleistungen, Primär- und Sekundäreinkommen (Außenbeitrag zum BIP; Nettowert aus Güter- und Dienstleistungsexporten bzw. –importen)
<i>U</i>	Nichtfinanzielle Unternehmen
<i>F</i>	Finanzieller Unternehmen
<i>S</i>	Staat
<i>H</i>	Haushalte
<i>P</i>	Private Organisationen ohne Erwerbszweck

## Literaturverzeichnis

- Aiginger, K. et al. 2010.** Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich. In: WIFO 2/2010.
- Andreasch, M. et al. 1996.** Öffentliches Budget und Leistungsbilanz. In: OeNB – Berichte und Studien, Heft 2/1996.
- Breuss, F. und J. Stankovsky 1981.** Die österreichische Außenwirtschaft und Außenwirtschaftspolitik. In: Khol, A., G. Ofner und A. Stirnemann (Hrsg.). Österreichisches Jahrbuch für Politik '81. Wien.
- Braumann, B. 2002.** Die Liberalisierung des österreichischen Finanzsektors – eine Analyse des Erfolgs. In: Finanzmarktstabilitätsbericht 4. OeNB. 108–123.
- Butschek F. 1995.** Vom Nachzügler zum Spitzenreiter – Die ökonomische Entwicklung der Zweiten Republik. In: Burger, J., E. Morawek (Hrsg.). Dachs Verlag. Wien. 1995.
- CaZorzi, M. et al. 2012.** Thousands of models, one story: Current account imbalances in the global economy. In: ECB Working Papers Series 1441.
- Ehmer, P. 2017.** Wirtschaftsstruktur und Leistungsbilanz – Eine alternative Erklärung für die Ungleichgewichte im Euroraum. Springer Gabler.
- Handler, H. 2007.** Vom EWS zum Euro: DM und Schilling Hand in Hand. In: WIFO Working Papers Nr. 298/2007.
- Kausel, A. 2002.** Ein halbes Jahrhundert des Erfolgs – Der ökonomische Aufstieg Österreichs seit 1950. In: Finanznachrichten – bearbeitete Neuauflage 2002.
- Scheiblecker, M. und F. Butschek 2018.** 100 Jahre Republik Österreich. In: WIFO Monatshefte 1/2018.
- Schulmeister, S. 1977.** Langfristige Entwicklung des internationalen Reiseverkehrs: Analyse und Prognose 1959 bis 1985. In: WIFO Monatsberichte 8/1977.
- Smeral, E. und E. Walterskirchen 1981.** Der Einfluß von Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit auf die Leistungsbilanz. In: WIFO Monatsberichte 7/1981.
- Walter, P. 2015.** Österreichs technologische Zahlungsbilanz. In: Gnan/Kronberger (Hrsg.): Schwerpunkt Außenwirtschaft 2014/2015. Facultas. Wien. 2015.
- Walterskirchen, E. 1997.** Die Entwicklung der österreichischen Leistungsbilanz. In: WIFO Monatsberichte 11/1997.

## Methodenhandbücher

**Dell'mour, R. und P. Walter. 2014.** Die Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 2014 (inklusive Auswirkungen durch die Umstellung auf das sechste Zahlungsbilanzmanual des IWF) In: STATISTIKEN – Daten & Analysen Q4/14.

**Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. 2010.**

**IWF. 2013.** 6. Zahlungsbilanzmanual (Balance of Payments Manual sixth edition).

**OeNB. 1982.** Das neue Zahlungsbilanzkonzept der Oesterreichischen Nationalbank. In: Monatsberichte 2/1982. OeNB.

**OeNB. 1998.** Umstellung in der Systematik der österreichischen Zahlungsbilanz. In: Berichte und Studien 2/1998. OeNB.

**OeNB. 2018.** Zahlungsbilanz und Internationale Vermögensposition – Handbuch zur Methode, Quellen und Berechnungsmethoden der Zahlungsbilanz. <https://www.oenb.at/Statistik/Datenangebot/Außenwirtschaft.html>.

**System of National Accounts. 2008.**

### Anhang 3: Tabellen

Tabelle A1

#### Entwicklung des Leistungsbilanzsaldos

	Güter (inkl. nicht aufteilbare Leistungen)	Reiseverkehr	Unternehmensbezogene Dienstleistungen	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen	Leistungsbilanz	Durchschnittswert je Periodenabschnitt
<i>in % des BIP</i>							
1954	-1,2	1,8	1,3	0,0	0,0	1,9	
1955	-4,6	1,5	0,2	0,0	-0,0	-2,9	
1956	-2,7	2,0	0,9	0,0	0,0	0,2	-0,1
1957	-3,0	2,4	1,1	0,1	0,0	0,6	-0,1
1958	-3,0	2,5	1,5	-0,0	0,0	1,0	-0,1
1959	-3,2	2,9	0,9	-0,1	0,3	0,9	-0,1
1960	-4,7	2,7	0,7	-0,1	0,5	-1,0	-0,1
1961	-4,1	3,1	0,6	-0,2	0,3	-0,2	-0,1
1962	-3,9	3,8	0,5	-0,2	0,8	1,0	-0,1
1963	-4,4	3,9	0,6	-0,2	0,3	0,3	-0,1
1964	-4,8	4,4	0,5	-0,2	0,6	0,5	-0,1
1965	-5,3	4,4	0,1	-0,2	0,6	-0,4	-0,1
1966	-6,2	4,1	-0,0	-0,2	0,5	-1,9	-0,1
1967	-4,6	3,6	-0,2	-0,3	0,4	-1,0	-0,1
1968	-4,3	3,6	0,0	-0,5	0,3	-0,8	-0,1
1969	-3,3	3,8	0,2	-0,3	0,3	0,7	-0,1
1970	-5,1	4,8	0,4	-0,3	0,1	-0,1	-0,1
1971	-5,9	5,4	0,1	-0,3	0,0	-0,7	-0,1
1972	-6,2	5,8	0,1	-0,4	-0,2	-0,9	-0,1
1973	-6,3	5,4	0,3	-0,5	-0,3	-1,3	-2,3
1974	-5,6	4,2	0,8	-0,3	-0,5	-1,4	-2,3
1975	-4,7	4,5	0,1	-0,4	-0,4	-0,9	-2,3
1976	-6,1	3,8	-0,4	-0,5	-0,3	-3,5	-2,3
1977	-6,4	3,2	-1,7	-0,7	-0,2	-5,8	-2,3
1978	-5,0	3,7	-0,1	-0,8	0,0	-2,3	-2,3
1979	-6,0	3,6	1,6	-0,7	0,0	-1,4	-2,3
1980	-6,4	4,1	1,0	-0,6	-0,1	-2,0	-2,3
1981	-6,1	4,1	0,8	-0,7	-0,1	-1,9	-2,3
1982	-3,0	4,1	0,6	-0,6	-0,1	1,0	0,2
1983	-1,9	3,3	-0,4	-0,5	-0,1	0,3	0,2
1984	-3,9	3,6	0,6	-0,5	-0,1	-0,3	0,2
1985	-4,1	3,4	1,1	-0,4	-0,1	-0,1	0,2
1986	-2,6	3,0	0,5	-0,7	-0,0	0,2	0,2
1987	-2,9	2,7	0,9	-0,7	-0,1	-0,2	0,2
1988	-2,8	2,9	0,5	-0,7	-0,0	-0,2	0,2
1989	-3,3	3,4	0,9	-0,7	-0,1	0,2	0,2
1990	-3,2	3,5	1,0	-0,6	0,0	0,7	0,2
1991	-3,8	3,7	1,0	-0,9	-0,0	0,0	0,2
1992	-3,6	3,2	1,2	-0,3	-0,5	-0,0	0,2
1993	-3,9	2,8	1,6	-0,3	-0,5	-0,3	-1,7
1994	-4,0	1,9	1,8	-0,2	-0,5	-1,1	-1,7
1995	-3,3	2,3	-0,4	-0,5	-0,9	-2,9	-1,7
1996	-3,4	2,0	-0,3	0,0	-1,1	-2,8	-1,7
1997	-2,4	1,6	-0,2	-0,4	-1,2	-2,5	-1,7
1998	-2,2	1,7	0,2	-0,5	-1,1	-1,9	-1,7
1999	-1,9	1,8	0,5	-1,5	-1,2	-2,3	-1,7
2000	-1,5	1,8	1,0	-0,8	-1,1	-0,7	-1,7
2001	-0,9	1,7	0,9	-1,3	-1,2	-0,8	-1,7
2002	0,9	1,9	0,9	-0,5	-1,0	2,1	2,4
2003	0,0	1,8	0,9	-0,2	-1,0	1,5	2,4
2004	0,3	2,0	0,8	-0,1	-0,9	2,1	2,4
2005	0,4	2,1	0,8	-0,2	-0,9	2,3	2,4
2006	1,0	2,1	1,0	0,2	-1,0	3,3	2,4
2007	1,4	2,1	1,4	-0,1	-0,9	3,8	2,4
2008	0,5	2,4	1,8	0,8	-1,0	4,5	2,4
2009	-0,2	2,1	1,6	-0,0	-1,0	2,6	2,4
2010	-0,5	2,1	1,4	0,8	-1,0	2,9	2,4
2011	-1,2	2,2	1,3	0,3	-1,0	1,6	2,4
2012	-1,0	2,2	1,2	0,1	-1,0	1,5	2,4
2013	-0,3	2,3	0,8	0,3	-1,2	1,9	2,4
2014	0,3	2,2	0,8	0,1	-0,9	2,5	2,4
2015	0,6	2,3	0,6	-0,7	-0,9	1,9	2,4
2016	0,1	2,4	0,7	-0,1	-1,0	2,1	2,4
2017	-0,3	2,4	0,4	0,2	-0,8	1,9	2,4

Quelle: WIFO, Statistik Austria, OeNB. Daten ab 1995 entsprechend dem 6. Zahlungsbilanzmanual.



Tabelle A2

**Grenzüberschreitender Kapitaltransaktionen und Vermögensbestände**

	Direktinvestitionen aktiv	Portfolioinvestitionen aktiv	Sonstige Investitionen aktiv	Währungsreserven aktiv	Direktinvestitionen passiv	Portfolioinvestitionen passiv	Sonstige Investitionen passiv	Kapitalbilanzsaldo	Auslandsaktiva	Auslandspassiva
Transaktionen								Bestände		
<i>in % des BIP</i>										
1977	0,2	0,1	3,1	-0,9	0,2	2,5	3,9	-4,1	37,2	38,6
1978	0,1	0,1	3,7	1,9	0,3	2,0	4,2	-0,7	41,8	43,2
1979	0,1	0,3	6,4	-1,7	0,3	0,7	5,6	-1,5	50,4	45,9
1980	0,1	0,1	6,3	2,1	0,3	2,1	8,0	-1,8	59,0	53,1
1981	0,3	-0,0	5,3	0,8	0,5	2,6	4,5	-1,2	58,4	58,3
1982	0,2	0,1	5,6	0,3	0,3	2,2	2,1	1,5	62,4	58,7
1983	0,3	0,7	6,7	-0,6	0,3	1,3	5,5	-0,0	66,4	62,8
1984	0,1	1,1	7,1	0,1	0,2	1,9	6,6	-0,1	71,2	68,9
1985	0,1	1,5	3,5	-0,2	0,2	2,5	2,4	-0,4	69,9	70,8
1986	0,3	0,5	1,6	0,6	0,2	2,9	0,9	-1,0	66,7	68,2
1987	0,3	1,0	0,2	0,3	0,3	1,2	0,7	-0,5	65,4	67,7
1988	0,2	1,2	1,8	0,5	0,3	2,9	0,3	0,2	65,5	69,0
1989	0,6	1,2	1,4	0,7	0,4	3,2	0,6	-0,3	63,9	67,4
1990	1,0	1,0	1,3	-0,0	0,4	2,0	0,8	0,0	61,6	66,0
1991	0,7	1,3	1,0	0,5	0,2	1,5	1,3	0,4	59,3	66,8
1992	0,9	1,5	3,8	1,3	0,7	4,9	1,8	-0,0	62,8	69,5
1993	0,6	0,9	2,7	1,2	0,6	4,5	1,7	-1,3	67,5	75,5
1994	0,6	2,3	1,4	0,5	1,0	2,4	3,1	-1,9	65,9	75,7
1995	0,4	1,0	5,4	0,6	0,7	5,3	2,9	-1,5	70,7	85,5
1996	0,7	3,3	0,9	0,4	1,8	2,5	1,4	-0,3	75,3	86,4
1997	0,8	4,2	1,9	-1,4	1,2	5,3	2,4	-3,3	84,1	99,4
1998	1,2	5,0	1,1	1,5	2,0	8,9	1,1	-3,2	89,4	104,8
1999	1,3	13,6	5,8	-1,0	1,2	13,1	9,3	-3,9	115,0	131,8
2000	2,8	13,8	8,4	-0,4	4,4	15,1	6,9	-1,9	135,5	151,7
2001	1,6	5,4	4,2	-0,9	2,9	9,1	0,9	-2,6	142,7	163,5
2002	3,0	10,9	-5,4	-0,8	0,2	9,1	-2,4	0,8	146,4	166,9
2003	2,3	7,8	6,9	-0,8	2,6	9,0	2,4	2,2	156,2	168,9
2004	2,7	11,3	7,6	-0,6	1,2	10,8	7,1	1,8	172,0	185,1
2005	3,5	13,5	11,8	-0,2	3,4	9,2	13,8	2,1	227,5	242,9
2006	5,1	9,0	21,9	-0,2	1,9	14,4	15,0	4,5	253,3	266,2
2007	9,2	2,4	13,1	0,7	6,6	12,8	4,3	4,3	271,8	281,5
2008	6,5	-3,0	11,4	-0,2	1,7	5,6	4,0	3,3	266,8	276,8
2009	3,4	0,3	-7,4	-0,3	2,4	-1,4	-8,3	3,2	276,6	281,6
2010	2,4	2,0	-5,4	0,4	0,7	-0,2	-1,8	1,1	272,8	278,0
2011	5,1	-3,3	7,9	0,2	2,5	2,5	4,8	1,5	271,1	273,0
2012	2,4	-3,1	-0,4	0,3	0,0	-1,7	-0,7	1,6	270,8	274,0
2013	4,0	-0,8	-1,1	0,1	1,2	1,4	-3,7	3,4	265,5	264,2
2014	-0,1	1,7	-5,4	0,6	0,4	-1,7	-2,8	0,9	266,9	263,5
2015	1,6	0,3	-4,8	-0,1	0,2	-3,9	-0,6	1,2	253,7	251,2
2016	0,6	4,5	-5,2	0,1	3,4	-5,2	-1,0	2,8	241,2	235,5
2017	3,3	4,0	-0,7	-0,8	5,0	-3,2	1,5	2,4	232,6	226,6

Quelle: Statistik Austria, OeNB, Kapitalbilanztransaktionen ohne SPE-Transaktionen. Daten ab 1995 entsprechend dem 6. Zahlungsbilanzmanual.

# DATEN

Redaktionsschluss: 24. April 2018

Die jeweils aktuellsten Daten sowie weitere Indikatoren können auf der OeNB-Website [www.oenb.at](http://www.oenb.at) abgerufen werden:

Statistische Daten: [www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html](http://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html)

Dynamische Abfrage: [www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie](http://www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie)

Veröffentlichungskalender: [www.oenb.at/isaweb//releasehierarchie.do?lang=DE](http://www.oenb.at/isaweb//releasehierarchie.do?lang=DE)

## Tabellenübersicht

1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	79
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	80
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	81
4 Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	82
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	83
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	84
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	85
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	86
9 Sonstige Finanzintermediäre	87
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	88
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	89
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	90
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	91
14 Direktinvestitionen	92

Tabelle 1

## Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3

Periodenstand	2015	2016	2017	Okt. 17	Nov. 17	Dez. 17	Jän. 18	Feb. 18	März 18
	<i>in Mio EUR</i>								
<b>M3 (M2 + 1. + 2. + 3.)</b>	297.132	313.726	326.963	323.280	320.223	326.963	330.290	329.735	333.398
1. Einlagen aus Repo-Geschäften <sup>5</sup>	x	x	x	x	x	x	x	x	x
2. Begebene Geldmarktfondsanteile <sup>2</sup>	82	73	54	57	56	54	53	52	51
3. Begebene Schuldverschreibungen von bis zu 2 Jahren <sup>2</sup>	5.646	4.000	2.231	2.253	2.270	2.231	2.946	3.060	2.406
<b>M2 (M1 + 4. + 5.)</b>	291.354	309.436	324.577	320.870	317.795	324.577	327.192	326.520	330.833
4. Einlagen mit Bindungsfrist von bis zu 2 Jahren	108.326	101.261	94.374	95.557	94.935	94.374	93.814	93.225	90.152
5. Einlagen mit Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten	4.918	5.201	3.910	3.973	3.822	3.910	3.837	3.889	4.027
<b>M1 (6.)</b>	178.110	202.974	226.292	221.340	219.038	226.292	229.542	229.406	236.654
6. Täglich fällige Einlagen	178.110	202.974	226.292	221.340	219.038	226.292	229.542	229.406	236.654
<b>Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten</b>									
Einlagen mit Bindungsfrist von über 2 Jahren von Nicht-MFIs im Euroraum	50.075	48.825	44.577	44.842	44.586	44.577	43.774	44.934	45.140
Einlagen mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten von Nicht-MFIs (ohne Zentralstaaten) im Euroraum	0	66	50	50	50	50	50	59	56
Begebene Schuldverschreibungen von über 2 Jahren <sup>2</sup>	114.007	97.964	91.104	90.714	89.940	91.104	98.288	99.035	99.613
Kapital und Rücklagen <sup>3</sup>	86.139	83.635	78.745	81.530	81.654	78.745	78.635	78.288	78.925
<b>Titrierte und nicht titrierte Kredite an Nicht-MFIs im Euroraum<sup>4</sup></b>									
Öffentliche Haushalte	101.519	118.147	122.241	122.441	121.846	122.241	121.610	122.372	121.056
Sonstige Nicht-MFIs	384.818	392.314	398.066	397.178	401.263	398.066	408.040	409.322	409.714
Buchkredite	339.923	343.289	353.713	352.611	356.645	353.713	355.262	357.013	357.829
<b>Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums</b>	88.092	73.433	70.610	67.718	68.268	70.610	58.587	61.710	67.146

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Ohne Bargeldumlauf.

<sup>2</sup> Positionen sind um entsprechende Forderungen an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.

<sup>3</sup> Die Position „Kapital und Rücklagen“ ist um Aktien und sonstige Anteilsrechte an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.

<sup>4</sup> Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für nicht titrierte Kredite der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

<sup>5</sup> Exklusive Repogeschäfte mit Clearinghäusern.

**Ausleihungen<sup>1</sup> innerhalb und außerhalb des Euroraums**

	2015	2016	2017	Sep. 17	Okt. 17	Nov. 17	Dez. 17	Jän. 18	Feb. 18	März 18
<i>in Mio EUR</i>										
<b>Ausleihungen im Euroraum</b>										
<b>Nichtbanken Finanzintermediäre</b>	28.271	27.664	25.756	26.857	27.356	29.053	25.756	26.120	25.169	25.598
<b>Vertragsversicherungen und Pensionskassen</b>	108	236	135	726	819	756	135	1.125	1.164	1.027
<b>Nichtfinanzielle Unternehmen</b>	160.362	158.458	167.282	163.678	164.947	166.757	167.282	167.842	170.136	170.734
<b>Private Haushalte</b>	151.182	156.930	160.541	159.477	159.489	160.079	160.541	160.143	160.512	160.438
Ausleihungen für Konsumzwecke	19.956	18.925	19.082	19.175	19.197	19.212	19.082	19.021	19.012	19.235
Ausleihungen für Wohnbau	96.926	101.167	104.296	103.181	103.224	103.666	104.296	104.305	104.613	105.714
Sonstige Ausleihungen	34.300	36.838	37.163	37.121	37.068	37.201	37.163	36.817	36.887	35.490
<b>Öffentliche Haushalte</b>	29.040	28.428	24.610	24.326	25.977	24.570	24.610	24.901	24.829	23.851
<b>Ausleihungen außerhalb des Euroraums</b>										
<b>Banken</b>	38.123	30.849	33.472	37.773	40.297	38.959	33.472	41.945	45.817	38.911
<b>Nichtbanken</b>	57.441	48.088	41.937	44.360	44.350	43.841	41.937	42.109	42.300	45.775
<b>Öffentliche Haushalte</b>	3.366	3.227	2.681	2.636	2.668	2.648	2.681	2.628	2.603	2.590

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für Ausleihungen der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

Tabelle 3

**Kundenzinssätze<sup>1</sup> – Neugeschäft**

	2015	2016	2017	Sep. 17	Okt. 17	Nov. 17	Dez. 17	Jän. 18	Feb. 18	März 18
	in %									
<b>Einlagenzinssätze<sup>2</sup></b>										
<b>von privaten Haushalten<sup>3</sup></b>										
mit vereinbarten Laufzeiten										
bis 1 Jahr	0,38	0,31	0,24	0,24	0,23	0,23	0,2	0,23	0,21	0,26
1 bis 2 Jahre	0,44	0,38	0,35	0,42	0,36	0,35	0,35	0,37	0,32	0,35
über 2 Jahre	0,86	0,77	0,66	0,67	0,61	0,72	0,87	0,71	0,68	0,61
<b>von nichtfinanziellen Unternehmen<sup>3</sup></b>										
mit vereinbarten Laufzeiten										
bis 1 Jahr	0,3	0,23	0,1	0,07	0,08	0,16	0,06	0,12	0,15	0,11
<b>Kreditzinssätze<sup>2</sup></b>										
<b>an private Haushalte<sup>3</sup></b>										
für Konsum	4,81	5,12	4,97	4,99	4,97	4,91	4,69	4,97	4,94	5,15
Effektivzinssatz <sup>4</sup>	6,93	7,01	6,80	6,88	6,75	6,62	6,32	6,82	6,81	7,04
Wohnbau	2,02	1,92	1,89	1,85	1,87	1,87	1,85	1,81	1,83	1,92
Effektivzinssatz <sup>4</sup>	2,46	2,37	2,27	2,26	2,24	2,23	2,19	2,21	2,22	2,31
für sonstige Zwecke	2,26	2,18	2,01	1,96	2,01	1,89	2,01	1,91	1,96	2,07
freie Berufe	2,34	2,27	2,18	2,14	2,17	2,16	2,16	2,17	2,19	2,23
<b>an nichtfinanzielle Unternehmen<sup>3</sup></b>										
Kredite bis 1 Mio EUR	2,02	1,92	1,80	1,77	1,76	1,76	1,75	1,83	1,79	1,93
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,77	1,62	1,42	1,42	1,36	1,32	1,47	1,44	1,26	1,53
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,21	2,10	1,94	1,89	1,89	1,91	1,84	1,95	2,00	2,13
Kredite über 1 Mio EUR	1,61	1,54	1,45	1,25	1,46	1,31	1,46	1,43	1,32	1,50
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,28	1,23	1,09	0,99	0,92	0,99	1,22	0,96	0,85	1,21
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,15	1,95	1,71	1,43	1,75	1,62	1,63	1,72	1,70	1,81

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Der Zinssatz ist der vereinbarte annualisierte Jahreszinssatz in Prozent pro Jahr. In diesem Zinssatz sind nur etwaige unterjährige Zinskapitalisierungen, aber keine sonstigen Kosten enthalten.

<sup>2</sup> In Euro.

<sup>3</sup> Der Subsektor „freie Berufe und selbstständig Erwerbstätige“ war bis einschließlich Mai 2004 Teil des Sektors „nichtfinanzielle Unternehmen“ und ist seit Juni 2004 im Sektor „private Haushalte“ enthalten.

<sup>4</sup> Ohne „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“.

**Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD<sup>1</sup>**

	2015	2016	2017	Q4 14	Q4 15	Q4 16	Q4 17
<i>in Mio EUR</i>							
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	58.639	66.168	71.449	40.475	58.639	66.168	71.449
Kredite und Forderungen inklusive Finanzierungsleasing	734.897	647.983	668.212	763.953	734.897	647.983	668.212
Schuldverschreibungen, Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32) und andere nicht festverzinsten Wertpapiere	171.108	155.543	138.748	177.377	171.108	155.543	138.748
Finanzderivate inklusive solcher für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert <sup>2</sup>	33.893	29.058	21.545	41.131	33.893	29.058	21.545
Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	19.965	18.329	19.874	19.126	19.965	18.329	19.874
Materielle Vermögenswerte	15.943	10.344	9.697	13.289	15.943	10.344	9.697
Immaterielle Vermögenswerte	3.011	2.661	2.970	3.047	3.011	2.661	2.970
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	18.620	16.163	16.367	19.627	18.620	16.163	16.367
<b>Aktiva insgesamt</b>	<b>1.056.075</b>	<b>946.248</b>	<b>948.861</b>	<b>1.078.024</b>	<b>1.056.075</b>	<b>946.248</b>	<b>948.861</b>
Einlagen von Zentralbanken	16.423	10.905	23.952	15.705	16.423	10.905	23.952
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	129.211	111.560	100.990	156.937	129.211	111.560	100.990
Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken	575.113	534.265	558.622	554.473	575.113	534.265	558.622
Schuldverschreibungen und andere finanzielle Verbindlichkeiten gemäß IAS 39	165.583	139.545	120.888	178.808	165.583	139.545	120.888
Finanzderivate inklusive solcher für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	26.208	20.393	14.757	33.963	26.208	20.393	14.757
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	870	922	773	949	870	922	773
Nachrangige Verbindlichkeiten	21.738	18.593	15.521	21.364	21.738	18.593	15.521
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital	0	0	0	0	0	0	0
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	5.216	4	109	1.546	5.216	4	109
Steuerschulden und sonstige Verbindlichkeiten	24.373	22.070	19.430	23.816	24.373	22.070	19.430
Rückstellungen	13.086	12.399	12.072	15.566	13.086	12.399	12.072
Eigenkapital und Fremddanteile <sup>3</sup>	78.256	75.590	81.747	74.897	78.256	75.590	81.747
<b>Passiva insgesamt</b>	<b>1.056.075</b>	<b>946.248</b>	<b>948.861</b>	<b>1.078.024</b>	<b>1.056.075</b>	<b>946.248</b>	<b>948.861</b>

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute.

Im Rahmen des Belegs „Vermögens- und Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute insgesamt (CBD 66)“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

<sup>2</sup> Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS bzw. FINREP-Meldern dargestellt.<sup>3</sup> Darin enthalten sind auch „Fonds für allgemeine Bankrisiken“.

Anmerkung: Datenstand 3. August 2018.

Tabelle 5

**Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors<sup>1</sup> gemäß Teil 2 und 3 CRR**

	Q4 16	Q1 17	Q2 17	Q3 17	Q4 17
<i>in Mio EUR</i>					
<b>Eigenmittel</b>	80.699	80.721	83.001	82.823	83.157
Kernkapital	66.116	66.329	68.759	68.920	69.623
Hartes Kernkapital	65.820	65.798	67.772	67.357	68.101
Zusätzliches Kernkapital	296	530	987	1.563	1.522
Ergänzungskapital (T2)	14.584	14.392	14.242	13.903	13.534
<b>Gesamtrisikobetrag</b>	442.870	444.707	448.304	451.109	450.989
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, Gegenparteausfall- und Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	383.373	383.048	384.539	386.072	389.214
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	2	6	10	6	2
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	8.790	9.988	9.291	9.075	9.019
Gesamtbetrag der Risikopositionen für operationelle Risiken	47.088	48.630	49.335	51.116	48.088
Zusätzlicher Risikopositionsbeitrag aufgrund fixer Gemeinkosten <sup>2</sup>	0	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Anpassung der Kreditbewertung	3.535	2.927	2.623	2.322	2.202
Gesamtbetrag der Risikopositionen in Bezug auf Großkredite im Handelsbuch <sup>3</sup>	37	63	41	54	0
Sonstige Risikopositionsbeträge <sup>4</sup>	45	45	2.464	2.464	2.464
<i>in %</i>					
Harte Kernkapitalquote (CET1)	14,86	14,80	15,12	14,93	15,10
Kernkapitalquote (T1)	14,93	14,92	15,34	15,28	15,44
Gesamtkapitalquote	18,22	18,15	18,51	18,36	18,44
<i>Anzahl</i>					
Anzahl der Banken	499	499	499	488	468
Datenstand: 07.05.2018	Datenstand:				

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Eigenmittel gemäß Teil 2 und 3 CRR auf Basis CBD (Consolidated Banking Data) 67“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Eigenmittelausstattung des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

<sup>2</sup> Nur von Investmentfirmen zu melden.

<sup>3</sup> Artikel 92(3) Punkt (b) (ii) und 395 bis 401 CRR.

<sup>4</sup> Artikel 3, 458, 459.

Anmerkung: Datenstand 7. Mai 2018.



**Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD<sup>1</sup>**

	Q4 16	Q4 17
	in Mio EUR	
Zinsergebnis	14.604	14.526
Zinsen und ähnliche Erträge	24.031	22.586
(Zinsen und ähnliche Aufwendungen)	9.426	8.059
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital) <sup>2</sup>	0	0
Dividenerträge und Erträge aus Beteiligungen	428	545
Provisionsergebnis	6.562	6.886
Provisionserträge	9.006	9.372
(Provisionsaufwand)	2.444	2.486
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	613	337
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto <sup>2</sup>	110	90
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS <sup>2</sup>	422	378
Sonstige betriebliche Erträge	2.538	2.438
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	2.869	2.363
Betriebserträge, netto	22.408	22.837
(Verwaltungsaufwendungen)	14.592	13.999
(davon: Personalaufwendungen)	8.774	8.416
(davon: Sachaufwendungen)	5.818	5.583
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inklusive Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	0	0
Betriebsergebnis	5.723	8.065
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	0	0
(Sonstige Rückstellungen) <sup>2</sup>	271	108
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-67	37
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert <sup>2</sup>	126	281
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen <sup>2</sup>	907	1.147
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuft langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen <sup>2</sup>	16	16
Außerordentliches Ergebnis	-19	1
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	5.561	8.458
(Ertragssteuern)	1.264	1.246
Gewinn oder (-) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	4.297	7.212
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern <sup>2</sup>	1.182	25
(Fremdanteile) <sup>2</sup>	500	680
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	4.979	6.558
Datenstand: 07.05.2018		

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute.

Im Rahmen des Belegs „Vermögens- und Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute insgesamt (CBD 66)“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

<sup>2</sup> Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Anmerkung: Abzugsposten sind in Klammern dargestellt. Datenstand 7. Mai 2018.

Tabelle 7

**Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)**

	2015		2016		2017		Q2 17		Q3 17	
	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	523	0,3	568	0,3	644	0,4	567	0,3	607	0,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	352	0,2	351	0,2	440	0,3	362	0,2	363	0,2
Herstellung von Waren	21.712	13,6	21.466	12,7	21.312	12,3	21.535	12,8	21.722	12,7
Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	6.312	4,0	5.936	3,5	5.595	3,2	5.727	3,4	5.663	3,3
Bau	10.464	6,6	10.872	6,5	12.596	7,3	11.171	6,6	11.728	6,9
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	15.766	9,9	15.084	8,9	15.000	8,6	15.357	9,1	15.378	9,0
Beherbergung und Gastronomie	7.130	4,5	7.290	4,3	7.511	4,3	7.310	4,3	7.361	4,3
Verkehr und Lagerei	7.528	4,7	7.791	4,6	7.751	4,5	7.782	4,6	7.850	4,6
Information und Kommunikation	1.469	0,9	1.290	0,8	1.234	0,7	1.257	0,7	1.245	0,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	53.230	33,4	54.413	32,3	57.720	33,2	55.058	32,7	56.537	33,0
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	12.132	7,6	19.215	11,4	19.974	11,5	18.525	11,0	19.069	11,1
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5.103	3,2	5.429	3,2	5.767	3,3	5.440	3,2	5.526	3,2
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	1.601	1,0	1.786	1,1	1.580	0,9	1.508	0,9	1.555	0,9
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.413	0,9	1.368	0,8	1.450	0,8	1.402	0,8	1.453	0,8
Solidarkreditnehmergruppen	14.481	9,1	15.700	9,3	15.080	8,7	15.517	9,2	15.038	8,8
<b>Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)</b>	<b>159.216</b>		<b>168.558</b>		<b>173.652</b>		<b>168.517</b>		<b>171.095</b>	
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	159.216	21,0	168.558	23,1	173.652	24,2	168.517	22,7	171.095	23,5
Sonstige inländische Kreditnehmer	27.329	3,6	27.802	3,8	27.597	3,8	27.609	3,7	27.577	3,8
Öffentlicher Sektor	68.870	9,1	67.657	9,3	61.182	8,5	63.817	8,6	61.568	8,4
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	222.484	29,4	206.530	28,3	207.085	28,9	215.314	29,1	208.341	28,6
<b>Ausland<sup>1</sup></b>	<b>154.890</b>	<b>20,4</b>	<b>132.133</b>	<b>18,1</b>	<b>127.387</b>	<b>17,8</b>	<b>141.295</b>	<b>19,1</b>	<b>135.069</b>	<b>18,5</b>
Euroraum ohne Österreich	125.193	16,5	128.124	17,5	120.470	16,8	124.497	16,8	125.086	17,2
<b>Summe Kredite gem. ZKR – alle Sektoren</b>	<b>757.983</b>		<b>730.803</b>		<b>717.372</b>		<b>741.048</b>		<b>728.736</b>	

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

**Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt**

	2015		2016		2017		Q2 17		Q3 17	
	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	516	98,7	559	98,4	625	97,0	555	97,9	591	97,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	331	94,0	327	93,2	414	94,1	337	93,1	338	93,1
Herstellung von Waren	20.302	93,5	20.021	93,3	19.885	93,3	20.124	93,4	20.304	93,5
Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	5.772	91,4	5.496	92,6	5.050	90,3	5.260	91,8	5.133	90,6
Bau	10.157	97,1	10.543	97,0	12.299	97,6	10.874	97,3	11.430	97,5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	14.613	92,7	14.055	93,2	14.065	93,8	14.387	93,7	14.435	93,9
Beherbergung und Gastronomie	6.929	97,2	7.098	97,4	7.330	97,6	7.120	97,4	7.177	97,5
Verkehr und Lagerei	5.940	78,9	6.038	77,5	5.993	77,3	5.959	76,6	6.076	77,4
Information und Kommunikation	1.086	73,9	1.011	78,4	952	77,1	975	77,6	964	77,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	50.150	94,2	51.919	95,4	55.270	95,8	52.542	95,4	53.985	95,5
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	11.223	92,5	17.580	91,5	18.618	93,2	17.060	92,1	17.644	92,5
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	4.496	88,1	4.843	89,2	5.068	87,9	4.797	88,2	4.847	87,7
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	1.359	84,9	1.500	84,0	1.292	81,8	1.236	82,0	1.264	81,3
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.301	92,1	1.262	92,3	1.324	91,3	1.288	91,9	1.328	91,4
Solidarkreditnehmergruppen	14.406	99,5	15.595	99,3	14.986	99,4	15.401	99,3	14.931	99,3
<b>Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)</b>	<b>148.581</b>	<b>93,3</b>	<b>157.847</b>	<b>93,6</b>	<b>163.173</b>	<b>94,0</b>	<b>157.915</b>	<b>93,7</b>	<b>160.447</b>	<b>93,8</b>
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	148.581	93,3	157.847	93,6	163.173	94,0	157.915	93,7	160.447	93,8
Sonstige inländische Kreditnehmer	27.076	99,1	27.575	99,2	27.399	99,3	27.405	99,3	27.369	99,2
Öffentlicher Sektor	60.770	88,2	59.545	88,0	51.326	83,9	56.016	87,8	51.669	83,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	199.415	89,6	183.706	88,9	187.039	90,3	191.640	89,0	188.901	90,7
Ausland <sup>2</sup>	141.480	91,3	119.036	90,1	110.413	86,7	127.973	90,6	117.343	86,9
Euroraum ohne Österreich	99.527	79,5	102.177	79,7	92.528	76,8	99.498	79,9	96.775	77,4
<b>Summe Kredite gem. ZKR – Kreditinstitute insgesamt</b>	<b>676.848</b>	<b>89,3</b>	<b>649.887</b>	<b>88,9</b>	<b>631.877</b>	<b>88,1</b>	<b>660.448</b>	<b>89,1</b>	<b>642.505</b>	<b>88,2</b>

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Bezogen auf alle Sektoren (siehe Tabelle 7).<sup>2</sup> Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Tabelle 9

**Sonstige Finanzintermediäre**

	2015	2016	2017	Q3 16	Q4 16	Q1 17	Q2 17	Q3 17	Q4 17
<i>in Mio EUR</i>									
<b>Investmentfonds</b>									
<b>Bereinigtes Fondsvolumen (abzüglich der „Fonds-in-Fonds“-Veranlagungen)</b>	143.249	148.684	156.178	148.306	148.684	151.178	151.762	153.719	156.178
<b>Veränderung des bereinigten Fondsvolumens</b>	4.607	5.608	8.342	4.822	476	2.830	741	2.016	2.754
Bereinigte Nettomittelveränderung	3.960	629	3.323	1.207	126	680	647	839	1.156
Kapitalveränderung durch Ausschüttungen zum Ex-Tag	2.223	1.620	1.591	272	669	310	292	279	710
Kapitalveränderung durch Kurswertveränderungen und Erträge	2.870	6.599	6.610	3.887	1.019	2.460	386	1.456	2.308
<b>Pensionskassen</b>									
Vermögensbestand	19.527	20.882	22.234	20.572	20.882	21.443	21.694	21.933	22.234
in Euro	19.023	20.488	21.770	20.166	20.488	21.054	21.307	21.464	21.770
in Fremdwährung	504	394	464	406	394	390	387	468	464
Inländische Investmentzertifikate	16.276	17.140	18.197	16.957	17.140	17.632	17.751	17.938	18.197
Ausländische Investmentzertifikate	2.081	2.656	3.001	2.603	2.656	2.774	2.913	3.039	3.001
<b>Versicherungen<sup>1</sup></b>									
Inländische Rentenwertpapiere	15.940	15.538	x	15.940	15.538	x	x	x	x
Ausländische Rentenwertpapiere	30.667	32.856	x	32.679	32.856	x	x	x	x
Inländische Anteilswerte und sonstige inländische Wertpapiere	27.176	27.778	x	26.864	27.778	x	x	x	x
Ausländische Anteilswerte und sonstige ausländische Wertpapiere	6.426	6.420	x	6.934	6.420	x	x	x	x
Summe der Aktiva	113.704	114.707	x	115.606	114.707	x	x	x	x

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Daten zur Versicherungsstatistik gem. § 44 NBG wurden bis inkl. Q4 2016 erhoben. Seit Q3 2016 wird die Versicherungsstatistik gem. EZB-VO 2014/50 anhand der aufsichtsrechtlichen Solvency II-Daten gem. RL 2009/138/EG erhoben. Die Veröffentlichung erfolgt unter einer eigenen Tabelle demnächst.

## Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen im vierten Quartal 2017

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Bestände in Mio EUR										
<b>Geldvermögen</b>										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x	11.667	11.667	x	x	x	x	x	x	2.062
Bargeld	1.531	4.300	4.255	0	29	16	0	22.710	0	4.351
Täglich fällige Einlagen	55.404	110.584	93.632	5.553	8.135	2.522	743	137.801	4.996	82.939
Sonstige Einlagen	16.653	158.845	150.509	1.265	6.480	519	72	104.651	1.474	44.900
Kurzfristige Kredite	33.738	64.295	60.959	3	2.414	919	0	1.909	0	19.895
Langfristige Kredite	93.720	388.677	363.325	197	20.150	4.989	15	254	16	79.129
Handelskredite	48.312	70	2	0	68	0	0	61	3	18.347
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	73	1.625	1.192	421	11	0	0	1.371	9	7.557
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	5.911	310.124	169.310	81.755	3.120	55.548	391	30.147	1.421	293.950
Börsennotierte Aktien	26.291	53.079	4.313	26.958	20.414	1.390	4	25.214	887	59.223
Nicht börsennotierte Aktien	40.121	87.990	24.723	102	55.372	7.729	64	2.719	20	25.523
Investmentzertifikate	12.330	152.207	16.316	61.425	17.480	35.283	21.702	59.517	2.746	20.726
Sonstige Anteilsrechte	181.517	105.024	30.048	2.346	68.041	4.589	0	114.003	1.346	168.746
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	80.919	x	2.009
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3.489	3.637	0	0	0	3.637	0	4.440	0	22
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	42.667	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	0	0	0	0	0	0	0	10.598	0	0
<b>Finanzvermögen in Summe (Bestände)</b>	<b>8.527</b>	<b>15.885</b>	<b>7.314</b>	<b>12</b>	<b>7.132</b>	<b>1.327</b>	<b>100</b>	<b>7.330</b>	<b>9</b>	<b>7.134</b>

Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

<b>Geldvermögensbildung</b>										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x	0	0	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	107	-406	-427	0	5	16	0	563	0	377
Täglich fällige Einlagen	5.998	14.962	13.266	-122	1.482	99	237	14.006	593	13.957
Sonstige Einlagen	298	2.386	2.676	-596	833	-205	-322	-6.634	-123	-7.022
Kurzfristige Kredite	-936	-2.043	-2.952	-6	1.008	-94	0	566	0	2.224
Langfristige Kredite	2.605	4.785	4.219	12	121	419	15	-274	0	-495
Handelskredite	5.115	21	1	0	21	0	0	46	0	477
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-48	-1.439	-1.527	105	-3	-11	-1	158	-9	-4.548
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-531	5.937	5.123	775	-248	299	-12	-2.710	-119	-11.768
Börsennotierte Aktien	121	365	1.184	653	-1.379	-93	0	-271	3	5.500
Nicht börsennotierte Aktien	-1.442	358	1.985	-19	-2.034	422	4	-185	-1	-3.348
Investmentzertifikate	1.858	6.543	7	4.637	1.313	119	467	3.663	129	310
Sonstige Anteilsrechte	11.189	892	-357	305	1.363	-418	0	77	-25	11.615
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-851	x	-23
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	181	-159	0	0	0	-159	0	231	0	-2
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	-222	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	0	0	0	0	0	0	0	946	0	0
<b>Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)</b>	<b>595</b>	<b>-1.858</b>	<b>-1.310</b>	<b>59</b>	<b>-458</b>	<b>-142</b>	<b>-8</b>	<b>1.111</b>	<b>-5</b>	<b>-2.815</b>
<b>Nettogeldvermögen</b>	<b>-251.427</b>	<b>-2.484</b>	<b>16.570</b>	<b>-3.734</b>	<b>-24.843</b>	<b>7.612</b>	<b>1.912</b>	<b>461.820</b>	<b>9.753</b>	<b>-22.264</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>4.353</b>	<b>450</b>	<b>-6.604</b>	<b>523</b>	<b>5.002</b>	<b>1.550</b>	<b>-21</b>	<b>5.369</b>	<b>608</b>	<b>-8.723</b>

Quelle: OeNB.

## Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten im vierten Quartal 2017

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Bestände in Mio EUR										
<b>Verbindlichkeiten</b>										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) <sup>1</sup>	x	2.062	2.062	x	x	x	x	x	x	11.667
Bargeld	x	32.042	32.042	x	x	x	x	x	x	1.018
Täglich fällige Einlagen	x	385.734	385.734	x	x	x	x	x	x	29.560
Sonstige Einlagen	x	258.291	258.291	x	x	x	x	x	x	76.590
Kurzfristige Kredite	43.306	11.985	0	219	10.097	1.662	7	9.672	503	54.646
Langfristige Kredite	246.855	29.362	0	236	27.908	1.217	2	172.204	2.461	108.630
Handelskredite	45.251	66	13	0	53	0	0	44	1	19.939
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	559	3.597	3.548	x	48	0	0	x	x	1.637
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	41.501	142.663	127.643	0	10.859	4.161	0	x	x	188.606
Börsennotierte Aktien	92.348	37.874	29.770	x	2.067	6.036	x	x	x	48.459
Nicht börsennotierte Aktien	32.757	58.746	46.684	515	4.012	7.365	170	x	x	82.748
Investmentzertifikate	x	182.809	54	182.755	0	0	x	x	x	74.558
Sonstige Anteilsrechte	248.197	185.702	20.777	48	164.860	16	0	x	8	141.764
Lebensversicherungsansprüche	x	78.525	x	x	0	78.525	x	x	x	4.402
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	8.333	x	x	0	8.333	x	x	x	3.256
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	11.517	31.034	7.795	x	0	2.239	20.999	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	0	10.598	0	0	10.598	0	0	0	0	0
<b>Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)</b>	16.754	11.073	6.582	0	3.187	1.304	0	2.570	201	11.297
Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR										
<b>Finanzierung</b>										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) <sup>1</sup>	x	0	0	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	x	1.351	1.351	x	x	x	x	x	x	-673
Täglich fällige Einlagen	x	46.293	46.293	x	x	x	x	x	x	1.830
Sonstige Einlagen	x	-8.956	-8.956	x	x	x	x	x	x	671
Kurzfristige Kredite	2.508	-447	0	132	-349	-226	-4	-752	-4	-2.177
Langfristige Kredite	7.899	-2.579	0	-138	-2.408	-33	0	5.551	-168	-3.678
Handelskredite	3.730	14	1	0	13	0	0	6	0	2.181
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	42	-1.557	-1.582	x	26	0	0	x	x	-1.531
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-620	-9.477	-7.042	x	-2.696	262	0	x	x	-3.499
Börsennotierte Aktien	1.262	2.633	843	x	1.789	0	0	x	x	1.823
Nicht börsennotierte Aktien	-2.952	-2.199	-188	x	-1.962	-29	0	x	x	-194
Investmentzertifikate	x	5.212	-18	5.230	0	0	0	x	x	7.626
Sonstige Anteilsrechte	9.840	-85	-1.239	-20	1.527	-354	0	x	0	13.118
Lebensversicherungsansprüche	x	-1.161	0	x	0	-1.161	0	x	x	287
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	168	0	x	0	168	0	x	x	83
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-91	-124	-701	x	0	172	405	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	0	946	0	0	946	0	0	0	0	0
<b>Finanzierung in Summe (Transaktionen)</b>	-860	-138	-272	98	134	-99	0	46	6	-2.706
<b>Nettogeldvermögen</b>	-251.427	-2.484	16.570	-3.734	-24.843	7.612	1.912	461.820	9.753	-22.264
<b>Finanzierungssaldo</b>	4.353	450	-6.604	523	5.002	1.550	-21	5.369	608	-8.723

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslands gegenübergestellt wird.

**Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global**

		2015	2016	2017	Q1 17	Q2 17	Q3 17	Q4 17
		<i>in Mio EUR</i>						
<b>Leistungsbilanz</b>	Netto	6.622	7.511	6.960	4.392	-139	419	2.288
	Credit	202.605	216.106	230.909	58.249	55.990	57.242	59.428
	Debet	195.983	208.595	223.948	53.857	56.128	56.823	57.140
<b>Güter</b>	Netto	2.089	304	-1.209	-225	-12	-223	-748
	Credit	128.747	128.925	138.777	34.411	34.685	34.445	35.236
	Debet	126.658	128.620	139.986	34.636	34.697	34.668	35.984
<b>Dienstleistungen</b>	Netto	10.256	11.073	10.434	5.401	772	1.472	2.789
	Credit	53.253	55.366	58.865	15.897	12.950	14.973	15.045
	Debet	42.997	44.292	48.431	10.496	12.179	13.501	12.256
<b>Primäreinkommen</b>	Netto	-2.523	-180	729	61	5	-201	863
	Credit	15.955	27.030	28.083	6.797	7.133	6.535	7.618
	Debet	18.478	27.210	27.355	6.736	7.128	6.736	6.755
<b>Sekundäreinkommen</b>	Netto	-3.201	-3.686	-2.993	-845	-904	-629	-616
	Credit	4.650	4.786	5.183	1.143	1.221	1.289	1.529
	Debet	7.850	8.472	8.176	1.989	2.125	1.918	2.145
<b>Vermögensübertragungen</b>	Netto	-1.727	-593	-272	-45	-65	-68	-95
	Credit	634	758	307	93	50	58	106
	Debet	2.361	1.351	579	137	115	125	201
<b>Kapitalbilanz</b>	Netto	4.298	9.977	8.723	-2.390	4.421	4.359	2.333
<b>Direktinvestitionen i.w.S.</b>	Netto	5.696	1.268	1.568	1.523	-548	-1.832	2.425
<b>Forderungen</b>	Netto	-2.074	-26.303	13.603	5.177	-797	1.851	7.372
<b>Verpflichtungen</b>	Netto	-7.770	-27.571	12.035	3.654	-249	3.684	4.947
<b>Direktinvestitionen i.e.S.</b>	Netto	5.149	4.955	1.120	1.032	-436	-2.076	2.599
<b>Im Ausland</b>	Netto	6.294	-3.182	9.666	2.246	-918	-734	9.073
<b>In Österreich</b>	Netto	1.145	-8.137	8.545	1.213	-483	1.341	6.473
<b>Portfolioinvestitionen</b>	Netto	14.054	23.566	19.397	8.650	5.469	680	4.598
<b>Forderungen</b>	Netto	743	5.322	7.662	1.926	3.249	531	1.956
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	5.105	8.212	9.558	2.320	2.111	2.925	2.202
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-3.590	-2.982	-653	-325	1.666	-2.426	432
Geldmarktpapiere	Netto	-772	92	-1.243	-69	-528	31	-677
<b>Verpflichtungen</b>	Netto	-13.311	-18.244	-11.736	-6.725	-2.220	-150	-2.642
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	1.276	1.089	4.594	1.112	1.051	860	1.571
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-10.472	-20.392	-11.782	-10.905	-646	356	-587
Geldmarktpapiere	Netto	-4.115	1.059	-4.548	3.068	-2.625	-1.366	-3.626
<b>Sonstige Investitionen</b>	Netto	-14.612	-14.912	-8.223	-12.451	2.135	7.004	-4.911
<b>Forderungen</b>	Netto	-16.672	-18.365	-2.763	4.451	4.581	-2.522	-9.273
davon Handelskredite	Netto	-508	207	1.209	1.141	41	39	-13
davon Kredite	Netto	-1.842	-8.786	-5.573	-5.039	1.783	622	-2.939
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-14.326	-10.309	1.104	9.183	2.490	-3.266	-7.303
<b>Verpflichtungen</b>	Netto	-2.060	-3.452	5.460	16.902	2.446	-9.526	-4.362
davon Handelskredite	Netto	797	1.147	1.008	716	-251	640	-97
davon Kredite	Netto	4.287	2.739	-2.389	1.827	1.326	-3.778	-1.764
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-7.575	-7.293	7.311	14.831	1.124	-6.322	-2.322
<b>Finanzderivate</b>	Netto	-531	-395	-908	-125	-507	-226	-51
<b>Offizielle Währungsreserven</b>	Netto	-309	451	-3.110	12	-2.128	-1.267	272
<b>Statistische Differenz</b>	Netto	-597	3.059	2.036	-6.737	4.624	4.008	140

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2014 endgültige Daten, 2015 und 2016 revidierte Daten, 2017 provisorische Daten.

Tabelle 13

## Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland

	Q1 16 – Q4 16			Q1 17 – Q4 17		
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto
	<i>in Mio EUR</i>					
<b>Dienstleistungen</b>	55.365	44.292	11.073	58.865	48.432	10.434
Gebühren für Lohnveredelung	1.568	1.867	-300	1.705	2.057	-352
Reparaturdienstleistungen	551	594	-41	636	683	-48
Transport	12.986	13.281	-295	14.034	14.270	-236
Internationaler Personentransport	1.553	1.722	-171	1.845	1.922	-77
Frachten	9.257	10.413	-1.156	9.788	11.119	-1.333
Transporthilfsleistungen	1.566	831	734	1.723	895	829
Post- und Kurierdienste	611	314	298	677	333	345
Reiseverkehr	17.400	8.799	8.601	18.058	9.280	8.778
Geschäftsreisen	2.434	1.470	963	2.439	1.449	990
Urlaubsreisen	14.967	7.329	7.637	15.619	7.832	7.788
Bauleistungen	697	614	83	754	642	111
Versicherungsdienstleistungen	469	921	-454	433	903	-469
Finanzdienstleistungen	2.330	1.726	604	2.356	1.859	496
Finanzdienstleistungen im engeren Sinn	966	819	147	930	856	75
unterstellte Bankgebühr (FISIM)	1.364	908	457	1.425	1.005	421
Patente, Lizenzen, Franchise und Handelsmarken	974	1.240	-265	1.067	1.468	-401
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	5.628	3.977	1.651	5.816	4.496	1.320
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	11.824	10.112	1.712	13.042	11.545	1.496
Forschungs- und Entwicklungsleistungen	2.124	812	1.312	2.312	1.023	1.288
Rechts- und Wirtschaftsdienste, Werbung und Marktforschung	3.136	3.592	-456	3.313	4.108	-796
Technische Dienstleistungen	2.989	1.836	1.152	3.536	2.062	1.474
Dienstleistungen für Landwirtschaft, Bergbau und Recycling	94	55	38	92	60	30
Operational Leasing	669	256	412	611	277	336
Handelsleistungen	985	1.096	-111	1.032	1.276	-244
Übrige unternehmensbezogene Dienstleistungen	1.826	2.461	-636	2.145	2.739	-595
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, für Kultur und Erholung	472	1.063	-592	505	1.128	-623
Regierungsleistungen, a.n.g.	464	97	368	462	99	362
<b>Dienstleistungsverkehr nach Regionen</b>						
<b>EU-28</b>	42.174	35.058	7.114	45.178	38.281	6.897
davon Euroraum-19	33.321	25.223	8.098	35.792	27.553	8.239
davon Deutschland	22.338	13.410	8.928	24.054	14.310	9.744
davon Italien	2.712	2.645	67	2.797	2.798	-1
davon Vereinigtes Königreich	2.226	1.805	419	2.350	1.884	466
davon Ungarn	1.508	1.559	-50	1.570	1.657	-86
<b>Extra-EU-28</b>	13.192	9.234	3.958	13.687	10.150	3.537
davon Schweiz	4.483	1.943	2.540	4.731	2.030	2.700
davon USA	1.791	1.587	202	1.877	2.012	-136
davon Russische Föderation	819	695	124	823	710	112
davon China	598	398	200	545	388	156

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2014 endgültige Daten, 2015 und 2016 revidierte Daten, 2017 provisorische Daten.



## Transaktionen Aktiver Direktinvestitionen

		2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<i>in Mio EUR</i>										
<b>nach Komponenten</b>										
<b>Transaktionen</b>	Netto	7.917	7.237	15.763	10.203	11.725	-547	6.294	-3.182	9.666
Eigenkapital	Netto	7.846	3.239	12.341	5.523	7.268	-3.040	3.772	-5.540	7.141
Neuinvestitionen (+)	Netto	20.364	12.499	21.981	20.457	20.310	32.554	16.723	17.349	18.675
Desinvestitionen (-)	Netto	12.518	9.260	9.640	14.934	13.042	35.595	12.951	22.889	11.534
Reinvestierte Gewinne	Netto	544	2.210	2.091	947	1.306	-1.114	650	4.800	4.499
Sonstiges DI-Kapital <sup>1</sup>	Netto	-473	1.788	1.332	3.733	3.152	3.607	1.872	-2.443	-1.974
Forderungen (+)	Netto	1.755	1.697	-1.261	1.415	4.502	3.263	1.877	-2.078	-258
Verbindlichkeiten (-)	Netto	2.228	-90	-2.592	-2.318	1.351	-345	5	364	1.716
<b>nach Zielregion</b>										
<b>Global</b>		7.917	7.237	15.763	10.203	11.725	-547	6.294	-3.182	9.666
<b>EU-28</b>		3.074	1.137	7.125	3.215	9.549	1.502	3.656	3.128	6.413
Deutschland		1.180	673	3.476	-952	2.924	-805	532	978	209
Italien		926	131	-137	699	-949	-339	513	724	-62
Vereinigtes Königreich		80	-45	1.090	-208	1.130	-806	7	1.018	-566
Niederlande		-2.157	856	-44	-4.352	5.335	5.183	-954	5.161	4.545
Ungarn		-743	136	390	227	-357	-214	661	-754	-138
Tschechische Republik		217	692	371	1.400	819	356	610	-669	746
Rumänien		1.000	461	744	825	789	-1.056	1.199	-1.067	357
<b>Extra-EU-28</b>		4.843	6.101	8.638	6.988	2.176	-2.050	2.638	-6.310	3.252
Schweiz		-149	651	590	1.294	-210	362	589	488	297
Türkei		586	1.251	1.676	1.540	-1.503	428	191	-2.731	-1.277
USA		593	165	791	537	1.602	1.115	579	-655	205
Russland		985	1.235	1.386	686	917	247	395	-936	1.733
China <sup>4</sup>		419	690	624	-263	-440	-173	127	803	448
<b>Europa</b>		5.031	4.823	12.114	8.659	11.143	1.579	5.173	-120	6.471
Euroraum-19		1.719	1.463	3.390	84	6.965	3.808	753	7.329	4.879
MOEL <sup>3</sup>		2.990	3.168	6.165	4.928	2.464	-3.254	4.429	-6.742	3.611

## Transaktionen Passiver Direktinvestitionen

		2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<i>in Mio EUR</i>										
<b>nach Komponenten</b>										
<b>Transaktionen</b>	Netto	6.672	1.945	7.636	3.105	4.308	3.450	1.145	-8.137	8.545
Eigenkapital	Netto	3.998	1.619	7.418	1.753	5.113	4.547	2.729	-6.550	4.460
Neuinvestitionen (+)	Netto	10.612	14.380	13.825	7.152	11.456	21.327	13.250	6.259	14.343
Desinvestitionen (-)	Netto	6.615	12.761	6.407	5.399	6.343	16.781	10.521	12.809	9.883
Reinvestierte Gewinne	Netto	-1.206	964	1.839	237	-2.654	-2.564	570	3.185	4.062
Sonstiges DI-Kapital <sup>2</sup>	Netto	3.881	-639	-1.620	1.114	1.849	1.468	-2.154	-4.773	23
Forderungen (+)	Netto	-303	596	4.012	-279	-265	658	-831	4.933	642
Verbindlichkeiten (-)	Netto	3.577	-43	2.392	835	1.584	2.125	-2.985	160	665
<b>nach Herkunftsregionen</b>										
<b>Global</b>		6.672	1.945	7.636	3.105	4.308	3.450	1.145	-8.137	8.545
<b>EU-28</b>		2.899	3.795	3.846	2.962	-939	-778	6.338	-10.673	5.210
Deutschland		-1.168	-255	2.490	2.466	1.309	-1.421	3.252	319	1.496
Italien		237	2.418	273	-689	-1.724	-1.019	1.261	-6.839	164
Vereinigtes Königreich		-74	538	433	-325	430	-1.221	572	-193	-283
Niederlande		176	1.340	-235	485	1.127	1.183	192	-4.146	2.307
Luxemburg		276	134	74	147	1.081	926	838	448	802
Belgien		319	238	63	-281	-311	24	-28	-21	-4
Spanien		1.398	289	64	320	-66	-444	-206	242	-4
Frankreich		171	197	123	110	-678	196	-63	84	501
<b>Extra-EU-28</b>		3.773	-1.850	3.791	142	5.247	4.228	-5.193	2.535	3.335
Schweiz		482	556	701	-355	311	-349	-1	202	937
USA		2.784	-1.441	-559	-609	-565	155	-3.413	568	-5.621
Russland		-46	254	591	624	3.663	559	29	853	6.743
Japan		-18	-161	174	51	-30	773	-207	56	226
<b>Europa</b>		3.251	4.400	5.990	3.061	2.954	-620	6.558	-9.552	12.902
Euroraum-19		2.549	3.318	3.116	3.038	108	521	5.732	-10.468	5.652
MOEL <sup>3</sup>		-83	24	824	603	3561	511	208	802	6.724

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Nettogewährung Konzernkredite bei Aktiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Forderungen abzüglich Nettoveränderung der Verpflichtungen.<sup>2</sup> Nettogewährung Konzernkredite bei Passiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Verpflichtungen abzüglich Nettoveränderung der Forderungen.<sup>3</sup> Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.<sup>4</sup> Einschließlich Hongkong.

Anmerkung: Bis 2014 endgültige Daten, 2015 und 2016 revidierte Daten, 2017 provisorische Daten.